



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Energiepolitische Interessensdivergenzen und
Interdependenzen bei der Planung und Umsetzung eines
südlichen Gaskorridors“

Verfasserin

Astrid Maria Albrecht

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, November 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Matrikelnummer: 0501255

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1.1. Hypothesen	8
1.2. Forschungsfragen	9
1.3. Methode	10
1.4. Literaturkritik	10
1.5. Akteursübersicht	12
1.6. Begriffsdefinitionen	12
1.7. Perspektivenbildung	16
1.8. Aufbau der Arbeit	17

I. Energiepolitische Rahmenbedingungen für Nabucco und South Stream

Einleitung	19
I.1. Die EU-Energiepolitik zur Sicherstellung der Versorgung mit Erdgas	21
I.1.1. Die Europäische Kommission als treibende Kraft hinter einer gemeinsamen EU Energiepolitik.....	23
I.1.2. Relevante Dokumente.....	25
I.1.3. Energie als Thema in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.....	30
I.1.4. Die Umsetzung der EU-Energiepolitik auf nationaler Ebene.....	32
I.2. Die Rolle des Erdgases in Russlands Energiepolitik	33
I.2.1. Energiepolitische Herausforderungen für Russlands Erdgassektor.....	35
I.2.2. Russlands energiepolitisches Akteursgefüge.....	36
I.2.3. Russlands offizielle energiepolitische Position.....	37
I.2.4. Die Rolle Gazproms für Russlands Erdgassektor und den internationalen Erdgasexport.....	40

I.3. Energiepolitische Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland.....	45
I.3.1. Der EU-Russland Energiedialog.....	46
I.3.2. Die Energiebeziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland in der Praxis.....	51
I.3.3. Die Ukraine als wichtiger Faktor für die Versorgungssicherheit der Europäischen Union.....	52
I.4. Zusammenfassung des Kapitels „Energiepolitische Rahmenbedingungen für Nabucco und South Stream“	53

II. Planung und Umsetzung eines südlichen Gaskorridors

Einleitung.....	61
II.1. Der südliche Gaskorridor - Die Projekte Nabucco und South Stream.....	62
II.1.1. Die South Stream Pipeline – Daten und ökonomisches Konzept.....	63
II.1.2. Die Nabucco Pipeline – Daten und ökonomisches Konzept.....	65
II.1.3. Die Projekte im zeitlichen Vergleich.....	68
II.2. Die wichtigsten beteiligten Akteure, ihre Interessen und Strategien.....	70
II.2.1. Die wichtigsten Akteure für die Planung und Umsetzung der Nabucco Pipeline..	70
II.2.2. Die wichtigsten Akteure für die Planung und Umsetzung der South Stream Pipeline.....	73
II.3. Politische Unterstützung zur Umsetzung von Nabucco und South Stream.....	75
II.3.1. Politische Unterstützung für die Umsetzung der Nabucco Pipeline.....	77
II.3.2. Politische Unterstützung für die Umsetzung der South Stream Pipeline.....	82
II.4. Nabucco und South Stream am Beispiel Österreich.....	83
II.4.1. Österreich als Erdgasdrehscheibe.....	84

III. Zusammenfassung und Bearbeitung der gewonnenen Erkenntnisse mit Hilfe der Interdependenztheorie nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye

Einleitung.....	87
III.1. Interdependenz und Konflikt.....	89
III.2. Interdependenz und Macht.....	90
III.2.1. Vulnerabilität und Sensibilität.....	90
III.3. Vulnerabilität zwischen der Europäischen Union und Russland.....	92
III.4. Sensibilität zwischen der Europäischen Union und Russland.....	96
III.5. Vulnerabilität gegenüber Pipelinetransitstaaten.....	98
Konklusion und Verifizierung der Hypothesen.....	101
Anhang.....	107
Literatur.....	117
Onlinequellen.....	119
Bildnachweise.....	131
Abstract.....	133
Abstract – English.....	135
Curriculum Vitae.....	137

Einleitung

Die Europäische Union – der größte Wirtschaftsraum der Welt – 500 Millionen Verbraucher – 27 Energiepolitiken und ein stetig steigender Energieimportbedarf. Sie ist ein mächtiges politisches und wirtschaftliches Projekt mit der Herausforderung, das gegebene Potential umzusetzen und die auseinanderstrebenden Kräfte zusammen zu führen. Eine der größten Herausforderungen für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist eine für alle vorteilhafte Integration der verschiedenen Energiepolitiken und Energiewirtschaften. Dieser Schritt würde nicht nur innerhalb der Union zu mehr Wettbewerb zwischen den Anbietern und zu mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten führen, er würde auch ein starkes gemeinsames Auftreten gegenüber externen Energieanbietern ermöglichen. Nabucco und South Stream sind zwei Pipelineprojekte, die für die Erdgasversorgung der Europäischen Union eine wichtige Rolle spielen werden. Gemeinsam werden sie bei Volllast etwa 90 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr liefern können. Gleichzeitig entzweiten die beiden Projekte mitunter die Energiepolitiken der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten. Über die Herkunft zusätzlicher Erdgasimporte herrschte nämlich in der vergangenen Dekade Uneinigkeit. Dennoch steht für die Europäische Union fest, dass Erdgas und der Bau neuer Erdgaspipelines (noch) unerlässlich für ihren Energiehaushalt ist.

Doch weshalb richtet die Europäische Union ihre Energiepolitik so stark nach der Ressource Erdgas und nicht etwa auf Erdöl aus? Erdgas ist im Vergleich zu Kohle und Erdöl relativ umweltfreundlich und wird in der Europäischen Union in erster Linie zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Während Erdöl in den nächsten Dekaden möglicherweise zu einer knappen Ressource werden könnte, reichen die geschätzten weltweiten Erdgasvorkommen von etwa 350 Trillionen m³ für den Verbrauch im kommenden Jahrhundert aus. (Barnes / Heyes u.a. 2006; 3) Ein Problem für die Volkswirtschaften vieler Industrieländer – darunter auch die meisten EU-Mitgliedsstaaten - ist die ungleiche Verteilung der Ressource Erdgas am Globus. Erdgasreiche Staaten sind deshalb wichtige Handelspartner für die verbrauchsstarken Industrieländer und gute Beziehungen zu diesen liegen im Interesse der Verbraucher. Im umgekehrten Sinn stützen sich erdöl- und erdgasreiche Staaten – unter ihnen auch Russland – in ihrem wirtschaftlichen Wohlergehen stark auf den Export dieser Rohstoffe. Es liegt deshalb auch in ihrem Interesse, dass sowohl die energiepolitischen Beziehungen zu Abnehmerstaaten reibungslos verlaufen, als auch die nötigen Kooperationen auf wirtschaftlicher Ebene zum Transport der Rohstoffe funktionieren. Aus diesem Verhältnis und diesen Interessenslagen

ergeben sich Interdependenzen zwischen den Abnehmern und den Anbietern von Energierohstoffen.

Derzeit bestehen zwei Möglichkeiten Erdgas zu transportieren, nämlich über Pipelines und mit Hilfe von Flüssiggastankern. Das weltweite Nutzungsverhältnis zwischen den beiden Transportmethoden liegt bei 78% zu 22% (Stand 2004). Beide Transporttechnologien sind äußerst kostenintensiv, ebenso die „Exploration, Produktion und die Verarbeitungseinrichtungen“. Dies macht den weltweiten Erdgasmarkt – zumal dieser in den kommenden Dekaden wegen steigenden Verbrauchs wachsen soll – zu einem Markt mit enormem Investitionsbedarf, aber auch zu einem hohem wirtschaftlichen Potential. (ebd.; 3 f.) Inwieweit Abnehmer- und Anbieterstaaten in der Lage sind ihre Import- und Exportinteressen zu optimieren, wird für ihren wirtschaftlichen Erfolg in den kommenden Dekaden entscheidend sein. Deshalb sind sowohl die Abnehmerregion Europäische Union, als auch die Exportregionen Russland und die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres am Bau neuer Transportinfrastrukturen äußerst interessiert. Primär sind dafür staatliche, teilstaatliche und private Energiekonzerne bzw. Pipelinekonsortien, bestehend aus diesen, verantwortlich. Dennoch muss auch die politische Ebene für diese grenzübergreifenden Projekte eintreten. Auf Seiten der Europäischen Union als Staatengemeinschaft setzt sich die Europäische Kommission für eine gemeinsame Energiepolitik der Mitgliedsstaaten ein, auf Seiten der Nationalstaaten (Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Russland) wird über die Projekte auf Minister-, Kanzler- und Präsidentenebene verhandelt. Die Arbeit soll klären, auf welchen politischen und wirtschaftlichen Prozessen und Entscheidungen die Planung und der Bau der South Stream- und der Nabucco Pipeline basieren und welche Interessensdivergenzen und Interdependenzen zwischen den Akteuren bestehen.

1.1. Hypothesen

- 1) Die derzeitige Erdgasversorgungssituation der Europäischen Union und die geplante South Stream Erdgaspipeline werfen energiepolitische und energiewirtschaftliche Interdependenzen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation auf. Diese ergeben sich aus einem kooperativen Handeln der Akteure im Anbieter-Abnehmer Verhältnis. Innerhalb dieses interdependenten Verhältnisses werden

Interessensdivergenzen aufgeworfen, die beide Seiten dazu veranlassen, die eigene Vulnerabilität und Sensibilität zu verringern und die der anderen zu steigern. Die geplante Nabucco Pipeline ist dabei für die Europäische Union von besonderer Bedeutung.

- 2) Die Europäische Union forciert als heterogener Zusammenschluss das Nabucco Pipeline-Projekt, die Russische Föderation als homogene Einheit die South Stream Pipeline. Russland und Gazprom gelingt es dabei als geschlossen agierende Strategen besser als der Europäischen Union, seine energiewirtschaftlichen Interessen im Erdgashandel umzusetzen.

1.2. Forschungsfragen

Mit Hilfe folgender **Forschungsfragen** soll das Problem bearbeitet und aufbereitet werden:

- **Akteurs- und Kräftekonstellationen:**
 - Welche konkreten Akteure stehen hinter Planung und Bau der South Stream Pipeline, welche hinter der Nabucco Pipeline?
 - In welchen Konstellationen stehen Akteure und Kräfte zueinander? Partner, Konkurrenten,...?
- **Interessensanalyse:**
 - Welche Interessen und Ziele verfolgen die beteiligten Akteure?
 - Welche Kooperationslinien bestehen zwischen den Akteuren und Kräften?
 - Welche Konfliktlinien?
 - Worauf sind diese Konfliktlinien zurückzuführen?

Interessensanalyse Europäische Union:

- Mit welchen energiepolitischen Strategien am Erdgassektor versucht die Europäische Union als Staatengemeinschaft Energieversorgungssicherheit für seine Mitgliedsstaaten gewährleisten zu können?
- Von welchen alten bzw. bestehenden (Versorgungs-)Strukturen möchte die Europäische Union mit den neuen Strategien Unabhängigkeit erlangen?

Interessensanalyse Russland (+Gazprom):

- Welche Rolle spielt der Abnehmermarkt Europäische Union für Russland und Gazprom?

- Inwiefern spiegeln sich Russlands Interessen an diesem Abnehmermarkt in seiner Energiepolitik wider?
- **Interdependenztheorie:**
 - Welche Interdependenzen können zwischen der Europäischen Union und seinem Erdgashandelspartner Russland festgestellt werden?
 - Welche Erklärungen für Kooperations- und Konfliktlinien bietet die Interdependenztheorie nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye im Falle der Planung und Umsetzung eines südlichen Gaskorridors?

1.3. Methode

Empirisch-analytische Forschung, basierend auf Primärquellen-Webrecherche und der Verwendung von Primär- und Sekundärquellen, wird durch die Einbettung des Themas in die Interdependenztheorie nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye ergänzt.

Zusätzlich zur Literatur- und Onlinerecherche wurde im September 2010 für die Arbeit ein Interview mit Herrn Jerome Pons, Leiter der Abteilung für Politik, Wirtschaft und Presse und Information der Delegation der Europäischen Union in Aserbaidschan in Baku geführt, dessen Ergebnisse in die Arbeit einfließen.

1.4. Literaturkritik

Die in der Arbeit verwendete Literatur setzt sich in erster Linie aus Primärquellen zusammen. Den größten Anteil nehmen darin wiederum Onlinequellen ein, die mit größter Sorgsamkeit und in Hinblick auf Seriosität ausgewählt wurden. Bei den verwendeten Onlinequellen handelt es sich um offizielle Webseiten der Europäischen Union (vor allem der Europäischen Kommission), des russischen Präsidenten, von Energiekonzernen und Tageszeitungen wie „Der Standard“. Folgende Überlegungen waren ausschlaggebend dafür, dass der Rechenschwerpunkt auf diese Onlinequellen gefallen ist:

- Die genannten Webseiten decken ein breites Spektrum an Informationsquellen ab.
- Auf Grund der unmittelbaren Aktualität des Diplomarbeitsthemas existieren äußerst wenige wissenschaftliche Publikationen zu den Pipelineprojekten Nabucco und South

Stream. Aktuelle Publikationen in wissenschaftlichen Journalen sind wiederum auch online zu finden.

- Da die Planung und Umsetzung der Pipelineprojekte Nabucco und South Stream in der Hand der verantwortlichen Konzerne liegt und es gleichzeitig der tatkräftigen Unterstützung seitens politischer Akteure bedarf, stehen diese im Mittelpunkt der Arbeit. Informationen über die Tätigkeiten dieser Akteure aus erster Hand, die über offizielle Webseiten der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, sind deshalb eine wichtige Informationsquelle im Rahmen der Recherche.
- Informationen, bei denen es sich nicht um Prinzipielles oder um kontinuierliche Abläufe handelt, unterliegen bei diesem Thema einer enormen Veränderung innerhalb kurzer Zeiträume. Up-to-date Informationen können am besten über die Webseiten der Konzerne und politischen Akteure, sowie über Tages- und Wochenzeitungen bezogen werden.
- Besonders hilfreich bei der Recherche sind Onlinearchive, die von politischen Akteuren wie zum Beispiel der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden und die dem Benutzer die Möglichkeit bieten, politische Prozesse genau zurück- und mitzuverfolgen.

Trotz all dieser Vorteile konfrontiert die Onlinerecherche auch mit Problemen. Fakteninformationen wie etwa über zeitliche Abläufe oder Protokolle zu politischen Veranstaltungen können als neutral eingestuft werden. Offizielle Informationen zu konzerninternen Strategien und politischen Vorhaben müssen allerdings mit Vorsicht behandelt und übernommen werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass Inhalte sowohl von wirtschaftlichen als auch von politischen Akteuren für die eigenen Interessen vorteilhaft dargestellt werden und im Hinblick auf eine möglichst gute PR veröffentlicht werden. Angaben dieser Art können im Rahmen einer Diplomarbeit nicht überprüft werden, wurden aber dennoch im entsprechenden Rahmen und Ausmaß und mit deutlichem Bezug auf die Quelle für die Arbeit verwendet. Ein weiteres Problem stellt die Schnelllebigkeit des Internets dar. Beim Zitieren von Onlinequellen ist es bereits bei nur fünf Monate alten Domainzitenaten zum Problem der Nicht-Auffindbarkeit gekommen. Online bezogene Informationen sind möglicherweise nur zeitlich begrenzt abrufbar, da sie entweder vom Betreiber gelöscht werden oder Webseiten umstrukturiert werden. An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass Domainzitate, die während des Verfassens der Arbeit abgelaufen sind, weitestgehend im Onlinequellenverzeichnis mit der aktuellen Domain ergänzt wurden.

Bei der Arbeit mit Sekundärliteratur nimmt das Buch „The EU-Russian Energy Dialogue“ von Pami Aalto einen besonders wichtigen Platz als Quelle für Hintergrundinformationen ein. Im Mittelpunkt dieses Werkes stehen die Energiebeziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union, die sich seit dem EU-Russland Energiedialog im Oktober 2000 zusätzlich zu den bilateralen Energiebeziehungen zwischen Russland und einzelnen EU-Mitgliedsstaaten entwickeln.

Einen ebenfalls wichtigen Teil in der Arbeit nimmt die Interdependenztheorie ein. Für die Auseinandersetzung mit dieser Theorie wurden die Werke „Power and Interdependence“ von Robert O. Keohane und Joseph S. Nye aus dem Jahr 1977 und „Power and Governance in a Partially Globalized World“ von Robert O. Keohane aus dem Jahr 2002 herangezogen.

1.5. Akteursübersicht

- Die Europäische Union als politische und wirtschaftliche Gemeinschaft
- Die Russische Föderation und Gazprom als wichtigste Gasexporteure für die Europäische Union
- Regierungen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten
- Die an der Planung der Projekte beteiligten Energiekonzerne mit Sitz in der Europäischen Union

1.6. Begriffsdefinitionen

Politik

Um im Folgenden den Begriff der Energiepolitik zu definieren, sollte vorweg auf den darüber liegenden Begriff der *Politik* eingegangen werden. Politik kann als „die Regulierung öffentlicher Angelegenheiten mit dem Anspruch auf Verbindlichkeit“ (List 2006; 13) verstanden werden. Die „Regulierung öffentlicher Angelegenheiten“ geschieht in der Regel im Interesse des Volkes und hat direkte und indirekte Auswirkungen auf dieses. Durch die, im Englischen gebräuchliche sprachliche Trias von *Policy*, *Politics* und *Polity* lässt sich der komplexe Politikbegriff in drei Dimensionen aufteilen:

- 1) Die *inhaltliche* Dimension des Politikbegriffes bezieht sich auf „Politikfelder staatlicher Aktivitäten“ und deren „Gegenstände, Aufgaben, Instrumente, Ziele, Durchführung und Ergebnisse“. (Policy) (Holtmann 2000; 483) In dieser Arbeit gilt das Primärinteresse dem Politikfeld der Energiepolitik und der Interessen und Aktivitäten der Akteure im Rahmen dieser. Werner J. Patzelt weist weiters darauf hin, dass es in der inhaltlichen Politikdimension um „Politikprogramme“ geht, die – sollten sie divergieren – zu „Widersprüchen und Konflikten“ führe können. (Patzelt 2003; 29)
- 2) Die *prozessuale* Dimension umfasst den „politische Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse“ (Holtmann 2000; 484), sowie „Implementationsprozesse“ (Patzelt 2003). (Politics) Die in der Policy entworfenen Inhalte, werden dadurch „allgemein verbindlich“ gemacht. Dieser Dimension wird in der Arbeit bei der Analyse von Prozessen nachgegangen, in denen einerseits Energiepolitiken und andererseits rechtliche Rahmenbedingungen für die Nabucco- und die South Stream Pipeline bindend gemacht werden.
- 3) Die „*institutionelle*“ bzw. „*strukturelle*“ Dimension von Politik befasst sich mit Akteuren wie „Individuen, Gruppen, Organisationen, Parteien, [...] Parlamenten und Regierungen“, deren Handeln und dem entsprechenden gesetzlichen Rahmen. (Polity) (Drechsler u.a. 2003; 759) Die Arbeit wird auf diese Dimension des Politikbegriffes in erster Linie bei der Akteursanalyse eingehen.

Energiepolitik

Energiepolitik kann als Bezeichnung für „alle Maßnahmen, die auf die Förderung, Erzeugung, Aufbereitung und Verteilung von Energie, die Erschließung von Energiereserven, die Erforschung neuer Energiequellen und auf die Planung und Lenkung des Energieverbrauchs gerichtet sind“ benutzt werden. (Drechsler u.a. 2003; 285) Deshalb bezieht sich der Begriff auf „alle politischen Handlungen, die sich auf die Struktur und Entwicklung des Energiesystems“ auswirken. (Holtmann 2000; 149) Die Verfügbarkeit von Energie und der politische Umgang mit Fragen um diese wirkt sich vor allem in Staaten mit hohem Energieverbrauch auf die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft, auf ihr Wachstum und dadurch auf den „Lebensstandard und die Lebensqualität“ aus. (Drechsler u.a. 2003; 285 f.) Innerhalb des Politikfeldes der Energiepolitik befinden sich die beiden zusammenhängenden Bereiche der internen und der externen Energiepolitik. Nach innen wird die Versorgung von

Haushalten und Industrie sichergestellt, nach außen hin werden die Eigeninteressen am internationalen Energiemarkt vertreten.

Für die Arbeit von Relevanz sind die Energiepolitik der Russischen Föderation, die sich im Aufbau befindende EU-Energiepolitik und die, noch zum Großteil souverän agierenden Energiepolitiken der EU-Mitgliedsstaaten. Die Europäische Union ist trotz Bemühungen der Mitgliedsstaaten, ihren Energiehaushalt auf die Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien umzustellen, nach wie vor zu 80% von der Energiegewinnung durch fossile Brennstoffe wie Erdöl, Erdgas oder Kohle abhängig. (http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/02_eu_energy_policy_data_en.pdf; 08.04.2010) Die bereits bestehende Abhängigkeit von diesen Rohstoffen und ein weiter ansteigender Energiebedarf sind Grundlage von politischen Entscheidungen, die versuchen, diesem Bedarf zu entsprechen. Energiepolitik schafft in diesem Fall die nötigen politischen Beziehungen zu Export- und Transitstaaten.

Die Energiepolitik der Türkei und jener Gasexportstaaten, die für die Nabucco Pipeline ebenfalls von Relevanz sind, werden bewusst ausgeblendet um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen. Sie finden nur bei kontextueller Notwendigkeit Erwähnung.

Südlicher Gaskorridor

Der Begriff „südlicher Gaskorridor“ wurde in Anlehnung an das „Southern Corridor“-Projekt der Europäischen Union für den Titel der Arbeit ausgewählt. Er fasst die beiden, sich in Planung befindenden Pipelines Nabucco und South Stream zusammen, die in Zukunft auf südlicheren Routen als bisher Erdgas aus dem Osten, nämlich aus dem Kaspischen Raum bzw. aus Russland in die Europäische Union befördern werden.

Energieversorgungssicherheit

Energieversorgungssicherheit ist ein Konsumentenbedürfnis. Der Begriff bezieht sich auf die Sicherheit der Energiekonsumenten, Energie im ausreichenden Ausmaß und zu „annehmbaren Preisen“ zur Verfügung gestellt zu bekommen. (Geden u.a. 2008; 17) Eine Förderunterbrechung von Energierohstoffen wie Erdgas oder Erdöl - etwa verursacht durch inner- oder zwischenstaatliche Konflikte - können Lieferausfälle und steigende Energiepreise verursachen, die sich negativ auf importabhängige Staaten auswirken. Die Gewährleistung von Energieversorgungssicherheit ist somit eine Hauptaufgabe der Energiepolitik.

Interdependenz

Interdependenz als Begriff in der Theorie der Politikwissenschaft und internationalen Beziehungen beinhaltet sowohl Denkansätze aus dem Realismus, als auch aus dem Idealismus. (Boeckh 1993; 221)

Die Interdependenztheorie geht von einer weit fortgeschrittenen Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Akteure auf internationaler Ebene aus. Diese staatenübergreifenden Verflechtungen produzieren „wechselseitige Abhängigkeiten“ (Spindler 2003; 89) und sind gleichzeitig Produkt dieser. Akteure sind deshalb im internationalen System bei der Umsetzung politischer und ökonomischer Interessen zur Kooperation mit anderen Akteuren gezwungen, autonomes innenpolitisches Handeln muss aufgegeben werden. Politische und ökonomische Entscheidungen, die in einem Staat getroffen werden, werden beeinflusst von anderen Staaten getroffen und sind gleichzeitig Faktoren, auf die wiederum reagiert wird. Kooperationen werden aus Eigeninteresse eingegangen, können aber gleichzeitig förderlich für die Festigung friedlicher, konstruktiver Beziehungen und Austauschprozesse zwischen den Akteuren sein. (Boeckh 1993; 221)

Doch Kooperation ist nicht zwangsläufig ein Indikator für Interdependenz. Interdependenz könne nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye, zwei der bedeutendsten Interdependenztheoretiker, nur dann festgestellt werden, wenn „Interaktionen [zwischen Akteuren] wechselseitig Kosten verursachen“. Durch diese Kosten wird es den Akteuren erschwert oder gar unmöglich gemacht, das Kooperationsverhältnis ohne mehr oder weniger hohe Verluste aufzukündigen. Eine gleichmäßige Verteilung der Kosten auf die Akteure ist dabei kein Kriterium. Fehle das so genannte „Kriterium der Kosten“ aber, könne lediglich von einer „wechselseitigen Verbundenheit“ ausgegangen werden. (Spindler 2003; 96) Diese kann dann leichter als eine Interdependenz aufgelöst werden, da die verbundenen Akteure auch ohne einander ihr Auskommen finden können.

Bei der Umsetzung grenzübergreifender Projekte, wie der Nabucco- und der South Stream Pipeline, spielen Interdependenzen zwischen Anbietern und Abnehmern, Staaten und Konzernen, Staaten und Staaten und Konzernen und Konzernen eine entscheidende Rolle, die bei der wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas einen zentralen Platz einnehmen wird.

1.7. Perspektivenbildung

Die Arbeit soll aufzeigen, dass in den Energiebeziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Russland eine *Interdependenz* besteht. Westliche Medien, die von einer Abhängigkeit der Europäischen Union von russischen Erdgaslieferungen sprechen, liegen insofern falsch, als sie nicht aufzeigen, dass Russland ebenso von seinen Abnehmern in der Europäischen Union und seinen Einnahmen daraus abhängig ist. *Energieversorgungssicherheit* ist für die Wirtschaft und die Haushalte der Europäischen Union von enormer Bedeutung. Doch dieses Sicherheitsbedürfnis politisch und medial als das einzige bestehende Bedürfnis in den Mittelpunkt der Energiebeziehungen zwischen den beiden Handelspartnern zu stellen ist deutlich zu kurz gegriffen. *Abnehmersicherheit* lautet nämlich die zweite Seite im *gegenseitigen* Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland. Das Bedrohungsbild, das in Bezug auf Russland als Erdgaslieferant medial aufgebaut wurde, ist deshalb ungerechtfertigt und falsch. Opportunistische und politisch instabile Transitländer hingegen stellen, wie sich im Verlauf der Arbeit zeigen wird, viel eher einen Unsicherheitsfaktor für den reibungslosen Erdgas- und Zahlungsfluss zwischen der Europäischen Union und Russland dar.

Die Arbeit wird auch, indem sie sich kritisch mit politischen Primärquellen auseinandersetzt, immer wieder darauf hinweisen, dass zwischen öffentlichen Dokumenten und Statements von politischen und wirtschaftlichen Akteuren und den realen politischen und wirtschaftlichen Vorgängen oft große Unterschiede liegen. Vor allem die EU-Energiepolitik, wie sie in erster Linie von der Europäischen Kommission entworfen und vorangetrieben wird, klafft an vielen Stellen mit den tatsächlich stattfindenden Entwicklungen auseinander. Das Zusammenwachsen der EU-Mitgliedsstaaten auf diesem Gebiet bleibt eine große Herausforderung.

1.8. Aufbau der Arbeit

- **Basis: Energiepolitische Rahmenbedingungen für Nabucco und South Stream**
 - Energiepolitische Ansätze der Europäischen Union, Fortschritte und Probleme bei der Vorantreibung einer gemeinsamen EU-Energiepolitik
 - Russlands Energiepolitik in Bezug auf Erdgas: Export, Erdgaspolitik am Heimatmarkt, die Rolle von Gazprom für den russischen Staat, Gazproms Zukunftspläne
 - Energiebeziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland: gegenseitige Abhängigkeiten, der Aufbau zuverlässigerer Handelspartnerschaften, die wichtige Rolle der Ukraine als Pipelinetransitland zwischen Russland und der Europäischen Union
- **Praxis: Die Energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland an den Beispielen der Planung und Umsetzung der Nabucco- und der South Stream Pipeline**
 - Planung und zeitliche Verläufe der beiden Pipelineprojekte
 - Die Bedeutung der South Stream- und der Nabucco Pipeline für die Energiebeziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland
 - Österreichs Engagement für beide Pipelineprojekte und die Rolle des Central European Gas Hubs für den Erdgashandel und die Erdgasdistribution
- **Theorie: Zusammenfassung und Bearbeitung der gewonnenen Erkenntnisse mit Hilfe der Interdependenztheorie nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye**
- **Konklusion und Verifizierung der These**
 - eigene Erkenntnisse
 - Verifizierung der These
 - Schlussfolgerungen

I. Energiepolitische Rahmenbedingungen für Nabucco und South Stream

Einleitung

Energiepolitische Interessensdivergenzen und Interdependenzen bei der Planung und Umsetzung eines südlichen Gaskorridors. – Inhalt dieser Arbeit ist die politikwissenschaftliche Bearbeitung der beiden Pipelineprojekte Nabucco und South Stream, die Analyse ihrer energiepolitischen Rahmenbedingungen und die Erklärung der beobachtbaren energiepolitischen Vorgänge mit Hilfe der Interdependenztheorie nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye. Die beiden Pipelines Nabucco und South Stream sollen nach ihrer Fertigstellung dringend benötigtes Erdgas in die Europäische Union bzw. in einzelne ihrer Mitgliedsstaaten befördern. Die Quellen dieses Erdgases werden allerdings *unterschiedliche* sein. Nabucco wird voraussichtlich Erdgas aus dem Kaspischen Raum nach Europa bringen, South Stream hingegen wird mit russischem Erdgas gespeist werden. Die bestehenden energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland und die beiden neuen Großprojekte werfen Interessensdivergenzen, sowohl zwischen der Europäischen Union und Russland, als auch zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten auf. Gleichzeitig bestehen zwischen den Akteuren vielschichtige Interdependenzen, die durch politische und wirtschaftliche Kooperation entstanden sind und zum Vorteil aller vertieft und strategisch genutzt werden können. Denn obwohl Russland in den westlichen Medien häufig negativ dargestellt wird und von diesen eine *Abhängigkeit* der Europäischen Union von russischen Gaslieferungen heraufbeschworen wird, besteht zwischen der Europäischen Union und Russland, also zwischen Abnehmer und Anbieter, eine durchaus positive Interdependenz. Die beiden Akteure brauchen einander. Die Europäische Union benötigt Erdgas und Russland benötigt die Einnahmen aus seinen Erdgasexporten. Aber auch die EU-Mitgliedsstaaten brauchen einander bei der Umsetzung kostenintensiver Großprojekte wie der Nabucco Gaspipeline, die nur in Kooperation, nicht aber von einzelnen Staaten oder Energiekonzernen verwirklicht werden können.

Der Rohstoff Erdgas ist für die Energieversorgung der Europäischen Union *und* für den russischen Finanzhaushalt von großer Relevanz. Erdgas ist deshalb ein Thema, das in den energiepolitischen Beziehungen zwischen den beiden Großmächten einen ganz besonderen

Stellenwert einnimmt. In den folgenden 3 Unterkapiteln (I bis III) werden deshalb die, für die Erdgasversorgung der Europäischen Union bzw. für den Erdgasexport Russlands bedeutsamen energiepolitischen Eckpfeiler erläutert und die dabei entstehenden energiepolitischen Beziehungen zwischen Anbieter und Abnehmer dargelegt.

Methode

Die erwähnten Kapitel werden zeigen, vor welchen großen Herausforderungen die Europäische Union und Russland am Energie- und insbesondere am Erdgassektor stehen. Sie werden weiters zeigen, welche energiepolitischen *Vorhaben* in der Gegenwart definiert werden, um den Lebensstandard und das Funktionieren der Wirtschaft innerhalb der Europäischen Union zu sichern und um die, für die Russische Föderation enorm wichtigen Erdgasexporteinnahmen zu steigern. Anschließend wird jedes Kapitel auf etwaige Unterschiede zwischen den offiziellen energiepolitischen Bemühungen und der energiepolitischen und ökonomischen Realität eingehen.

Aufbau

Im Folgenden werden die EU-Energiepolitik, die Energiepolitik Russlands und die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland jeweils im Bezug auf Erdgas analysiert. Diese Analysen sind eine unumgängliche Basis für die anschließende Bearbeitung der energiepolitischen Interessensdivergenzen und Interdependenzen bei der Planung und Umsetzung der Nabucco- und der South Stream Pipeline.

I.1. Die EU-Energiepolitik zur Sicherstellung der Versorgung mit Erdgas

Die Energiepolitiken der EU-Mitgliedsstaaten und die Entscheidungen der Mitgliedsstaaten in Energiefragen sind nach wie vor Gegenstand politischer Prozesse auf nationaler Ebene. Der Vertrag von Lissabon bestätigt, dass das Recht auf die freie Wahl der Energiequellen und damit auch die Wahl der Energiehandelspartner nicht von der Legislatur der Europäischen Union eingeschränkt wird.

Das folgende Kapitel wird zeigen, dass dennoch parallel zu den Energiepolitiken auf nationaler Ebene der Mitgliedsstaaten, sowohl eine *interne* EU-Energiepolitik, als auch eine EU-Energie*außen*politik existieren, die sich auf verschiedenste Weisen auf die gegenwärtige und zukünftige Versorgung der Europäischen Union mit Erdgas auswirken. Die Europäische Union - und insbesondere die Europäische Kommission - nimmt auf energiepolitischer Ebene derzeit im Inneren de facto die Rolle eines Koordinators (Aalto 2008; 2) und eines Wettbewerbshüters ein, der die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsstaaten aufeinander abstimmt und bestehende Strukturen zueinander führt. Nach außen hin tritt sie als Vertreter der Interessen der Mitgliedsstaaten auf. Dies geschieht zum Beispiel im Rahmen des EU-Russland Energiedialogs oder konnte während der letzten russisch-ukrainischen Gaskrise im Jänner 2009 beobachtet werden (vgl. http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2009/01/09/1717_type82913_211508.shtml; 17.04.2010) (worauf in Kapitel III genauer eingegangen wird). Diese von der Europäischen Kommission ausgeführten Aufgaben im Energiebereich wurden de iure im Vertrag von Lissabon (Artikel 9d) festgelegt und rechtlich verankert. Die Entstehung einer Energieinnen- und -außenpolitik der Europäischen Union ist Teil eines Prozesses des politischen Zusammenwachsens von EU-Mitgliedsstaaten, der sich gewiss erst in seinen Anfängen befindet und mit Rückschlägen zu kämpfen hat.

Die Aufrechterhaltung des Energiehaushalts der Europäischen Union fordert für die kommenden Dekaden die Umsetzung von bereits ausgearbeiteten Energiestrategien auf nationaler Ebene. Mit etwa 500 Millionen Verbrauchern ist die Europäische Union der „zweitgrößte Energiemarkt“ (http://www.energy.eu/directives/2006_03_08_gp_document_en.pdf; 03.04.2010) der Welt. Dabei steht sie vor großen Herausforderungen, die bewältigt werden müssen; vor allem der Aspekt des steigenden Energieverbrauchs stellt die Europäische Union vor große Aufgaben. 50% des Energiebedarfs der Europäischen Union wird durch Importe gedeckt (Stand 2007). Ohne Innovationen wird der Importbedarf nach Angaben der Europäischen Kommission bis zum Jahr 2030 etwa auf 65% des Gesamtbedarfs

ansteigen. Auch der Bedarf an Erdgas, der zu 58% durch Importe gedeckt wird (Stand 2009), wird ohne die Entwicklung realer Alternativen bis zum Jahr 2030 auf 84% steigen. Derzeit wird $\frac{1}{4}$ des gesamten Energieverbrauchs der Europäischen Union mit Gas gedeckt, 42% davon stammen aus der Russischen Föderation. (http://ec.europa.eu/energy/strategies/2009/doc/sec_2009_0977.pdf; 05.04.2010 und <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF>; 16.03.2010) Im Jahr 1960 lag der Erdgasanteil im europäischen Energiemix bei nur 2%. (Linskeseder 2008; 27) Seit dem Jahr 2000 ist der Erdgasverbrauch in Europa um etwa 2% pro Jahr gestiegen. Diese Entwicklung wird sich nach Angaben des Clingendael International Energy Programme bis etwa ins Jahr 2030 fortsetzen. (http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/studies/doc/gas/2008_05_lng_facilities_part_2_task_a.pdf; 24.08.2010) Die EU-Mitgliedsstaaten sind mit eine Kombination aus hohem Energieverbrauch und einer geringen Verfügbarkeit von Energieträgern wie Erdgas und Erdöl auf eigenem Territorium konfrontiert¹ (vgl. Aalto 2008; 10). Sie sind deshalb gezwungen, Erdgas zu importieren oder Alternativen zu diesem Energieträger zu finden. Der Aufbau effizienter alternativer Energiequellen ist jedoch äußerst zeit- und kostenintensiv, was nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye zu einer Situation der „Vulnerabilität“ (Vulnerability) der Importstaaten führt. Diese Vulnerabilität wird dann spürbar, wenn die Ressource Erdgas unvorhergesehen nicht oder nur eingeschränkt verfügbar ist. So waren jene EU-Mitgliedsstaaten, die von russischem Erdgas, das durch die Ukraine transportiert wird, abhängig sind, in den Jahren 2006 und 2009 kaum in der Lage, die temporären Lieferausfälle mit leistbaren Alternativen auszugleichen. Deshalb ist es für die Europäische Union unumgänglich, ihre Beziehungen mit Energieexporteuren wie Russland, Norwegen oder Algerien, sowie zu Pipelinetransitstaaten wie der Ukraine zu pflegen und zu neuen Exportstaaten, wie etwa am Kaspischen Meer, Handelsbeziehungen aufzubauen. Der Bau neuer Pipelines wie Nabucco oder South Stream wird es der Europäischen Union ermöglichen, mehr Erdgas als bisher zu beziehen, wird aber auch die Abhängigkeit von Importen bzw. von Exporteuren steigern. – Ein Aspekt, den die Europäische Union abzumildern versucht, indem sie eine Diversifizierung der Erdgas-Bezugsländer anstrebt. Die Europäische Union versucht deshalb parallel zur Importsteigerung, vor allem am Gebiet der erneuerbaren Energien die *Eigenproduktion* zu steigern und mit Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz den Verbrauch in den Mitgliedsstaaten zu senken.

¹ Ausnahme: Großbritannien.

Die Europäische Union kann in Bezug auf ihre Erdgasimportquellen in 4 Regionen eingeteilt werden:

1. Die nordwesteuropäischen Mitgliedsstaaten werden in erster Linie mit Erdgas aus Norwegen versorgt. Russisches Erdgas wird ebenfalls in diesen Teil der Europäischen Union importiert.
2. Die Länder Mitteleuropas beziehen vor allem russisches Erdgas, ergänzt von einem geringen Prozentsatz an Erdgas aus Norwegen.
3. Ein großer Teil des osteuropäischen Raums wird zu 100% mit russischem Erdgas beliefert. Diese Situation der starken Konzentration auf *eine* Importquelle ist ein Relikt aus den Zeiten der Sowjetunion und wird sich für Rumänien und Bulgarien mit der Nabucco Pipeline ändern.
4. Die Mitgliedsstaaten des Mittelmeerraums beziehen ihr Erdgas größtenteils aus Algerien, dem Mittleren Osten, Nigeria, Norwegen, Russland und Libyen. Für Italiens Erdgasimporte, von denen russisches Erdgas 37% ausmachen, wird mit dem Bau der South Stream Pipeline eine weitere Intensivierung der Energiebeziehungen zwischen den beiden Ländern stattfinden.

(http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/02_eu_energy_policy_data_en.pdf;
08.04.2010)

Pipeline-Transitstaaten werden im Wesentlichen beim Bezug von Erdgas aus Russland benötigt. Die beiden russischen Erdgaspipelineprojekte South Stream und Nord Stream werden erstmals die Förderung auf direktem Weg in die Europäische Union auf dem Meeresgrund des Schwarzen Meeres bzw. der Ostsee ermöglichen.

I.1.1. Die Europäische Kommission als treibende Kraft hinter einer gemeinsamen EU-Energiepolitik

Bei der Gestaltung der Energiepolitik der Europäischen Union und bei der Vorantreibung gemeinsamer Energieprojekte wie dem Bau neuer Pipelineinfrastruktur, spielt die Europäische Kommission eine besonders wichtige Rolle. Sie ist in der Lage, durch die Ausarbeitung von Strategien und Gesetzesvorschlägen Agenda Setting zu betreiben und Gesetzgebungsprozesse einzuleiten. (Geden u.a. 2008; 37) Das Gemeinschaftsrecht bekommt dadurch von der Kommission ständig Impulse zu seiner Erweiterung, was eine treibende Kraft in Richtung Vergemeinschaftung darstellt. Dies gilt natürlich auch dann, wenn die

Kommission Gesetzesinitiativen für eine Vergemeinschaftung der Energiepolitiken der Mitgliedsstaaten hervorbringt. Die Rolle der Europäischen Kommission soll auch deshalb hervorgehoben behandelt werden, da diese nicht für die Partikularinteressen von einzelnen Mitgliedsstaaten arbeiten darf, sondern sich voll der Gemeinschaft und der Vorantreibung der Vergemeinschaftung verschrieben hat. Die einzelnen Kommissare/innen (jeder Mitgliedsstaat entsendet eine/n) dürfen deshalb gemäß Art. 213 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) „bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen“ und müssen „in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Gemeinschaften“ handeln. (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:321E:0001:0331:DE:pdf>; 06.04. 2010) Die von der Europäischen Kommission ausgehende Energiepolitik muss demnach im Sinne aller Mitgliedsstaaten sein und darf nicht den Präferenzen einzelner entsprechen. Der Europäische Rat, das Europäische Parlament, die Zivilgesellschaft und wirtschaftliche Akteure können der Kommission aber Handlungsanstöße geben. (Wessels 2008; 233) Weiters überprüft die Kommission „den ordnungsgemäßen Vollzug des Gemeinschaftsrechts“ auf nationaler Ebene der Mitgliedsstaaten. (Geden u.a. 2008; 38) Nach außen stellt die Europäische Kommission nach dem Vertrag von Lissabon (Artikel 9d) „außer in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ die Vertretung der Europäischen Union dar.

Die Bemühungen der Europäischen Kommission laufen auf die weitere Verdichtung des EU-Binnenmarktes hinaus, in dem freier und uneingeschränkter Warenverkehr und Handel realisiert werden können. Alle Aufgaben, die die Kommission zu erfüllen hat, stehen laut EGV Art. 211 im Zeichen der Gewährleistung des „ordnungsgemäßen Funktionierens“ und der „Entwicklung des gemeinsamen Marktes“. (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:321E:0001:0331:DE:pdf>; 06.04. 2010) Die Einführung dieses Grundprinzips der Europäischen Union wird von der Kommission auch für den *Energiemarkt* vorgesehen. Sie forciert deshalb die Öffnung von „abgeschotteten nationalen Energiemärkten“ für Energieanbieter und Energienetzwerke europaweit und somit einen verbraucherorientierten Wettbewerb zwischen den Anbietern. Durch eine Vernetzung der Erdgas-, Erdöl- und Stromversorgung zwischen den Mitgliedsstaaten wird sowohl der Zielsetzung der Wettbewerbsfähigkeit, als auch jener der Energieversorgungssicherheit innerhalb der Europäischen Union entsprochen. (Geden u.a. 2008; 70f.) Bei der Schaffung eines EU-Binnenenergiemarktes steht die Europäische Union vor der Herausforderung,

grenzübergreifende Energienetzwerke aufzubauen und somit die einzelnen bestehenden Infrastrukturen der Mitgliedsstaaten miteinander zu verbinden.

Die Europäische Kommission setzt aber auch große Bemühungen daran, die Importinfrastruktur der Union zu verbessern. Unter dem Titel „'Southern Corridor' Initiative“ setzt sich die Kommission für die Diversifizierung der Erdgasquellen und Transportrouten ein, indem sie den Kaspischen Raum und Zentralasien als neue Bezugsquellen forciert und den Bau der Nabucco Pipeline unterstützt. (vgl. <http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/speeches-interviews/projev-jose-manuela-barrosa-na-summitu-jizni-koridor---nova-hedvabna-stezka-21592/>; 12.05.2010)

Für das Erreichen der Ziele sieht die Europäische Kommission vor, dass auf politischer Ebene der Mitgliedsstaaten die Rahmenbedingungen für die Aufgaben der Energieunternehmen unterstützend zur Verfügung gestellt werden. (Schönhart 2008; 58 f.)

I.1.2. Relevante Dokumente

Die Europäische Kommission hat in den vergangenen vier Jahren drei richtungsweisende Dokumente für eine gemeinsame Energiepolitik ausgearbeitet, die im Folgenden vorgestellt werden. Prinzipien, Herausforderungen, Strategien und Ziele der zukünftigen EU-Energiepolitik werden darin dar- und zur Diskussion gestellt.

Hinzu kommt der Vertrag von Lissabon, der im Dezember 2007 unterzeichnet wurde, im Dezember 2009 in Kraft getreten ist und die Eckpunkte der EU-Energiepolitik in Artikel 176a vertraglich festschreibt. Der Versorgung der Europäischen Union mit *Erdgas* wird auch in diesen Dokumenten, direkt und indirekt, große Bedeutung zugemessen.

Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“

Ausschlaggebend für die intensivere Auseinandersetzung der Öffentlichkeit und der „europäischen Institutionen“ mit dem Thema der grenzübergreifenden, gemeinsamen Energiepolitik auf Basis *konkreter* Vorschläge, war das am 8. März 2006 von der Europäischen Kommission vorgelegte Grünbuch mit dem Titel „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ (KOM (2006) 105 endgültig) (http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com2006_105_de.pdf; 03.04.2010).

Generell werden Grünbücher zur Aufmerksamkeitsbildung auf „europäischer Ebene“ von der Kommission eingesetzt. (http://europa.eu/scadplus/glossary/green_paper_de.htm; 05.04.2010) Sie enthalten „Vorlagen für Rechtsakte“, die von der Kommission, beratenden Ausschüssen und Expertengruppen erarbeitet werden. Durch den, von einem Grünbuch ausgehenden Diskussionsprozess können Ideen so weit reifen, dass sie in einem Weißbuch zu „Impulsen für die spätere Rechtssetzung“ werden. (Wessels 2008; 233f.)

Die Kernaussage des Grünbuchs zum Thema Energie aus dem Jahr 2006 ist das Potenzial der *gemeinsamen* Stärke der Mitgliedsstaaten:

„Ein gemeinsames Handeln verschafft ihr [der EU] das Gewicht, ihre Interessen zu schützen und durchzusetzen. Die EU ist nicht nur ausreichend groß, sondern verfügt auch über vielfältige politische Möglichkeiten, um sich der neuen Energielandschaft zu stellen. [...] Wenn es der EU gelingt, zu einer neuen gemeinsamen Politik in Energiefragen zu finden und diese gemeinsam zu vertreten, kann Europa die globale Suche nach Energielösungen anführen.“

(KOM (2006) 105 endgültig, S. 4)

Die Umsetzung der bestehenden Möglichkeiten im Rahmen einer „gemeinsamen Politik“ erfordert sowohl Maßnahmen im Inneren der Europäischen Union, als auch ein dementsprechendes, „kohärentes“ Auftreten der Mitgliedstaaten in Form einer EU-Energieaußenpolitik. Das Grünbuch sieht eine EU-Energieinnenpolitik vor, die unter anderem „die Binnenmärkte für Gas und Strom vollendet“, den Wettbewerb fördert, „die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten [etwa bei Energiekrisen] gewährleistet“ und dem Klimawandel durch Energieeinsparungen und –Innovationen entgegenwirkt. Im Rahmen einer „gemeinsamen Energieaußenpolitik“ werden neben anderem „neue Infrastruktureinrichtungen“, eine „neue Energiepartnerschaft mit Russland“ und eine „Vertiefung der Energiebeziehungen“ zwischen den Energieexport- und Energieimportstaaten als dringend nötig erachtet.

Dadurch sollen die vom Grünbuch proklamierten „drei Hauptziele“ der europäischen Energiepolitik, *„Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit“* erreicht werden. Der Ausbau der Versorgung mit fossilen Brennstoffen wie Erdgas entspricht dabei nur der erwünschten Versorgungssicherheit. Für die Erlangung von Versorgungssicherheit, ist eine „Diversifizierung der Energieeinfuhrquellen und -Importwege“ vorgesehen, wobei der Kaspische Raum explizit als Region genannt wird, von der aus neue Erdgaspipelines in die

Europäische Union verlegt werden sollen. In Kombination mit „erneuerbaren Energiequellen“ bzw. „Energieträgern mit niedrigem CO₂-Ausstoß“ und der Verringerung des Energieverbrauchs soll so die Energiezukunft der Europäischen Union sichergestellt werden. (http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com2006_105_de.pdf; 03.04.2010).

Mitteilung der Europäischen Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament: „Eine Energiepolitik für Europa“

Die im Jänner 2007 veröffentlichte Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Eine Energiepolitik für Europa“ unterscheidet sich in ihren Zielsetzungen nicht wesentlich vom erwähnten Grünbuch. Sie geht aber näher auf Schritte ein, die auf *politischer* Ebene gesetzt werden sollen.

Diese Mitteilung macht deutlich, was eine gemeinsame Energiepolitik für Europa allem voran braucht: das Zugeständnis, dass bereits eine „Interdependenz zwischen den EU-Mitgliedsstaaten“ besteht, die besonders in Krisen zum Ausdruck kommt. Die Interdependenz herrscht dabei nicht *unmittelbar* in Bezug auf die Versorgung mit fossilen Brennstoffen wie Erdgas oder Erdöl. Auf diesem Gebiet sind die Mitgliedsstaaten nach wie vor größtenteils unabhängig in ihrer Versorgungsinfrastruktur. Die Interdependenz bezieht sich viel mehr auf den wirtschaftlichen Warenaustausch zwischen den Staaten, der bei Produktionseinstellungen auf Grund einer Unterversorgung mit Erdgas Folgen für staatenübergreifende Produktionsketten hat. Passieren Versorgungsausfälle in einem Mitgliedsstaat, so wirkt sich dies am Produktionssektor unmittelbar auf andere aus. Dies stellt ein „politisches und ökonomisches Risiko“ dar. Ein Binnenmarkt für Energie verstärkt einerseits diese Interdependenz mit ihren Gefahren, bietet aber auch die Chance, gemeinsam Energiekrisen zu verhindern und ein Energienetz aufzubauen, das maximale Versorgungssicherheit bieten kann. Vor allem für die Staaten Osteuropas, nämlich Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei, aber auch Finnland, die ihr importiertes Erdgas zu 100% aus nur einer Quelle, nämlich von Russland beziehen (Stand 2004) (http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/02_eu_energy_policy_data_en.pdf; 08.04.2010), ist eine zusätzliche Stärkung der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten besonders wichtig.

Gleichzeit müssen neue Versorger aufgebaut werden. Dafür sind langfristige Investitionen von Seiten der Europäischen Union unumgänglich, da nach Angaben der International Energy

Agency das Investitionspotenzial der „größten Öl- und Gasproduzenten“ nicht ausreiche, um den steigenden Energiebedarf zu decken. Diese EU-Investitionen sollten, so die Mitteilung, im Sinne einer Diversifizierung neue „Quellen, Lieferanten, Transportrouten und Transportmethoden“ finanzieren. Die Europäische Kommission drückte sich bereits in dieser, im Jänner 2007 veröffentlichten Mitteilung explizit für den Bau der Nabucco Pipeline aus und nennt diesen unter den „vier wichtigsten vorrangigen Projekten“ im Rahmen einer Infrastrukturverbesserung und –diversifizierung. ([http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri= COM:2007:0001:FIN:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF); 16.03.2010)

Der Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon – im Dezember 2007 unterzeichnet und im Dezember 2009 in Kraft getreten – hebt die Souveränität der Mitgliedsstaaten hervor und weist darauf hin, dass „die Union auf ihren Mitgliedsstaaten beruht“ und sich aus diesen ableitet. (Streinz 2008; 23) Er gilt als Änderung der Gründerverträge der Europäischen Gemeinschaften (Europäische Gemeinschaft (EG), der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)) und somit als „primäres Gemeinschaftsrecht“. Dieses ist für die Mitgliedsstaaten bindend, steht über dem nationalen Recht und muss von „Verwaltungsbehörden und Gerichten“ angewendet werden. (ebd.; 2, 34 und 137f.)

Die Europäische Union bekommt demnach durch den Vertrag von Lissabon „primärrechtliche Gesetzgebungskompetenzen“ in der Energiepolitik. (Leinen 2010; 102) Die im Grünbuch und in der Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa“ erarbeitete Energiepolitik wird durch ihn vertraglich und damit *bindend* festlegt. Weiters werden die „Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarkts“ und die „Gewährung der Energieversorgungssicherheit in der Union“ als Ziele der EU-Energiepolitik vom Vertrag definiert. „Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten“, die Vorantreibung eines EU-Binnenmarkts und der Umweltschutz werden in Bezug auf die Energiezukunft der Union rechtlich verankert - und „Gesetzgebungsverfahren“ angekündigt, durch die das „Europäische Parlament und der Rat“ Maßnahmen zur Umsetzung der energiepolitischen Vorhaben erlassen werden. (http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE/-/EUR...; 06.04.2010)

Nachdem im Vertrag von Lissabon erstmals dem Thema Energie große Bedeutung zuerkannt und eine gemeinsame EU-Energiepolitik als Zielsetzung definiert wurde, kann die Europäische Union Energieprojekte wie den Bau neuer Pipelineinfrastruktur besser

vorantreiben. Die Nabucco Pipeline, die mit politischer und finanzieller Unterstützung der Europäischen Union gebaut werden wird, entspricht der neuen gemeinsamen EU-Energiepolitik und den energiepolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union, wie sie im Vertrag von Lissabon festgelegt wurden.

Der „EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und –Solidarität: Zweite Überprüfung der Energiestrategie“ und das Binnenmarkt Legislativpaket

Im November 2008 veröffentlichte die Europäische Kommission für Energie eine Reihe von Dokumenten, die eine „politische Agenda“ für die „Sicherung unserer Energiezukunft“ beinhalten. Erdgas spielt darin eine wichtige Rolle. (http://ec.europa.eu/energy/strategies/2008/2008_11_ser2_en.htm; 08.04.2010)

Während die Europäische Union „mittel- bis langfristig“ erneuerbare Energien und die Energieeffizienz um 20% steigern- und die Verringerung von Treibhausgasen um jeweils 20% senken möchte (20-20-20 Strategie), ist „kurz- bis mittelfristig“ unter anderem eine Erhöhung der Importsicherheit vorgesehen. Der EU-Aktionsplan erwähnt das 3. Legislativpaket für einen Energiebinnenmarkt, das Vorschläge der Kommission für eine Verbesserung des freien Wettbewerbs macht und das Investitionen in eine grenzübergreifende Energieinfrastruktur fördern möchte. Unter anderem ist darin ausdrücklich die „Entwicklung eines *südlichen Gaskorridors* für Versorgung mit kaspischen [...] Quellen“ vorgesehen.

Während sich der Begriff der Interdependenz in der Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa“ auf die Energiebeziehungen der EU-Mitgliedsstaaten untereinander bezogen hat, weist die „Zweite Überprüfung der Energiestrategie“ auf die Wichtigkeit einer neuen „Energie-Interdependenz“ zwischen der Europäischen Union und Produzenten wie Russland oder Staaten im Kaspischen Raum hin. Das Dokument räumt der Produzentenseite ein, ebenfalls Sicherheitsbedürfnisse zu haben. Eine auf Gegenseitigkeit beruhende positive und konstruktive Abhängigkeit im Zeichen der Kooperation erfordert zum Beispiel das Zugeständnis der Abnehmersicherheit („security of demand“) gegenüber den Handelspartnern. (http://ec.europa.eu/energy/strategies/2008/doc/2008_11_ser2/strategic_energy_review_memo.pdf; 08.04.2010)

Im Juni 2009 hat der Rat der Europäischen Union das „Binnenmarkt Legislativpaket“ angenommen und in zwei „Verordnungen“ („regulations“) und drei „Richtlinien“ („directives“) betreffend Strom und Gas umgesetzt. Die „legislativen Maßnahmen“, die darin ergriffen werden, stellen eine Ergänzung bereits bestehender Regelungen dar.

(http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/108740.pdf; 09.04.2010) Verordnungen und Richtlinien werden vom Europäischen Parlament und dem Rat gemeinsam erlassen und gelten als „sekundäres Gemeinschaftsrecht“. Die Verordnung wirkt dabei „in allen Teilen verbindlich“, die Richtlinie tut dies „nur hinsichtlich des vorgegebenen Ziels“. (Streinz 2008; 145 f.)

Die *Gasrichtlinie* (genaue Bezeichnung: Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG) dient der Einführung „allgemeiner Regeln“ für die Übermittlung, den Vertrieb und die Lagerung von Erdgas und für die Versorgung mit diesem. Weiters soll sichergestellt werden, dass für einen verbesserten Wettbewerb Produktion, Transport und Erdgasversorgung nicht von ein und demselben Anbieter durchgeführt werden dürfen. Um die Einhaltung der Richtlinien kontrollierbar zu machen, wurden die Rechte des Konsumenten und die „Pflichten und Befugnisse der Regulationsbehörden“ festgelegt. (http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/108740.pdf; 09.04.2010 und <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st03/st03649.de09.pdf>; 12.04.2010)

In der *Gasverordnung* (genaue Bezeichnung: Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005) werden Regeln zur „Nicht-Diskriminierung“ beim Zugang zu Versorgungsnetzwerken und „Speichereinrichtungen“ festgelegt- und ein „transparenter Großhandelsmarkt mit einem hohen Grad an Gasversorgungssicherheit“ forciert. Der grenzüberschreitende Handel mit Erdgas soll durch die Gründung des Europäischen Verbunds der Fernleitungsnetzbetreiber für Gas gesichert werden. Dieser wird als Koordinator auftreten und auf die „Weiterentwicklung des Erdgasfernleitungsnetzes“ achten. (http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/108740.pdf; 09.04.2010 und <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st03/st03652.de09.pdf>; 12.04.2010)

I.1.3. Energie als Thema in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Gewährleistung von Versorgung mit Energieträgern „zu annehmbaren Preisen“ gilt für die Volkswirtschaften und die Haushalte praktisch weltweit als existenziell für deren Funktionieren. (Geden 2008; 16)

Doch von einer Energiepolitik, die auf Versorgungssicherheit ausgerichtet ist, bestehe, so Frank Umbach vom Centre for European Security Strategies (München, Berlin), in Europa keine nennenswerte Tradition. Nach dem Prinzip der freien Marktwirtschaft wurde in vielen westeuropäischen Staaten die Energieversorgung der Privatwirtschaft überlassen. (http://www.bpb.de/themen/V86QPM,0,Die_EUEnergiestrategien.html; 22.01.2010) In Osteuropa wiederum bestanden staatliche Monopole, die gezwungen waren, den Großteil ihrer Energieversorgung auf russische Importe zu stützen. Beide Situationen bargen und bergen bis heute Risiken. – Indirekt auch für die Sicherheit von Staaten. Befürchtungen, Exportstaaten könnten Rohstoffe wie Erdgas oder Erdöl als „strategische Waffe“ einsetzen und durch eine Verringerung der Exporte politischen Druck ausüben, wurden durch die Russisch-Ukrainischen Gaskrisen in den Jahren 2006 und 2009 bestätigt. Die Europäische Union hat bereits im Jahr 2003 das Thema Energiesicherheit in ihre „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) aufgenommen. Dabei wurde das Dokument „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt: Europäische Sicherheitsstrategie“ vom damaligen Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, dem Europäischen Rat vorgelegt und dieser hat es angenommen. (http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/fight_against_terrorism/r00004_de.htm; 10.04.2010) Die hohe „Energieabhängigkeit“ von Importen gab schon im Dezember 2003 dem Rat der Europäischen Union „in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis“ für die innere Sicherheit. (<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>; 10.04.2010) Seit dem Jahr 2003 hat sich die Importabhängigkeit im Bereich der fossilen Brennstoffe dennoch erhöht. Der Druck steigt für die Europäische Union, neue Infrastrukturprojekte mit den bestehenden Sicherheitsbedürfnissen der Mitgliedsstaaten in Einklang zu bringen. Erdgasexport- und -transitstaaten müssen so gewählt werden, dass Sicherheitsrisiken, die aus Importabhängigkeiten hervorgehen, so gering wie möglich gehalten werden. Deshalb möchte die Europäische Union derzeit keine weitere Intensivierung des Erdgashandels mit Russland, etwa in Form einer Unterstützung des Baus der South Stream Pipeline. Die Diversifizierung von Erdgasquellen und Handelspartnern etwa durch den Bau der Nabucco Pipeline, soll die Energiesicherheit der Europäischen Union erhöhen und Sicherheitsrisiken, die durch Abhängigkeiten bestehen, verkleinern.

I.1.4. Die Umsetzung der EU-Energiepolitik auf nationaler Ebene

Die vorgestellten Dokumente stellen wichtige energiepolitische Eckpfeiler der Europäischen Union vor. Der bedeutenden Rolle von Erdgas für die Europäische Union wird darin direkt und indirekt Rechnung getragen. Die Europäische Union hat als Staatengemeinschaft die Herausforderungen und den Handlungsbedarf erkannt und legt Strategien vor, mit Hilfe derer im Rahmen einer EU-Energiepolitik dem steigenden Verbrauch entgegengewirkt werden soll. Doch wie sieht die Praxis der EU-Energiepolitik aus? Wird sie auf nationaler Ebene bereits umgesetzt? – Und wenn ja, in welcher Form? Entspricht ein Projekt wie die Nabucco Pipeline nur zufällig der von der Europäischen Kommission erwünschten Diversifizierung der Erdgasversorgung oder handelt es sich dabei um eines der ersten Großprojekte einer gemeinsamen Energieinnen- und –außenpolitik?

Der Vertrag von Lissabon weist in Artikel 176a zum Thema Energie explizit darauf hin, dass die Mitgliedsstaaten in allen Energiefragen (Energienutzung und –versorgung, sowie die Wahl der Energiequellen) das Recht auf Selbstbestimmung haben. Gleichzeitig bezeichnet die „Zweite Überprüfung der Energiestrategie“ der Kommission „nationale Lösungen“, die zu Versorgungssicherheit führen sollen, als „oft ineffizient“. Es läge an den politischen Entscheidungsträgern die gemeinsame Energiestrategie auf nationaler Ebene in ihre Politik zu integrieren und dementsprechend zu handeln. (http://ec.europa.eu/energy/strategies/2008/doc/2008_11_ser2/strategic_energy_review_memo.pdf; 07.04.2010)

Die Energiepolitik der Europäischen Union wird dann für die Mitgliedsstaaten bindend, wenn sie sich in Form von Gemeinschaftsrecht ausdrückt. Dieses muss durch „nationale Organe“ vollzogen werden. Dabei ist es die Aufgabe der Europäischen Kommission, „die Einhaltung des primären und sekundären Gemeinschaftsrechts“ zu überwachen. (Streinz 2008; 117) Kommt ein Mitgliedsstaat dem Grundsatz der Einhaltung des Gemeinschaftsrechts nicht nach, tritt der „Staatshaftungsanspruch“ in Kraft. (ebd.; 141) Die Kommission und sich benachteiligt fühlende Mitgliedsstaaten können eine Aufsichts- bzw. Vertragsverletzungsklage beim Europäischen Gerichtshof erheben. (ebd.; 117 und 218)

Die Europäische Union ist aber bei der Betreibung ihrer Energiepolitik nicht vollständig von der nationalen Ebene abhängig. Sie kann aktiv und direkt gezielt Projekte und Technologien zum Beispiel durch Förderungen unterstützen. (Leinen 2010; 102) Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm hat das Thema Energie erstmals in einem eigenen Kapitel aufgenommen und stellt 2,3 Mrd. Euro für den Zeitraum 2007-2013 an Fördergeld zur

Verfügung. Bei der Förderung von Forschung und Technologien gibt die Europäische Kommission Zielsetzungen für eine Entwicklung hin zu einer Reduktion der Kohlenstoffemissionen vor. (http://ec.europa.eu/research/fp7/pdf/fp7-factsheets_de.pdf; 14.04.2010) Bestehende kohlenstoffemittierende Technologien werden dennoch nicht gänzlich „verteufelt“, sondern sollen in Richtung erhöhter Energieeffizienz weiterentwickelt werden.

Untergraben werden die Vergemeinschaftung der Energiepolitik und das geschlossene Auftreten nach außen etwa durch neue bilaterale Regierungsabkommen zwischen Russland und einzelnen EU-Mitgliedsstaaten – darunter auch Österreich. (vgl. z.B. <http://derstandard.at/1271375166530/South-Stream-Oesterreich-und-Russland-schlossen-Pipeline-Abkommen>; 26.04.2010) Die starken bilateralen Energiebeziehungen zwischen Deutschland und Russland in den vergangenen Jahren und die Durchsetzung des Baus der Nord Stream Pipeline gegen den Willen anderer Mitgliedsstaaten (Polen, Baltische Staaten) ist aber das wohl prägnanteste Beispiel dafür, dass der Weg hin zu einer gemeinsamen EU-Energiepolitik in der Praxis noch ein weiter ist. Energie ist auch ein Faktor im Wettbewerb zwischen den Volkswirtschaften in der Europäischen Union. Solidarität und ein gemeinsamer Kraftaufwand klingen in diesem Kontext idealistisch. Die energiepolitischen Entscheidungen liegen „überwiegend in den Händen der Mitgliedsstaaten (Rippert 2008; 65) und ein „rasanter Wettlauf um [die] Ressourcen hat bereits begonnen“. (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/103/1610386.pdf>; 26.04.2010) Auch innerhalb der Europäischen Union versuchen die Staaten möglichst als Gewinner in diesem Wettbewerb hervorzugehen. Des Weiteren herrscht etwa in Bezug auf neue Pipelineprojekte ein hoher Grad an Uneinigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten darüber, welche Handelspartner und welche Pipelinerouten gewählt werden sollen.

Dennoch arbeitet die Europäische Union unermüdlich an einer Vorantreibung ihrer gemeinsamen Energiepolitik. „Bilaterale Übereinkommen über Energievorhaben“, die nicht im Sinne der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten sind, sollen nach Forderungen des Europäischen Parlaments im Bericht „zum Thema ‚Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Energieaußenpolitik‘“ (September 2007) künftig unterlassen werden. (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&reference=A6-0312/2007>; 13.04.2010)

I.2. Die Rolle des Erdgases in Russlands Energiepolitik

Genauso wie die Europäische Union, steht Russland vor großen energiepolitischen Herausforderungen. Russland ist mit einer Fördermenge von 601,7 Mrd. Kubikmetern Erdgas pro Jahr (Stand 2008) der größte Erdgasförderer der Welt. Gleichzeitig ist es mit einem Erdgasverbrauch von 495 Mrd. Kubikmetern (Stand 2006) der weltweit zweitgrößte Erdgasverbraucher der Welt. (<http://www.deutschebp.de/genericarticle.do?categoryId=9019722&contentId=7049601>; 15.04.2010 und <http://www.deutschebp.de/genericarticle.do?categoryId=9019722&contentId=7050013>; 15.04.2010) 170,6 Mrd. Kubikmeter Erdgas wurden im Jahr 2009 von Russland exportiert, die Einnahmen davon für das Staatsbudget beliefen sich auf 378 Mrd. Rubel (etwa 9,6 Mrd. Euro). (http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/12/14/1810_type82913type82917_223360.shtml; 15.04.2010) 64% dieser Gesamtexportmenge gingen in die Europäische Union (Stand 2008). (<http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/410172/index.do>; 22.07.2010) Die Zahlen zeigen, dass Russland sowohl auf Grund seines eigenen enormen Erdgasverbrauchs, als auch auf Grund hoher Exporteinnahmen von seiner Erdgaswirtschaft abhängig ist bzw. von ihr profitiert. Erdgas (und Erdöl) waren schon in der Sowjetunion eine unablässige Einnahmequelle und ein Wettbewerbsvorteil für Russland. Während – so wie heute noch – die Rohstoffe, politisch und wirtschaftlich vorteilhaft, am Heimmarkt und den (ehemaligen) Sowjetrepubliken günstig angeboten wurden, wurde es zu wesentlich höheren Preisen nach Europa verkauft. Mit Hilfe dieser strategischen Kombination aus billigem Eigenverbrauch und teurem Export, konnte die ansonsten schwächelnde Wirtschaft der Sowjetunion aufrechterhalten werden. (Linskeseder 2008; 32 f.)

Die Erdgasproduktion und der Erdgasexport spielen aber nicht nur für Russlands Wirtschaft und Finanzhaushalt eine zentrale Rolle. Auch Russlands Innen- und Außenpolitik werden wesentlich vom Faktor Erdgas geprägt. Die Re-Verstaatlichung von Teilen des Energiemarktes ab dem Jahr 2000 hat Russland zwar viel internationale Kritik eingebracht, stellt aber einen wichtigen Eckpfeiler für den Aufschwung des Landes in der vergangenen Dekade dar. Russland hat nicht zuletzt auf Grund seiner Energierohstoffindustrie und der politischen Nutzung dieser, auf internationaler Ebene wesentlich an Gewicht gewonnen. Auf innerstaatlicher Ebene hat die positive Entwicklung der Erdgas- und Erdölwirtschaft wesentlich zur Reduktion der russischen Staatsschulden von 152 Mrd. US \$ im Jahr 2000 auf derzeit 29 Mrd. US \$ beigetragen (Live-Interview G. Mangott, www.europa.steiermark.at;

23.04.2010). Der Bau neuer Erdgaspipelines wie South Stream oder Nord Stream in den Abnehmermarkt Europäische Union zur Exportsteigerung wird von Russland und seinem größten Gaskonzern Gazprom stark forciert. (Welfens/Kauffmann 2005; 6) Russlands Energieminister Sergey Shmatko gab im November 2009 an, dass Russland bis zum Jahr 2030 eine Steigerung seiner Exportvolumen vorsieht. Das bis dahin erreichte Niveau soll danach stabil gehalten werden. (http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/russia/doc/reports/progress10_en.pdf; 20.04.2010)

I.2.1. Energiepolitische Herausforderungen für Russlands Erdgassektor

Russlands Erdgassektor steht vor großen Problemen. Die staatliche Gaspipelineinfrastruktur des Landes, die mit einer Länge von etwa 152 000 km die längste der Welt ist (Tkachenko 2008; 164), sowie die Explorationsmethoden sind größtenteils veraltet. Erdgas geht zum Beispiel durch undichte Leitungen verloren, was zu einer Verminderung der Effizienz und zu Sicherheits- und Umweltproblemen führt. (vgl. Der Spiegel Nr.10/05.03.2007; 132) Ebenfalls äußerst problematisch ist der enorme Erdgasverbrauch am russischen Heimmarkt. Wegen eines ineffizienten und verschwenderischen Umgangs mit der Ressource Erdgas muss Russland um seine Handelspartner *und* den Heimmarkt versorgen zu können, zentralasiatisches Erdgas einkaufen. (vgl. Linskeseder 2008; 37) Daran wird sich wohl solange nichts ändern, solange Erdgas am Heimmarkt zu einem sehr niedrigen Preis verkauft wird und kein Anreiz zum Energiesparen gegeben wird. Weiters ist Gazprom trotz seines großen Umsatzes und seiner privilegierten Position ein mit etwa 60 Mrd. US \$ hoch verschuldetes Unternehmen. (Live-Interview G. Mangott, www.europa.steiermark.at; 23.04.2010) Ausländische Investitionen werden deshalb für eine Verbesserung der Situation dringend benötigt.

Eine weitere Herausforderung für das Funktionieren von Russlands Erdgaswirtschaft am Exportsektor stellte in den vergangenen Jahren das angespannte Verhältnis Russlands zur Ukraine dar. 78% der Erdgasexporte Russlands nach Europa (Europäische Union und Staaten des Balkans) verlaufen durch das Transitland Ukraine (<http://derstandard.at/1231151101773/Die-Gaskrise-und-das-Versagen-der-EU>; 27.04.2010). Weiters ist die Ukraine selbst ein wichtiger Abnehmer für russisches Erdgas. Streitigkeiten über die politische Ausrichtung der Ukraine und Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf den Erdgaspreis, den die Ukraine bezahlen sollte, führten im Jänner 2006 und im Jänner 2009 zu

Lieferengpässen in der Ukraine selbst und in der Europäischen Union (worauf in Kapitel „Energiepolitische Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland“ noch genauer eingegangen wird). Es liegt im Interesse Russlands und der Europäischen Union, dass die Ukraine auf politischer Ebene wieder ein verlässliches Transitland wird und dass beim Bau neuer Pipelines Transitländer möglichst vermieden werden.

Das folgende Kapitel zu Russlands Energiepolitik im Bezug auf Erdgas wird zeigen, welche offiziellen Pläne Russland und sein wichtigster Gaskonzern Gazprom haben, um diesen Herausforderungen zu begegnen und welche Prioritäten Russland in seiner Energiepolitik setzt, um in Zukunft eine noch größere Rolle für die Energiesicherheit der Europäischen Union spielen zu können.

I.2.2. Russlands energiepolitisches Akteursgefüge

Im Akteursgefüge der russischen Energiepolitik nimmt der Präsident die wichtigste Position ein. (Tkachenko 2008; 163) Russlands Verfassung aus dem Jahr 1993 legt die Position des Präsidenten im Staat „über allen anderen“ staatlichen Institutionen fest. „Die Regierung, der Verfassungsgerichtshof und die beiden Kammern des Parlaments“ sind den Entscheidungen des Präsidenten untergeordnet. (ebd.; 170) Dieses hierarchische Gefüge spiegelt sich auch im Umgang mit energiepolitischen Fragen wider. Während Boris Jelzins Amtszeit als Präsident (1991-1999) im Zeichen von Privatisierung und Dezentralisierung stand, war Wladimir Putins Präsidentschaft (2000-2008) gekennzeichnet durch „die Stärkung der Rolle des Staates“. Für den Energiesektor bedeutet dies unter anderem, dass der Staat seit dem Jahr 2000 Anteile an Energiefirmen zurückkauft und dass öffentliche Firmen gegründet werden, die mit privaten Firmen in Konkurrenz treten. (ebd.; 171) Sowohl der öffentliche, als auch der private Sektor des russischen Energiemarktes werden seit Wladimir Putins Amtszeit als Präsident von der „nationalen Energiepolitik“ geleitet. (ebd.; 163)

Seit dem Jahr 2005, dem Beginn Wladimir Putins 2. Amtszeit als Präsident und noch verstärkt seit 2008, dem Beginn Putins 2. Amtszeit als Premierminister¹, hat die Regierungsebene aber an politischem Gewicht gewonnen. Der Premierminister und seine beiden Vizepremierminister, von denen einer für den Energiesektor zuständig ist und den Vorsitz des Gazprom-Ausschusses innehat, verfügen über ein ansehnliches Budget, mit dem sie

¹ (Wladimir Putins 1. Amtszeit als Premierminister dauerte von 1999 bis 2000.)

„nationale Projekte“ zum Beispiel am Energiesektor umsetzen können. Dass ein Vizepremierminister immer gleichzeitig auch Gazprom- Aufsichtsratsvorsitzender ist, zeigt deutlich, auf welche Weise der Staat in der Lage ist, den nur teilverstaatlichten Konzern zu lenken. Gazprom wird von innen heraus von Regierungsmitgliedern und Regierungsrepräsentanten dank einer knappen Mehrheit von 50,002% dominiert (worauf in Kapitel I.2.4. noch genauer eingegangen wird). Der Staat kann aber das Unternehmen nur in Kooperation mit den privaten Beteiligten führen. Zwischen der russischen staatlichen Energiepolitik und der Energiewirtschaft, sowie zwischen energiepolitischen und privaten Akteuren besteht eine enge Verbindung, die sich in der Unternehmensstruktur von Gazprom widerspiegelt und mit dem Governance-Ansatz erklärt werden kann. Der Begriff Governance beinhaltet ein umfassendes „Steuerungskonzept“, mit dem „netzwerkartige Strukturen des Zusammenwirkens von staatlichen und privaten Akteuren“ erforscht und erklärt werden. Dieses Zusammenwirken findet in Form von Verhandlungen statt, die konstant geführt werden und im Zeichen der Kooperation stehen. (Linskeseder 2008; 51)

Im energiepolitischen Akteursgefüge Russlands sind weiters das „Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Handel“, das „Ministerium für Industrie und Energie“, das „Ministerium für Natürliche Ressourcen“, das Finanzministerium und das Außenministerium mit energiepolitischen Aufgaben betraut. Letzteres kann wegen der starken außenpolitischen Rolle des russischen Präsidenten aber als „unbedeutend“ bezeichnet werden. (ebd.; 173 f.)

I.2.3. Russlands offizielle energiepolitische Position

Im folgenden Kapitel soll Russlands *offizielle* energiepolitische Position auf internationaler Ebene anhand einer Rede des früheren Präsidenten Wladimir Putin aus dem Jahr 2005 und Russlands Gestaltung des G8-Gipfels in Sankt-Petersburg im Jahr 2006, dargestellt werden. Diese beiden Ereignisse wurden ausgewählt, weil sie Russlands Energiepolitik im internationalen Kontext dank ihrer starken Aussagekraft besonders gut widerspiegeln. Welche Rolle Russland am internationalen Energiemarkt einnimmt, ist auch für die energiepolitischen Beziehungen und den konkreten wirtschaftlichen Austausch zwischen der Europäischen Union und Russland von großer Bedeutung. Beide offiziellen Ereignisse spiegeln Russlands Selbsteinschätzung im internationalen Gefüge wider und zeigen, welche große Bedeutung der Faktor Erdgas für Russlands Auftreten gegenüber anderen Staaten hat. Der Erdgas- und Erdölexport wurden unter Präsident Putin zu einem außenpolitischen Positionierungsfaktor,

dem Russland seinen ökonomischen Aufschwung und seine heutige Stellung zu verdanken hat.

Präsident Putin über „Russlands Rolle für die Internationale Energiesicherheit“ im Dezember 2005

Im Dezember 2005 hielt Russlands damaliger Präsident Wladimir Putin eine Rede vor dem UN-Sicherheitsrat über die Haltung Russlands zum Thema Energiesicherheit. Energie sei, so Putin, „ein Schlüsselfaktor der Weltwirtschaft“, ein „Faktor der globalen Sicherheit“ und unablässig für das „Wachstum der Weltwirtschaft“. Für Russland als energieressourcenreiches Land und Energieexporteur sei es deshalb wichtig, sowohl gegenüber seinen internationalen Abnehmern ein „verlässlicher und verantwortungsvoller Partner“ zu sein, als auch seine „eigenen nationalen Interessen“ zu vertreten. Für die Aufrechterhaltung der Führungsposition beim Export fossiler Brennstoffe dürfe sich Russland aber bei weitem nicht nur auf die *Steigerung* von Produktion und Export konzentrieren. Die Zukunft erfordere dringend Innovationen, „neue Technologien“ und mehr Effizienz.

Die Problemstellungen, mit denen sich Russlands Energiewirtschaft zum Zeitpunkt von Putins Rede im Dezember 2005 konfrontiert sah (und zum Großteil immer noch sieht), waren ernst. Die rechtliche Lage, die Steuersituation, das Geschäftsklima und die Qualität der Unternehmensführung am Energiesektor boten potentiellen Investoren zu wenig Anreize und zu viele Unsicherheiten. Modernisierung und Innovation auf *technischer* Ebene waren und sind ebenfalls erforderlich, um Situationen der Misswirtschaft entgegenzuwirken. Wladimir Putin drückte dies in seiner Rede sehr direkt aus: „*Wir müssen mehr tun, als einfach nur zu explorieren, was oft auf eine sehr unzivilisierte Art getan wird.*“ Für eine „moderne Energieindustrie“ brauche es „internationale Kooperation“, „ausländische Erfahrungen“ und „Investitionen“. In Bezug auf den Export von Erdgas und Erdöl sei eine Diversifizierung der Distributionsrouten zur Exportsteigerung notwendig. Der Bau neuer Transportinfrastruktur zu „viel versprechenden“ Abnehmermärkten in Süd-Ost-Asien wird dabei explizit genannt, sowie der Bedarf für eine Modernisierung der bestehenden. (http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2005/12/22/2222_type82912type82913_99439.shtml; 19. 04.2010) Putin sprach in seiner Rede vor fünf Jahren (noch) nicht über die Pläne Russlands zum Bau neuer Gaspipelines in die Europäische Union. Die South Stream- und die Nord Stream Pipeline gelten heute aber als die vielversprechendsten Projekte am russischen

Erdgasexportsektor. Sie werden sich voraussichtlich schneller umsetzen lassen als vergleichbar große Transportmöglichkeiten für Erdgas in den süd-ost-asiatischen Raum.

Der G8 Gipfel 2006 unter dem Vorsitz Russlands

Die acht größten Industrienationen der Welt treffen sich jährlich zu Gesprächen im G8-Forum. Unter ihnen befinden sich vier EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien). Nach dem Rotationsprinzip hat jedes Jahr ein anderes Land den G8-Vorsitz inne und fungiert als Gastgeber. (<http://g8.gc.ca/about/how-the-g8-works/>; 18.04.2010) Das jeweilige G8-Vorsitzland hat dabei das Privileg, Schwerpunkte auf der Agenda des Treffens zu setzen. Russland entschied sich bei seinem ersten Vorsitz im Jahr 2006, das Thema „globale Energiesicherheit“ in den Mittelpunkt der Gespräche zu rücken. (<http://en.g8russia.ru/agenda/>; 18.04.2010) Besonders interessant für das Thema Energie im Rahmen der G8-Gipfel ist, dass seit der Aufnahme Russlands in die G7 im Jahr 1997 (<http://en.g8russia.ru/g8/history/shortinfo/>; 19.04.2010), äußerst unterschiedliche energiepolitische Positionen in der Gruppe vertreten sind. Vor allem zwischen den erwähnten EU-Mitgliedsstaaten und Russland besteht der grundlegende Unterschied zwischen der Anbieter- und Abnehmerposition. Dennoch wurde beim G8-Gipfel 2006 auf die Hervorhebung der „Interdependenz“ zwischen den Akteuren Wert gelegt. (<http://eng.kremlin.ru/events/articles/2006/07/107984/154718.shtml>; 18.04.2010)

Schon im Vorfeld des G8-Gipfels in Sankt Petersburg, der im Juli 2006 stattfand, kam es im März 2006 zu einem Treffen zwischen dem damaligen Präsidenten Putin und den Energieministern der G8-Staaten. In seiner Rede vor den Energieministern hob Putin die Rolle Russlands für die „globale und regionale Energiesicherheit“ hervor. Energiepolitische Vorhaben Russlands, wie die Erschließung des Shtokman Gasfeldes, der Bau der „North European Gas Pipeline“ (Nord Stream Pipeline) oder der Bau einer Pipeline¹ von Sibirien in die Volksrepublik China wurden dabei erwähnt. Putin hob aber auch Russlands Bedürfnisse als Rohstoffexporteur hervor: Eine „Harmonisierung der Interessen“ aller Beteiligten solle angestrebt werden und könne nur dann funktionieren, wenn auch Russland als Exporteur genau so viele Informationen bekomme, wie es zur Verfügung stellt. Ziel der größten Industrienationen der Welt könnten nicht nur Maßnahmen sein, die eine „verlässliche Versorgung“ garantieren, sondern auch Maßnahmen, die den Exporteuren eine „stabile

¹ Ob es sich dabei um eine Erdöl- oder Erdgaspipeline handelt, wird nicht bekannt gegeben.

Nachfrage“ zusichern, so Putin. Durch „langfristige Verträge zwischen Produzenten und Konsumenten“ und durch die Gewährung des Zugangs zu aktuellen und voraussichtlichen Daten zum Energieverbrauch der Abnehmerstaaten, würde eine für beide Seiten vorteilhafte *Interdependenz* entstehen und eine höhere Berechenbarkeit des Energiemarktes möglich werden. (http://eng.kremlin.ru/speeches/2006/03/16/1302_type82912type82914type84779_103208.shtml; 16.04.2010)

I.2.4. Die Rolle Gazproms für Russlands Erdgassektor und den internationalen Erdgasexport

Russlands präsidentielle Administration und Regierung schaffen den legislativen Rahmen für die Erdgaswirtschaft des Landes und setzen sich außenpolitisch auf bi- und multilateraler Ebene für die Interessen Russlands als Energieexporteur ein. Für die Umsetzung der bestehenden Aufgaben am Erdgassektor innerhalb und außerhalb Russlands ist allen voran das gigantische Unternehmen Gazprom verantwortlich. Im Jahr 2008 produzierte die Gazprom Group fast 550 Mrd. m³ Erdgas, was etwa 17% der globalen und 84% der russischen Erdgasproduktion ausmacht. Mit einem geschätzten Ressourcenvolumen von etwa 33 Billionen m³ Erdgas verfügt die Gazprom Group nach eigenen Angaben über die größten Erdgasreserven der Welt. Auch der Rekord für das „größte Gastransportnetz der Welt“ geht mit einer Länge von 445 000 km an Pipelines an Gazprom und seine 165 Firmen, die für die Distribution von Erdgas verantwortlich sind. (<http://www.gazprom.com/about/today/>; 28.04.2010 und <http://www.gazprom.com/production/>; 29.04.2010) Gazprom ist dank seiner Größe und seiner Einnahmen für den russischen Staatshaushalt eine „strategische Firma“, die als „ein Organismus erhalten werden soll“, wie es Wladimir Putin als Präsident im Februar 2003 ausdrückte. Der transnationale Konzern erwirtschaftete im Jahr 2003 „8% des BIP und etwa 20% Staatsbudgeteinnahmen“. (http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2003/02/14/0000_type82913type84779type127286_158665.shtml; 16.03.2010)

Gazprom spielt für den Bau der South Stream Pipeline die federführende Rolle. Im folgenden Kapitel soll Gazproms Relevanz aber dennoch nicht nur auf den Bau der South Stream Pipeline reduziert werden, da der Konzern für Russlands Erdgassektor und damit für die europäische Energiesicherheit ein entscheidender Akteur ist. Weiters ist Gazprom im

Kaspischen Raum eine starke Konkurrenz für EU-europäische Unternehmen, die das von der Europäischen Union unterstützte Nabucco Projekt planen.

Unternehmensstruktur

Die Russian Joint Stock Company (RAO) Gazprom ging im Februar 1993 aus dem „Staatlichen Gaskonzern Gazprom“ hervor und war danach kurzfristig zu 100% in staatlichem Besitz. Zwischen 1993 und 1995 wurde RAO Gazprom unter dem damaligen Präsidenten Boris Jelzin schrittweise privatisiert; 41% der Anteile blieben aber beim Staat. 1998 wurde Gazprom zur Open Joint Stock Company (OAO) Gazprom. Unter der Präsidentschaft Wladimir Putins gelang es dem russischen Staat im Jahr 2005 die Mehrheit von OAO Gazprom wieder unter seine Kontrolle zu bringen, indem der staatliche Betrieb Rosneftgaz 10,74% der Anteile des Konzerns kaufte. 50,002 % der Anteile von OAO Gazprom sind damit heute in staatlichem Besitz. (<http://eng.gazpromquestions.ru/?id=10>; 28.04.2010) Der russische Staat kann Gazprom aber nicht nur dank seiner Anteilsmehrheit lenken, sondern ist mit Regierungsmitgliedern und Regierungsvertretern *direkt* in den leitenden Gremien wie dem Ausschuss oder dem Aufsichtsrat vertreten. (http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2003/02/14/0000_type82913_type84779type127286_158665.shtml; 16.03.2010)

Da OAO Gazprom der „legale Nachfolger“ des sowjetischen „Staatlichen Gaskonzerns Gazprom“ ist, besitzt der heutige Konzern immer noch die „Eigentumsrechte und Pflichten“ des früheren Konzerns. Dazu zählen unter anderem „die Rechte Land, unterirdische Reserven“ und „natürliche Ressourcen“ zu nutzen. (<http://eng.gazpromquestions.ru/?id=10>; 28.04.2010)

Gazprom spielt sowohl für den Erdgasexport, als auch für den russischen Heimmarkt eine *zentrale* Rolle. Seine Relevanz für Russlands Wirtschaft und Politik ist auf Grund seiner Größe und Wirtschaftsleistung enorm und nimmt durch neue Großprojekte kontinuierlich zu. In der Erdgasindustrie Russlands übernimmt das Unternehmen die Aufgaben „der geologischen Exploration, der Produktion, des Transports, der Lagerung, der Bearbeitung und des Verkaufs von Gas und anderen Kohlenwasserstoffen“. Weiters produziert Gazprom Strom und Wärmeenergie. (<http://www.gazprom.com/about/today/>; 28.04.2010) Innerhalb Russlands versorgt Gazprom 68 von 83 Regionen (Stand Jänner 2009) und baut sein Distributionsnetz nach Angaben von Gazproms Vorstandsvorsitzender Alexei Miller bis zur Kamtschatka

Halbinsel im äußersten Osten Russlands aus. (http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2009/01/09/1717_type82913_211508.shtml; 17.04.2010)

Im internationalen Gashandel betreibt Gazprom unter anderem die für die Europäische Union wichtige Yamal Pipeline und ist für den derzeit stattfindenden Bau der Nord Stream Pipeline verantwortlich. Die South Stream Pipeline befindet sich derzeit noch in ihrer Planungsphase. Gazprom sieht vor, bei einer Vollausslastung von South Stream, 63 Mrd. m³ Erdgas in die Europäische Union zu transportieren. (<http://www.gazprom.com/production/projects/pipelines/south-stream/>; 11.04.2010)

Gazproms Zukunftspläne

Gazproms Ziel ist es, seine Position unter den Weltmarktführern zu halten - und seine Zukunftspläne dafür sind äußerst ambitioniert. Präsident Dimitri Medwedew hat die Verbesserung des russischen Heimmarkts und der Reichweite der Erdgasversorgung innerhalb Russlands offiziell zu einer Priorität erklärt. (http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2009/01/09/1717_type82913_211508.shtml; 17.04.2010) Dennoch ist Gazprom auch äußerst intensiv damit beschäftigt, neue internationale Projekte umzusetzen und neue Absatzmärkte zu erschließen. – Nicht zuletzt deshalb, weil Erdgas zum Beispiel an die Europäische Union teurer verkauft werden kann als am russischen Heimmarkt.

Die Zukunftsprojekte von Gazprom sind für diese Arbeit deshalb von großer Bedeutung, da sie sowohl die Zukunft des South Stream Projektes und der Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union allgemein mitbestimmen, als auch fallweise eine Konkurrenz für das Nabucco Projekt darstellen.

Gazprom deckt mit seinen Plänen ein reiches Spektrum an Möglichkeiten ab, die sich zur Erweiterung seiner wirtschaftlichen Leistung bieten:

- 1) Die **„Diversifizierung von Transportrouten und die Stärkung der Europäischen Energiesicherheit“**: Die beiden größten Projekte in Bezug darauf sind der Bau der South Stream- und der Nord Stream Pipeline. Die Nord Stream Pipeline von Russland nach Deutschland, deren Bau im April 2010 begonnen hat, soll mit Erdgas des Shtokman Gasfeldes gespeist werden. Die Erschließung dieses Gasfeldes ist ebenfalls Teil der Gazprom-Großprojekte, die in unmittelbarer Zukunft umgesetzt werden sollen. (<http://www.gazprom.com/about/today/>; 28.04.2010) Die South Stream

Pipeline, die in die Europäische Union verlegt wird, wird in Zukunft ebenfalls eine Hauptexportroute für russisches Erdgas darstellen.

- 2) Die „**Markt- und Produktdiversifizierung**“: Gazprom wird seine Exportkapazitäten nicht nur durch den Bau neuer Pipelines wie South Stream steigern, sondern auch durch innovative Projekte am Gebiet der LNG Technologie. Liquified Natural Gas bietet Russland unabhängig von Pipelines die Möglichkeit, mit Tankschiffen und Tankwaggons Erdgas zu transportieren. Im April 2009 „erreichte das erste Tankschiff mit russischem LNG Japan“. (<http://www.gazprom.com/production/central-asia/>; 28.04.2010) Mit der LNG Technologie werden für Gazprom Gasexporte nach Großbritannien, in die Vereinigten Staaten, China oder nach Süd Korea möglich. Eine besonders gute Quelle für Erdgas, das in den asiatischen Pazifikraum und in die Vereinten Staaten verkauft werden soll, sind die Erdgasvorkommen der Sakhalin Halbinsel im Osten Russlands, die Gazprom als Teil eines internationalen Konsortiums erschließt. (ebd.)

Mit der Strategie der Etablierung neuer Erdgasabnehmer kann Russland seine Abhängigkeit von europäischen Abnehmern mindern und gleichzeitig seine Exporteinnahmen steigern.

- 3) **Die Erschließung der Erdgasreserven im Fernen Osten und in Ost Sibirien** (Eastern Gas Programm): Das Ausbeutungspotenzial der von Gazprom geschätzten 52,4 Billionen m³ Erdgas unter Festland und fast 15 Billionen m³ Erdgas Offshore im Osten Russlands, wird derzeit nur zu 7,3% bzw. 6% ausgeschöpft. Diese Erdgasreserven möchte Gazprom für den Ausbau des noch unterentwickelten Heimmarkts in „Russlands östlichen Regionen“ und zum Export in den asiatischen Pazifikraum nützen.

Gazprom hat bei der Erschließung neuer Erdgasreserven die volle Rückendeckung des Staates. Den Auftrag für die Erschließung Ost Sibiriens und des Fernen Ostens hat Gazprom von der russischen Regierung. Der Konzern und seine Tochterfirmen besitzen „mehr als 40 Lizenzen“ für die Region. (<http://www.gazprom.com/production/projects/east-program/>; 28.04.2010) Im Jahr 2008 erhielt Gazprom nach eigenen Angaben von der russischen Regierung Lizenzen für 10 Gasfelder, ohne dass vorher eine Ausschreibung stattgefunden hat. Die Gazprom Group besitzt (Stand Dezember 2008) insgesamt 262 Lizenzen zur Erdgasexploration, -Entwicklung und Produktion. (<http://www.gazprom.com/production/reserves/>; 28.04.2010)

- 4) Die „**Umsetzung gemeinschaftlicher Projekte**“ zur Erschließung ausländischer Kohlenwasserstoffreserven: Gazprom gewinnt im Rahmen von „Joint Projects“ Erdgas in Zentralasien, Vietnam, Indien, Venezuela und Libyen. (ebd.)
- 5) „**Gaseinkäufe in zentralasiatischen Ländern**“: Indem Gazprom nicht nur Erdgas verkauft, sondern auch ankauft, hat das Unternehmen die nötige „Ressourcenbasis“, um die Bedürfnisse seiner drei Hauptabsatzmärkte Russland, Commonwealth of Independent States und Europa zu bedienen. Auch bei dieser Marktstrategie hat Gazprom die Unterstützung der russischen Regierung, die mit den Staaten Zentralasiens langfristige Kooperationsabkommen abschließt und den Kooperationen zwischen Gazprom und zentralasiatischen Firmen den „rechtlichen Rahmen“ gibt. (<http://www.gazprom.com/production/central-asia/>; 28.04.2010) Russlands Gaseinkäufe in Zentralasien haben aber auch Auswirkungen auf die Europäische Union. Denn je mehr Erdgas Russland in Zentralasien durch langfristige Verträge an sich bindet, desto weniger Chance haben EU-Mitgliedsstaaten, Erdgas aus der Region für Projekte wie Nabucco zu kaufen. Dies kann bedeuten, dass die Europäische Union in Zukunft zentralasiatisches Erdgas (nur) über Russland und mit einem Preisaufschlag beziehen kann. Besonders interessant für die Zukunft der Nabucco Pipeline ist der Bau der Pre-Caspian Pipeline, die von den Staaten Russland, Kasachstan und Turkmenistan durchgeführt wird. Sie wird Erdgas aus Gasfeldern unter dem Kaspischen Meer nach Russland befördern und ist damit ein Konkurrenzfaktor für die Nabucco Pipeline, die Gas aus demselben Raum in die Europäische Union und in die Türkei bringen soll.

Im Gegensatz zu den Staaten der Europäischen Union hat Russland schon sehr früh erkannt, dass Energie ein wichtiger Bestandteil von außen- und innenpolitischen Prozessen sein kann. Die politische Ebene Russlands macht sich für die Erdgaswirtschaft des Landes gegenüber anderen Staaten stark. Sie setzt sich in bi- und multilateralen Verhandlungen mit Abnehmern (z.B. Europäische Union bzw. EU-Mitgliedsstaaten, ehemalige Sowjetrepubliken) und Anbietern (z.B. Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan (<http://www.gazprom.com/production/central-asia/>; 28.04.2010)) für die wirtschaftlichen Interessen von Gazprom ein und kann so wesentlich die Rolle Russlands im internationalen Gefüge mitgestalten. Auch in seiner Innenpolitik hat der russische Staat die Möglichkeit,

seine Erdgaswirtschaft zu fördern und zu lenken, um anschließend finanziell von ihr zu profitieren.

I.3. Energiepolitische Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland

In den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland spielt Energie eine Schlüsselrolle. Russland ist ein traditioneller und nach eigenen Angaben der Europäischen Kommission, ein „äußerst verlässlicher Energieversorger“ (http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/russia/russia_en.htm; 20.04.2010) für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union¹. Gleichzeitig ist die Europäische Union der wichtigste Energieabsatzmarkt für Russland. Auch wenn Russland zur Diversifizierung seiner Erdgas- und Erdölexporte neue Absatzmärkte sucht, wird es in absehbarer Zeit vor allem vom Verkauf von Erdgas von Europa abhängig bleiben. Alle russischen Erdgasexportpipelines verlaufen nämlich derzeit in die Europäische Union, in die Länder des Balkans, in die Türkei und zu meist niedrigen Preisen in die GUS-Staaten. Für einen Erdgasexport über noch größere Distanzen hinweg, etwa nach China, Süd Korea oder Japan, wäre der Flüssiggastransport eine weitaus rentablere Exportmöglichkeit als der Bau neuer Pipelines. (Live-Interview G. Mangott, www.europa.steiermark.at; 23.04.2010 und <http://www.rag-austria.at/presse/veroeffentlichungen/details/article/rohoel-aufsuchungs-ag-rag-wingas-gmbh-und-ooo-gazprom-export-eroeffnen-erdgasspeicher-haidach.html>; 15.09.2010) Langfristig werden diese Märkte aber von Russland bedient werden können. Im Februar 2009 hat Präsident Medwedew die erste Flüssiggasproduktionsanlage Russlands auf der Sakhalin Insel im Osten des Landes eröffnet. Die Anlage wird etwa 10 Millionen Tonnen Flüssiggas pro Jahr herstellen und liegt in geografischer Nähe zu potentiellen Abnehmern in Süd-Ostasien. (http://eng.kremlin.ru/speeches/2009/02/18/1805_type127286_213051.shtml; 26.04.2010) Die Europäische Union stellt derzeit aber noch den weitaus „lukrativsten Partner“ für Russland dar. Die Lieferverträge sind langfristig und binden den Gaspreis für die Europäische

¹ Direkt-Erdgasimporte aus Russland aus der gesamten Erdgasimportmenge: Österreich: 82%, Belgien: 2%, Bulgarien: 100%, Dänemark: keine Erdgasimporte, Deutschland: 45%, Estland: 100%, Finnland: 100%, Frankreich: 21%, Griechenland: 82%, Großbritannien: 0%, Irland: 0%, Italien: 37%, Lettland: 100%, Litauen: 100%, Luxemburg: 0%, Malta: keine Importe, Niederlande: 0%, Polen: 63%, Portugal: 0%, Rumänien: 100%, Schweden: 0%, Slowakei: 100%, Slowenien: 60%, Spanien: 0%, Tschechien: 74%, Ungarn: 81%, (http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/02_eu_energy_policy_data_en.pdf; 08.04.2010)

Union an den in den vergangenen Jahren hohen Rohölpreis. (Live-Interview G. Mangott, www.europa.steiermark.at; 23.04.2010)

Die Europäische Union als Staatengemeinschaft kann als energiepolitischer Akteur verstanden werden, ist aber kein geschlossen agierender Erdgasabnehmer. Die EU-Mitgliedsstaaten regeln ihre Erdgasversorgung selbst. Bilaterale Abkommen und Projekte zwischen Russland und einzelnen EU-Mitgliedsstaaten sind ein gegenläufiger Trend zur Vergemeinschaftung. – Oder aber, wie Pami Aalto es beschreibt, ein „nützlicher weiterer Weg“ neben einem gemeinschaftlichen Agieren. (Aalto 2008; 201) Für den Fall, dass EU-Mitgliedsstaaten sich gegen Projekte aussprechen, die für andere Mitgliedsstaaten sinnvoll und notwendig sind, können diese Projekte dennoch durchgeführt werden. Besonders wichtig ist diese Möglichkeit in Anbetracht dessen, dass die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft noch nicht zu einer geschlossenen Politik gegenüber Russland finden konnten. Vor allem zwischen Deutschland, das Projekte wie die Nord Stream Pipeline mit Russland durchführt und Polen, das sich gegenüber einer Verstärkung der Energiebeziehungen zu Russland bislang skeptisch zeigte, bestehen grundlegende Interessensdivergenzen. Auch die Projekte der South Stream- und der Nabucco Pipeline zeigen deutlich, welche unterschiedlichen Positionen auf dem Gebiet der Energiepolitik (noch?) zwischen den Mitgliedsstaaten herrschen.

I.3.1. Der EU-Russland Energiedialog

Im Energiehandel zwischen der Europäischen Union und Russland bewerkstelligt eine Vielzahl von nationalen und transnationalen Energiekonzernen die Versorgung der Endverbraucher mit Energie über nationale Grenzen hinweg. Für das Funktionieren der wirtschaftlichen Ebene braucht es politische Rahmenbedingungen, die den grenzübergreifenden Handel mit Energieträgern wie Erdgas unterstützen. Um dem intensiven Energiehandel zwischen Russland und der Europäischen Union die nötige politische Rückendeckung zu geben, stimmen die beiden Akteure ihre Interessen im Rahmen einer „Energiepartnerschaft“ aufeinander ab. Das Engagement der Partner dient der Sicherstellung der nationalen Interessen auf beiden Seiten. Für die Europäische Union als heterogene Staatengemeinschaft stellt sich dabei eine weitaus komplexere Aufgabe als für Russland als zentral gelenkten Staat. Dennoch hat es die Europäische Kommission geschafft, als Interessensvertretung seiner Mitgliedsstaaten nach außen, Russland auf gleicher Augenhöhe

zu begegnen und gemeinsam mit Russland Prinzipien für eine sichere Zusammenarbeit aufzustellen. Die *Umsetzung* dieser Prinzipien in der energiepolitischen Praxis ist im Gegensatz zur Bereitschaft zu formellen Bekenntnissen noch nicht sehr weit vorangeschritten (worauf Kapitel II eingeht).

Im Jahr 1994 wurde der Vertrag über die Energiecharta von „allen Ländern Mittel- und Osteuropas, Japan, Australien und allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften“ sowie allen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion unterzeichnet. Der Vertrag ist als „solider Rechtsrahmen“ gedacht, der die „rechtlich nicht bindende“ Europäische Energiecharta aus dem Jahr 1991 für die Unterzeichnerstaaten verbindlich machen sollte. Als „multilaterales Übereinkommen“ soll er die Zusammenarbeit der Staaten am Energiesektor in den Bereichen Handel und Investitionen vereinfachen und stärken. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion lag es im vitalen Interesse der westlichen Industriestaaten, dass sich in den rohstoffreichen Ländern der ehemaligen Sowjetunion marktwirtschaftliche Prinzipien, verlässliche rechtliche bzw. rechtsstaatliche Rahmenbedingungen und stabile (energie)-politische Bedingungen etablierten. (http://www.encharter.org/fileadmin/user_upload/document/GE.pdf; 20.04.2010)

Der Vertrag über die Energiecharta hatte jedoch nicht den von den Europäischen Gemeinschaften erwünschten Effekt. Nachdem sich abzeichnete, dass die Regierung Russlands den Vertrag nicht ratifizieren werde (Aalto 2008; 12), beschritten die Europäische Union und Russland im Jahr 2000 einen neuen Weg der energiepolitischen Zusammenarbeit in Form des informellen bilateralen EU-Russland Energiedialogs.

Die Arbeitsweise des EU-Russland Energiedialogs

Seit seiner Gründung im Oktober 2000 am 6. EU-Russland Energiegipfel gilt der EU-Russland Energiedialog für die beiden beteiligten politischen Akteure als „*Leitinstrument*“ in der Kooperation zwischen der Europäischen Union und Russland in Energiefragen. (http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/russia/doc/reports/progress10_en.pdf; 20.04.2010) Für die bestmögliche Interessenskoordination (auf die weiter unten eingegangen wird) wird im Rahmen des Energiedialogs auf vier Ebenen zusammengearbeitet, die ein breites Spektrum an Regierungsmitgliedern, energie- und finanzwirtschaftlichen Akteuren und Experten umfassen:

- 1) Im Permanent Partnership Council (PPC) beraten der russische Energieminister, der Energiekommissar der Europäischen Union, sowie der Energieminister des aktuellen und des zukünftigen EU-Ratsvorsitzlandes.
- 2) Auf „politischer Ebene“ stehen Russlands Energieminister und der EU-Energiekommissar als „Koordinatoren des Energiedialogs“ in regelmäßigem Kontakt.
- 3) Innerhalb der „Energy Dialogue Joint Thematic Groups“, die seit Dezember 2008 existieren, arbeiten von der Europäischen Union und von Russland eingesetzte Experten, die Europäische Kommission, europäische Industrievereinigungen und internationale Finanzinstitutionen zusammen. Mit dieser Mischung aus politischen, industriellen und finanzwirtschaftlichen Akteuren, stellen die Thematic Groups ein bereichsübergreifendes Forum der Konsultation dar.

Derzeit wird in 3 Themengruppen gearbeitet:

- a) In der Gruppe „Energiestrategien, -prognosen und –szenarien“ findet ein Austausch zu den Themen Strategien, Energiepolitiken und Prognosen mit dem Ziel der Entwicklung eines „bilateralen Energieinformationssystems“ statt. In der Untergruppe „Energieökonomie“ wird zu den Themen Angebot und Nachfrage von Rohstoffen beraten.
 - b) In der Gruppe „Energiamarktentwicklungen“ sollen durch Informationsaustausch „Vertrauen und Transparenz“ in den Energiebeziehungen erhöht werden. Die beiden Untergruppen „Investitionen“ und „Infrastruktur“ bemühen sich unter anderem um Ansätze zur „Verbesserung des Investitionsklimas“.
 - c) In der Gruppe „Energieeffizienz“ findet ebenfalls ein Informationsaustausch statt, in dessen Mittelpunkt die „legislativen und regulierenden Rahmen“ für eine Steigerung der Energieeffizienz stehen.
- 4) Ein EU-Russland Runder Tisch der Industriellen bearbeitet ebenfalls unter anderem Energiethemen und trifft sich meist unmittelbar nach anderen „Dialog-Veranstaltungen“. (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/121&format=HTML&language=en>; 20.04.2010)

Ziele des EU-Russland Energiedialogs und Problemstellungen

In der Zusammenarbeit im Rahmen des EU-Russland Energiedialogs werden Ziele verfolgt, die für das wirtschaftliche Wohlergehen beider Seiten grundlegend sind: Eine Steigerung „der Energiesicherheit für den europäischen Kontinent“, „eine Verbesserung der

Investitionsmöglichkeiten in Russlands Energiesektor“ für die Erneuerung und den Ausbau von „Produktions- und Transportinfrastruktur“ und die Öffnung des russischen Energiemarktes. (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/121&format=HTML&language=en>; 20.04.2010)

Diese scheinbar synergetischen Interessenslagen stellen in der Praxis oft eine äußerst widersprüchliche, blockierende Situation dar, in der sich die Europäische Union und Russland in ihren Energiebeziehungen befinden. Grundsätzlich kann beobachtet werden, dass es der Europäischen Union ein großes Anliegen ist, die für ihre Mitgliedsstaaten geltenden Marktprinzipien auch in ihren Export-Partnerstaaten eingeführt zu sehen. Die Europäische Union möchte von Russland für ihre Firmen die Möglichkeit des Zugangs zu den verschiedenen Bereichen der Ressourcenwirtschaft, wie Exploration, Produktion oder Distribution. (vgl. Morozov 2008; 47) Auch die politische Ebene Russlands hat, wie schon in Kapitel II erwähnt, großes Interesse an ausländischen Investitionen, mit Hilfe derer die enormen Kosten der Pipeline-Infrastrukturhaltung und der Technologieentwicklung bewältigt werden können. Für eine positive Entwicklung von Russlands „Produktions- und Exportkapazität“, die auch im Sinne der Europäischen Union ist, ist eine Steigerung des Foreign Direct Investments notwendig. (ebd.; 48 f.) Die energiewirtschaftliche Praxis in Russland entspricht jedoch nicht den politischen Wunschvorstellungen. Vor allem die Steuersituation ist für ausländische Firmen in Russland unvorteilhaft. (Romanova 2008; 72) Während also Russlands politische Führung im Energiedialog den Wunsch nach Investitionen bekundet, pocht die EU auf ein besseres Investitionsklima, auf mehr Rechtssicherheit und auf den Marktzugang für seine Firmen. (Morozov 2008; 48 f.)

Ergebnisse des EU-Russland Energiedialogs: Der 10. Fortschrittsbericht

Zur Dokumentation der Kooperation im Rahmen des EU-Russland Energiedialogs veröffentlichen der EU-Energiekommissar und der Energieminister Russlands jährlich einen Fortschrittsbericht. Im November 2009 wurde vom damaligen EU-Energiekommissar Andris Piebalgs und von Russlands Energieminister Sergei Shmatko der 10. Fortschrittsbericht vorgelegt, der die Arbeitsergebnisse, die in den drei „Thematic Groups“ zwischen November 2008 und November 2009 erzielt wurden, präsentiert.

Allem voran werden die Interdependenz zwischen der Europäischen Union und Russland als Kooperationsgrundlage festgestellt und die Sicherheitsbedürfnisse beider Seiten anerkannt:

„With regard to Russia's position as the major energy supplier for the EU, and the EU's position as Russia's largest consumer, the development of cooperation between the EU and Russia on issues related to ensuring reliability and security of energy supply and demand is of primary importance.”

(10. Fortschrittsbericht zum EU-Russlands Energiedialog)

Transparenz und Vertrauensbildung zwischen den Handelspartnern sollen diese Kooperation erleichtern. Der Austausch von Informationen über die voraussichtlichen Produktionsvolumen auf Seiten Russlands und den voraussichtlichen Verbrauch von Energieressourcen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, ist ein wichtiger Schritt in Richtung Versorgungs- und Abnehmersicherheit. (http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/russia/doc/reports/progress10_en.pdf; 20.04.2010) Die Offenlegung der benötigten Energieimportmengen seitens der Europäischen Union war Russland ein großes Anliegen. Der damalige Präsident Wladimir Putin drängte zum Beispiel im März 2006 bei seiner Rede vor den Energieministern der G8-Staaten auf einen „ausgewogenen Zugang zu Informationen über Konsumenten und Energieverbrauch“, sowie „über Pläne und Prognosen auf diesem Gebiet“. (http://eng.kremlin.ru/speeches/2006/03/16/1302_type82912type82914type84779_103208.shtml; 16.04.2010) Diesem Wunsch Russlands wird im 10. Fortschrittsbericht von der Europäischen Union Folge geleistet. Weiters wollen beide Seiten mit Hilfe verschiedener Projekte die Energiesicherheit der Europäischen Union erhöhen. Die wichtige Rolle von Transitländern bei der Umsetzung verschiedener Infrastrukturprojekte findet ebenfalls Erwähnung, obwohl die beiden größten, von Russland derzeit geplanten Pipelines South Stream- und Nord Stream auf ihrem Weg von Russland in die Europäische Union gänzlich *ohne* Transitländer auskommen werden.

Der 10. Fortschrittsbericht enthält eine Reihe von Bekundungen, jedoch kaum Angaben über konkrete Vorhaben. Obwohl die Europäische Union angibt, dass Russland auch weiterhin „der größte Gas- und Ölexporteur für die Länder der Europäischen Union“ sein wird, wird die South Stream Pipeline im Bericht nicht erwähnt. (http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/russia/doc/reports/progress10_en.pdf; 20.04.2010) – Dies ist ein weiteres Indiz für die ablehnende Haltung der Europäischen Union gegenüber dem South Stream Projekt, das trotz der von beiden Seiten positiv angemerkten Kooperation von der Europäischen Kommission nicht unterstützt wird.

Aufgrund ihrer relativ geringen Aussagekraft ist es fraglich, ob politische und wirtschaftliche Plattformen wie der EU-Russland Energiedialog eine tatsächliche Rolle in den *realen* energiepolitischen Vorgängen zwischen der Europäischen Union und Russland spielen. Gleichzeitig muss aber auch die Aussagekraft von offiziellen Dokumenten wie dem 10. Fortschrittsbericht hinterfragt werden. Es ist davon auszugehen, dass energiepolitische Projekte hinter verschlossenen Türen wesentlich konkreter besprochen werden, als diese gegenüber der Öffentlichkeit dargestellt werden.

I.3.2. Die Energiebeziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland in der Praxis

Nach Einschätzungen von Gerhard Mangott, Russlandexperte und Professor an der Universität Innsbruck, nimmt Russland „die Europäische Union als solche nicht ganz zur Kenntnis“. In Energiefragen wendet sich Russland nach wie vor an Paris, Berlin oder Wien - aber nicht an Brüssel. Russland forciert damit aktiv eine *bilaterale* Energiepolitik bzw. *bilaterale* Energiebeziehungen zu einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. (Live-Interview G. Mangott, www.europa.steiermark.at; 23.04.2010) Russland nutzt das mangelnde geschlossene Auftreten der EU-Mitgliedsstaaten aus, um in bilateralen, asymmetrischen Verhandlungen mit viel kleineren Partnern, seine Interessen bestmöglich durchzusetzen. Und der Erfolg gibt Russland recht: Bilateral abgeschlossene Projekte wie die South Stream- oder die Nord Stream Pipeline, die nicht von allen Mitgliedsstaaten goutiert werden und unter anderem deshalb nicht von der Europäischen Union unterstützt werden, sind bereits beschlossen und scheinen sich schneller zu realisieren, als das von der Europäischen Union unterstützte Nabucco Projekt. Somit scheint das größte Problem der Europäischen Union am Weg zu einer gemeinsamen Energieaußenpolitik die Uneinigkeit ihrer Mitgliedsstaaten zu sein. Hier befindet sich die Europäische Union in einem Dilemma zwischen einem *Miteinander* und einem positiven Konkurrenzverhältnis, das *Wettbewerb* genannt wird. Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den Mitgliedsstaaten ist wohl eine wesentliche Kraft, die sich in den energiepolitischen Positionen der Mitgliedsstaaten widerspiegelt.

Auch in der Frage, welche Position die Europäische Union gegenüber Russland einnehmen sollte, herrscht Uneinigkeit. Deutschland, Italien und Frankreich sind für eine stärkere Einbindung Russlands in die EU-Politik. Osteuropäische Länder, insbesondere Polen und die Baltischen Staaten vertreten hingegen eine eher ablehnende Haltung gegenüber Russland.

Während erstere für eine erhöhte (Energie-)Sicherheit Russland als wichtigen Partner wahrnehmen, sehen Polen und die Baltischen Staaten von Russland ein (Energie-) Sicherheitsrisiko ausgehen. (ebd.)

Doch eine Uneinigkeit unter den EU-Mitgliedsstaaten beim Bau neuer Gaspipelines kann nicht als Beweis für die Nicht-Existenz von energiepolitischen Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union als Staatengemeinschaft gewertet werden. Die Europäische Kommission steht dank ihrer Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit über den nationalen Uneinigkeiten und hat dadurch die Möglichkeit mit Russland im Namen der Europäischen Union in Dialog zu treten.

I.3.3. Die Ukraine als wichtiger Faktor für die Versorgungssicherheit der Europäischen Union

Die energiepolitischen Beziehungen und der reale Energiehandel zwischen Russland und der Europäischen Union hängen noch von einem weiteren wesentlichen Faktor ab, als „nur“ von den genannten Akteuren selbst. Für die erfolgreiche Distribution von Erdgas und Erdöl spielen Pipelinetransitstaaten eine äußerst wichtige Rolle. Von ihrer Verlässlichkeit und politischen Stabilität hängen Rohstoffabnehmer, wie Rohstoffproduzenten gleichsam ab.

Die Ukraine ist für Russland und die Europäische Union ein besonders wichtiges Transitland. 78% der Russischen Erdgasexporte in die Europäische Union und in die Staaten des westlichen Balkans verlaufen durch die Ukraine (<http://derstandard.at/1231151101773/Die-Gaskrise-und-das-Versagen-der-EU>; 27.04.2010). Lediglich die Jamal Pipeline, die russisches Erdgas durch Weißrussland und Polen nach Deutschland befördert, sowie die Blue Stream Pipeline, die durch das Schwarze Meer in die Türkei führt, stellen Alternativen zur Pipelineroute durch die Ukraine dar. (<http://www.gerhard-mangott.at/?p=824>; 13.09.2010)

Im Jänner 2006 und im Jänner 2009 kam es zu Streitigkeiten zwischen der Ukraine und Russland, was sich auf die Erdgasversorgung der Europäischen Union negativ auswirkte. Vordergründig gab Russland an, die Ukraine würde seit vielen Jahren Gas stehlen und wäre weiters nicht bereit, Preiserhöhungen zu akzeptieren. Besonders ernst war die Situation im Jänner 2009, als Gazprom die Menge an Erdgas, die durch die Ukraine in die Europäische Union gelangt, um etwa 65 Mil. m³ absenkte. (<http://www.gerhard-mangott.at/?p=824>; 13.09.2010) In einigen EU-Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, Slowakei, Slowenien,

Ungarn, Polen und Bulgarien gelangte kein russisches Erdgas mehr. (<http://www.boerse-express.com/pages/734543>; 12.09.2010 und <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/75&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>; 12.09.2010) Die Krisenmaßnahmen liefen äußerst schleppend an. Die Erdgasversorgung von Industriebetrieben wurde gedrosselt, in Bulgarien konnte nicht einmal die Versorgung der Haushalte aufrechterhalten werden.

Erst im April 2010, zwei Monate nachdem der pro-russische Viktor Janukowitsch wieder ins Präsidentenamt gewählt wurde, konnten sich die Ukraine und Russland wieder über einen Erdgaspreis einigen.

Auch wenn der Streit nicht zwischen der Europäischen Union und Russland ausgebrochen war und Russland gewiss kein Interesse an Versorgungsausfällen in der Europäischen Union hat, beschädigten die beiden Vorfälle Russlands Reputation als verlässlicher Energiepartner. Die Gaskrisen spielte jenen Kräften innerhalb der Europäischen Union in die Hände, die Russlands Einfluss fürchten und die eine Diversifizierung der Handelspartner forcieren. Die Gaskrisen wurden somit auch zu einem starken Argument für die Nabucco Pipeline, deren Ursprung nicht in Russland liegt. Für die Befürworter der South Stream Pipeline hingegen gilt das Argument, dass die neue russische Pipeline nicht durch Transitstaaten verlegt werden wird. Sie werde deshalb auch kein Sicherheitsrisiko für die Versorgungssicherheit der Europäischen Union darstellen.

I.4. Zusammenfassung des Kapitels „Energiepolitische Rahmenbedingungen für Nabucco und South Stream“

Trotz der Bemühungen der Europäischen Kommission, umweltfreundliche erneuerbare Energieträger in den Mittelpunkt ihrer 20-20-20 Energiestrategie zu stellen, wird in Zukunft auch der Bedarf an fossilen Brennstoffen ansteigen. Die Gewährleistung zusätzlicher Importkapazitäten – vor allem am Erdgassektor – ist ein zentrales Thema in den Energiepolitiken der Europäischen Union und der EU-Mitgliedsstaaten Mittel- und Osteuropas.

Die meisten Mitgliedsstaaten sind, mit Ausnahme Großbritanniens und Dänemarks vom *Import* des Energieträgers Erdgas abhängig, da keine nennenswerte Eigenproduktion stattfindet. Innerhalb der Europäischen Union herrschen aber unterschiedliche bzw. konträre

politische Positionen zur Frage neuer Erdgasimportquellen. Soll und darf Russland für die Energieversorgung Europas in Zukunft eine noch entscheidendere Rolle einnehmen als es das heute bereits tut? Oder sollen die Abhängigkeiten der Europäischen Union auf möglichst viele unterschiedliche Akteure verteilt werden, um sicherer von Versorgungsausfällen zu werden? Die politischen Meinungen auf den nationalen Ebenen klaffen auseinander. Während etwa in Staaten wie Deutschland, Italien oder auch Österreich Russland offiziell seit Jahrzehnten als verlässlicher Handelspartner angesehen wird, mit dem man gern noch engere Energiebeziehungen eingehen möchte, sind manche osteuropäische Staaten wie etwa Polen oder die Baltischen Staaten darum bemüht, ihre Importabhängigkeit von der ehemaligen politischen und wirtschaftlichen Hegemonialmacht Russland zu verringern. Doch die Europäische Union ist mehr als nur die Summe ihrer mitunter auseinander strebenden Teile. Vor allem die von den Partikularinteressen der Mitgliedsstaaten unabhängige Kommission ist ein zentrales Organ, das im Interesse der *Gemeinschaft* handelt. Ein wesentlicher Opponent für das Handeln als Gemeinschaft ist der „Bilateralismus“, den die EU-Mitgliedsstaaten unter anderem gegenüber Russland pflegen. Um diesem entgegenzuwirken, muss zu aller erst eine konkrete EU-Energiepolitik entworfen werden, die den Interessen der Mitgliedsstaaten entspricht und dennoch nicht – wie es auch der Vertrag von Lissabon verlangt – die nationale Souveränität in Energiefragen einschränkt. Die Europäische Kommission befindet sich am Weg zum Entwurf gemeinsamer energiepolitischer Ziele. Im März 2006 legte die Europäische Kommission ein Grünbuch für „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ vor, das sowohl auf gemeinsame Lösungen im Inneren, als auch auf ein starkes, geschlossenes Auftreten nach außen abzielt.

In ihrer Mitteilung an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament verdeutlicht die Europäische Kommission im Jänner 2007 die Notwendigkeit zur Diversifizierung von „Quellen, Lieferanten, Transportrouten und Transportmethoden“ und zur Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. Der im November 2008 von der Europäischen Kommission veröffentlichte „EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und –solidarität“: Zweite Überprüfung der Energiestrategie“ beinhaltet bereits die Idee der „Entwicklung eines südlichen Gaskorridors für die Versorgung mit kaspischen [...] Quellen“. Eine weitere Besonderheit dieses Dokuments ist die Erwähnung der „Energie-Interdependenz“ zwischen der Europäischen Union und Russland und die Einsicht, dass dem Handelspartner auch eine Abnehmersicherheit zugestanden werden muss. Im Dezember 2009 trat schließlich der Vertrag von Lissabon in Kraft, der für die Mitgliedsstaaten bindend ist. Erstmals wurde dem

Thema Energie bzw. Energiepolitik ein Artikel in einem EU-Vertrag gewidmet. Dennoch blieben die Formulierungen im Vertrag sehr allgemein gehalten.

Wenn in der Europäischen Union (insbesondere in Ost- und Mitteleuropa) von Erdgasimporten die Rede ist, muss Russland als wesentlicher Faktor auf jeden Fall miteinbezogen werden. 42% der gesamten Erdgasimporte in die Europäische Union haben ihren Ursprung in Russland, was diesen Staat zum Haupthandelspartner für Erdgas macht. Dasselbe gilt auch für Russland, das in keine andere Region der Welt annähernd soviel Erdgas exportiert wie in die Europäische Union. Der Energiekonzern Gazprom – zu 50,002% in Staatsbesitz - nimmt im Export, sowie am russischen Heimmarkt eine besondere Position ein. Protegiert und dank knapper Mehrheit dominiert vom russischen Staat, hat der Konzern das Vorrecht auf Explorations- und Förderkonzessionen und produziert etwa 550 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr (Stand 2008). Trotz heftiger Kritik an der Verschmelzung von Staat und Gazprom, sollte die Europäische Union die Rückendeckung des russischen Staates für Gazprom zu schätzen wissen. Schließlich bedeutet ein protegiertes Wirtschaften des Konzerns für die Abnehmerländer zum Beispiel die Sicherheit, dass ihr Handelspartner auch in Zukunft Lizenzen für neue Erdgasreserven bekommen wird. Auch nach außen hin bietet bei Verhandlungen und Abkommen mit (potentiellen) Handelspartnern die russischen Staatsspitze (allen voran Russlands Präsident) Gazprom volle Rückendeckung. Schließlich trägt der Erdgasexport nach Angaben des Kremls mit etwa 9,6 Mrd. Euro jährlich zum Staatsbudget bei. Die Nord Stream Pipeline, die derzeit von Russland nach Deutschland gebaut wird und die sich in Planung befindende South Stream Pipeline, werden zusätzlich etwa 120 Mrd. m³ Erdgas in die Europäische Union befördern. Damit sind Gazproms Expansionspläne aber noch nicht erschöpft. Mittels Flüssiggastankern soll mittel- bis langfristig der süd-ost-asiatische Markt beliefert werden können. Das Erdgas dafür soll aus neu erschlossenen Erdgasfeldern in Ost-Sibirien und im äußersten Osten Russlands bezogen werden. Auf absehbare Zeit wird aber die Europäische Union der Hauptabsatzmarkt für russisches Erdgas bleiben.

Da es de facto noch keine gemeinsame EU-Außenenergiepolitik gibt, werden bei der Umsetzung von konkreten Großprojekten wie der Nord Stream oder der South Stream Pipeline, nach wie vor Abkommen auf zwischenstaatlicher Ebene sowie auf Unternehmensebene verhandelt und abgeschlossen. Dennoch gehen parallel dazu die Europäische Union als Staatengemeinschaft und Russland eine „Energiepartnerschaft“ ein. Seit Oktober 2006 stehen sich die beiden Seiten ständig bzw. regelmäßig im Rahmen des

„EU-Russland Energiedialogs“ gegenüber. Interdependenz, Kooperation und Transparenz sind die drei wichtigsten Grundprinzipien, die diesen Dialog leiten.

Die Energiebeziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union bzw. einzelner ihrer Mitgliedsstaaten sind aber zusätzlich von einem äußeren Faktor abhängig: Pipelinetransitstaaten wie die Ukraine haben Einfluss auf den Erdgastransport zwischen den Handelspartnern. Das angespannte politische Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine kann nach den beiden Gaskrisen als die größte Gefahr für die Erdgasversorgungssicherheit der Europäischen Union angesehen werden. Daraus können 2 Konsequenzen gezogen werden:

- Die Europäische Union setzt ihre Bemühungen daran, das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine zu stabilisieren und
- Russland und die Europäische Union verhindern in Zukunft bei gemeinsamen Pipelineprojekten die Inanspruchnahme von unbeteiligten Pipelinetransitstaaten.

Wie ernst das Thema Versorgungssicherheit in der Europäischen Union genommen wird, zeigt auch die Positionierung desselben. Trotz der intensiven und stabilen Energiebeziehungen zu Russland und dem Bau neuer Erdgaspipelines wird der exzessive Erdgasimport von der Europäischen Union als eine Gefährdung der inneren Sicherheit wahrgenommen. Das Thema Energiesicherheit wurde deshalb im Jahr 2003 in die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ aufgenommen.

Einen für die Bearbeitung der energiepolitischen Situation zwischen der Europäischen Union und Russland hilfreichen Ansatz bieten Pami Aalto und Kirsten Westphal im Buch „The EU-Russian Energy Dialogue“. Die beiden Autoren stellen eine Reihe von Ansätzen vor, mit Hilfe derer das Thema „Energiepolitik“ analysiert werden kann. Drei davon – „Energiediplomatie“, „Geopolitik und Energiesicherheit“ und „Energiewirtschaft und Handel“ – sollen an dieser Stelle zur Bearbeitung der energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland herangezogen werden. Zwischen den beobachtbaren Aspekten der energiepolitischen Beziehungen, die von den Ansätzen abgedeckt werden, können keine klaren Trennungslinien gezogen werden. Viel eher stehen die Ansätze miteinander in enger Verbindung und geben dennoch die Möglichkeit der strukturierten Aufschlüsselung des komplexen Themas.

Aalto und Westphal verbinden Interdependenz mit der Annahme, dass die Akteure nach „rationalen Berechnungen“ handeln. (Aalto 2008; 194) Diese ergeben, dass eine Kooperation mit dem jeweils anderen Handelspartner zum *eigenen* Vorteil und im *eigenen* politischen und ökonomischen Interesse passiert. Für die Europäische Union sind Pläne zu einer Verringerung der Abhängigkeit von russischen Erdgasexporten in jedem Fall mit großen Kosten verbunden (Etablierung erneuerbarer Energiequellen im In- und Ausland, Bau neuer Pipelines in praktisch unerschlossene Regionen) und werden deshalb nur sehr zaghaft in Angriff genommen. Russland hingegen hat, im Gegensatz zu den Staaten am Kaspischen Meer, die finanziellen Kapazitäten, große Kosten auf sich zu nehmen, um neue Pipelines Richtung Europäische Union zu bauen. Russland befindet sich ebenfalls in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Europäischen Union. Für die bereits bestehende Pipelineinfrastruktur in die Europäische Union, an deren Bau unter anderem Gazprom wesentlich beteiligt war und für bestehende Pipelineprojekte wie die South Stream- und die Nord Stream Pipeline, liegt eine Vollausslastung im größten Interesse Russlands.

Der „*Geopolitik und Energiesicherheits*“-Ansatz nimmt an, dass die Aktivitäten der Europäischen Union und Russlands auf eine „Kontrolle des Ausmaßes ihrer gegenseitigen Interdependenz“ hinauslaufen sollen. Auch der Einfluss dritter Akteure – insbesondere von Transitländern – wird von den beiden Hauptakteuren so gering wie möglich gehalten. Dies passiert – so die Annahme – vor dem Hintergrund der geopolitischen Macht, die von Interdependenzen und Abhängigkeiten ausgeht. (ebd.; 194) Robert O. Keohane und Joseph S. Nye zeigen auf, dass seit dem 2. Weltkrieg militärische Macht weltweit an Bedeutung verloren hat. Dies galt nach Keohane und Nye sogar während des Kalten Krieges, in dem die Atombombe zur Interessensdurchsetzung unbrauchbar war. Von militärischer Macht kann nicht mehr auf die Macht Resultate („Outcomes“) zu kontrollieren geschlossen werden. (Keohane/Nye 1977; 225) - Die Machtpositionen, die sich aus den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland, aber auch zwischen Russland und der Ukraine ergeben, sind ein gutes Beispiel dafür. Die Europäische Union und Russland möchten sich vor der Gefahr, dass diese Macht von einem der Akteure ausgenutzt wird, möglichst gut schützen. Gleichzeitig liegt der geopolitische Einflussgewinn im Interesse der jeweiligen Akteure. (Aalto 2008; 194) Nachdem militärische Stärke zur Interessensdurchsetzung – zumindest zwischen Demokratien – praktisch nicht mehr in Anspruch genommen wird bzw. in Anspruch genommen werden kann, sind Regierungen gezwungen, „andere Instrumente“ zur Interessensdurchsetzung zu benutzen. Keohane und Nye zählen „die Manipulation von wirtschaftlichen Interdependenzen oder transnationalen

Akteuren“ zu diesen Instrumenten. (Keohane/Nye 1977; 225) Dies kann vor allem im Verhältnis zwischen Russland und dem wichtigsten Pipelinetransitland, der Ukraine, beobachtet werden (worauf in Kapitel III noch genauer eingegangen wird). Schließlich ging es der westlich orientierten Timoschenko-Regierung im Gasstreit in erster Linie darum, die Ukraine als Opfer russischer Machtpolitik darzustellen und die Solidarität der Europäischen Union und der USA in der Verhinderung der Erdgaspreiserhöhung zu erreichen. Russland wiederum konnte nicht umhin, Härte gegenüber der Ukraine zu zeigen, die sich zum Zeitpunkt des Gasstreites im Jänner 2009 noch intensiv um eine NATO-Mitgliedschaft bemühte und der USA die Stationierung von Abwehrraketen anbot. Geopolitische Interessen bzw. Interessensdivergenzen beider Länder fanden ihren Niederschlag in einer wirtschaftlichen Krise.

Sowohl die Europäische Union als auch Russland haben Strategien entwickelt, die Abhängigkeit vom jeweils anderen Handelspartner und von Transitländern zu reduzieren. Von Seiten der Europäischen Union ist eine Diversifizierung seiner Exportstaaten mit Hilfe von Projekten wie dem Bau der Nabucco Pipeline vorgesehen, sowie eine Erhöhung der Eigenproduktion von Energie und die Senkung des Energieverbrauchs. Russland investiert in die Erschließung neuer Erdgasfelder in Ost-Sibirien und im Fernen Osten des Landes, die nicht nur den Eigenbedarf besser decken sollen, sondern auch möglichst nahe an potenziellen und potenten Abnehmermärkten im asiatischen Pazifikraum liegen. Für den Transport von Erdgas ist in diesem Raum nicht mehr der Bau von neuen Pipelines vorgesehen, sondern der Export von Erdgas in Form von Flüssiggas, das in erster Linie mit Tankschiffen transportiert wird.

Mit dem „*Energiewirtschafts- und Handels*“- Ansatz nach Aalto und Westphal können die realen wirtschaftlichen Vorgänge zwischen der Europäischen Union und Russland erklärt werden. Auch hier steht die „Rationalität“ der Akteure im Mittelpunkt der Analyse. Ähnlich wie beim „Energiediplomatie“- Ansatz bezieht sich diese angenommene Rationalität auf „die Maximierung von ökonomischen Gewinnen und Vorteilen“. - Die Akteure sind aber andere: Während bei der „Energiediplomatie“ Staaten, „regionale Blöcke“ und politische Machthaber den größten Einfluss auf die Vorgänge haben und wirtschaftliche Akteure eher eine Randrolle spielen, sind Konzerne ein wesentlicher Akteur auf den Gebieten Energiewirtschaft und Handel. (Aalto/Westphal 2008; 5) Auf Seiten Russlands ist OAO Gazprom der dominierende Faktor am Erdgasmarkt, der für die Produktion und die Distribution von Erdgas und für Investitionen am Erdgassektor verantwortlich ist. Der Staat hat als Anteilseigentümer von

50,002% an Gazprom die Möglichkeit, den Konzern für seine politischen Interessen zu nutzen. So bezeichnete zum Beispiel Russlands damaliger Präsident Putin im Jahr 2003 Gazprom als eine „strategische Firma“, die als „*ein* Organismus“ erhalten bleiben soll. (http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2003/02/14/0000_type82913type84779type127286_158665.shtml; 16.03.2010) Der russische Staat versorgt Gazprom deshalb mit Aufträgen auf nationaler und internationaler Ebene und sorgt damit für einen großen Wettbewerbsvorteil für den Konzern und für seinen maximalen Einfluss auf energiewirtschaftliche Vorgänge. Innerhalb der Europäischen Union sind die konkurrierenden wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedsstaaten und Energiekonzerne destruktiv für das von der Europäischen Kommission angestrebte geschlossene Auftreten gegenüber Russland.

Die Umsetzung des „gemeinsam-sind-wir-stark-Prinzips“ in der energieaußenpolitischen Realität könnte der Europäischen Union – sofern tatsächlich eine Einigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten über Ziele bestünde - ein noch stärkeres Auftreten gegenüber Partnern wie Russland ermöglichen.

II. Planung und Umsetzung eines südlichen Gaskorridors

Einleitung

Das vorangegangene Großkapitel stellt die energiepolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Erdgasversorgung der Europäischen Union vor und zeigt, welche Rolle Russland und Transitstaaten für die Versorgungssicherheit spielen. Im umgekehrten Sinn wird aber auch die Wichtigkeit des Erdgases für den Exportsektor und den Heimmarkt dargestellt. Dabei sind der Abnehmermarkt Europäische Union und der Energiekonzern Gazprom für Russlands wirtschaftliche Macht von großer Bedeutung. Durch die Gegenüberstellung der Positionen der Europäischen Union und Russlands wurde deutlich, welche Interdependenzen und Interessensdivergenzen die EU-Energiepolitik und die Energiepolitik Russlands aufwerfen. *Interdependenzen* bestehen (wie im dritten Großkapitel noch ausgeführt wird) im Anbieter-Abnehmer-Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union, im Verhältnis zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren, aber auch zu einem gewissen Grad zwischen EU-Mitgliedsstaaten. *Interessensdivergenzen* treten innerhalb der Europäischen Union bei der Frage um eine gemeinsame Energiepolitik der Mitgliedsstaaten auf. Die Mitgliedsstaaten sind sich einig, dass eine Diversifizierung von Ergastransportrouten und die Sicherung zusätzlicher Erdgasquellen für die langfristige Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union unumgänglich sind. Die Planung konkreter Projekte wie der Nabucco Pipeline, die zur Umsetzung der EU-Energiestrategie führen sollen, stoßen jedoch Kontroversen sowohl innerhalb der Europäischen Union, als auch in den Energiebeziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland an. Interessensdivergenzen bestehen aber auch zwischen Abnehmern und Anbietern, wenn eine Seite versucht, seine Abhängigkeit von der jeweils anderen zu verringern und die des anderen zu steigern. Versorgungs- und Abnehmersicherheit werden von beiden Seiten eingefordert.

Die Fragen, die bei der Planung und Umsetzung des EU-Projekts Nabucco und des russischen South Stream Projekts aufgeworfen werden, sind Ausdruck dieser bestehenden gegenseitigen Abhängigkeiten und unterschiedlichen Interessen. Gleichzeitig prägen diese den Verlauf der beiden Projekte.

Methode

Das 2. Großkapitel der Arbeit beschäftigt sich ausführlich mit den beiden Pipelineprojekten und den dahinter liegenden Interessen und Strategien der unterschiedlichen Akteure. Er wird zeigen, welche Aspekte des Nabucco- und welche des South Stream Projekts den Energiepolitiken der Europäischen Union und Russlands entsprechen und welche der bereits ausgearbeiteten Interdependenzen und Interessensdivergenzen auch in diesen Projekten zum Ausdruck kommen.

Aufbau

Das folgende Kapitel, das den Hauptteil der Arbeit darstellt, beschäftigt sich ausführlich mit den Pipelineprojekten Nabucco und South Stream. Zu Beginn des Großkapitels werden wirtschaftliche und technische Daten und Fakten zu den Pipeline-Projekten, sowie ein chronologischer Vergleich (Timelines) der bisherigen und voraussichtlichen Projektverläufe für den nötigen Überblick sorgen. Anschließend werden die wichtigsten Akteure, ihre Interessen und ihre Strategien zu Interessensumsetzung analysiert und das (energie-)politische Engagement der beteiligten Staaten bzw. der Europäischen Union zur Unterstützung der Projekte bearbeitet. Das Hauptkapitel wird schließlich mit dem Beispiel Österreich abgeschlossen. Österreich ist, da es den Central European Gas Hub beheimatet, für die Erdgasversorgung großer Teile der Europäischen Union äußerst wichtig. Es stellt weiters eine Besonderheit dar, indem es sich voraussichtlich an *beiden* Projekten beteiligt und von ihnen profitieren wird.

II.1. Der südliche Gaskorridor - Die Projekte Nabucco und South Stream

Was genau unter dem Begriff „südlicher Gaskorridor“ zu verstehen ist, wurde bereits im Einleitungskapitel „Begriffsdefinitionen“ ausführlich erklärt. Dennoch soll er an dieser Stelle im inhaltlichen Kontext noch einmal kurz verdeutlicht werden. Die Europäische Union versteht unter dem Begriff Southern Corridor mehr als nur das Nabucco Pipelineprojekt. Er steht für die Europäische Union für die Umsetzung eines umfangreichen Energieinfrastrukturnetzwerkes, das Erdgas und Erdöl aus dem Kaspischen Raum und aus

Zentralasien in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union befördern soll. Unter anderem werden die Turkey-Italy Greece Gaspipeline und „trans-kaspische Energietransportprojekte“ Teil dieses Southern Corridors werden. (<http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/press-releases/declaration---prague-summit--southern-corridor--may-8--2009-21533/>; 17.05.2010)

Der Begriff „südlicher Gaskorridor“ wird in der Arbeit zur Umschreibung der wichtigsten Erdgaspipelineprojekte der unmittelbaren Zukunft benutzt, nämlich der Nabucco - und der South Stream Pipeline.

Der Erdgasbedarf in der Europäischen Union wird in den kommenden 20 Jahren trotz der Förderung alternativer Energiequellen stetig steigen. Im Jahr 2025 werden in Europa voraussichtlich etwa 200 Mrd. m³ mehr an Erdgas benötigt werden als heute. In den Strategien für eine Verbesserung der Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union steht Erdgas deshalb im Mittelpunkt. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen in Zukunft mehr Erdgas importieren, weshalb neue Quellen in Russland und andersorts gefunden werden müssen. Dabei gilt, es zusätzlich zu dieser Herausforderung, „Transitrisiken“ zu vermeiden und neue Pipelines, wenn möglich, gar nicht durch nicht direkt beteiligte Staaten zu bauen. (<http://south-stream.info/index.php?id=9&L=1>; 25.05.2010) Der Bau neuer Pipelines hat, da politisch verlässliche Exportstaaten als Kooperationspartner gefunden und Transportrouten ausgewählt werden müssen, auch eine stark politisch-strategische Komponente.

II.1.1. Die South Stream Pipeline – Daten und ökonomisches Konzept

South Stream, eines der größten russischen Pipelinebauvorhaben der Gegenwart, wird von Gazprom und dem italienischen Energiekonzern Eni geplant. Das konkrete Vorhaben zum Bau der South Stream Pipeline wurde erstmals im Juni 2007 von Gazprom und Eni¹ in einem Memorandum of Understanding auf bilateraler Ebene festgeschrieben. Dieses Memorandum of Understanding steckt die „Gebiete der Kooperation zwischen den beiden Firmen beim Entwurf, der Finanzierung und der Leitung der South Stream“ Pipeline ab. (<http://south-stream.info/index.php?id=13&L=1>; 25.05.2010) Im Jänner 2008 gründeten die beiden Konzerne die „South Stream AG als ein 50-50 Joint Venture“, die vorläufig für die Offshore-Durchführbarkeitsstudie und für „den Bau und den Betrieb des Offshore-Abschnittes der

¹ Eni „exploriert, produziert, transportiert, raffiniert und verkauft Erdöl und Erdgas“. (http://www.eni.com/en_IT/company/company.shtml; 26.05.2010)

South Stream Pipeline“ unter dem Schwarzen Meer verantwortlich ist. (http://south-stream.info/fileadmin/pixs/bukleti/Byklet_SS_last_slito.pdf; 26.04.2010) Russlands ambitioniertes Ziel ist es, den Bau von South Stream im Jahr 2015 abschließen zu können. (<http://south-stream.info/index.php?id=30&L=1>; 25.05.2010)

Die Förderkapazität von South Stream wird nach Angaben von Gazprom 63 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr betragen. Diese Erdgasmenge würde knapp ein Drittel der geschätzten 200 Mrd. m³ an Mehrverbrauch in der Europäischen Union im Jahr 2025 decken können. Für Russland ermöglicht South Stream eine Exportsteigerung von 170,6 Mrd. m³ auf etwa 234 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr¹. (http://eng.kremlin.ru/speeches/2009/12/14/1810_type82913type82917_223360.shtml; 15.04.2010) Damit entspricht das Pipelinevorhaben sowohl der Steigerung der Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union, als auch der angestrebten Exportroutendiversifizierung Russlands (<http://south-stream.info/index.php?id=9&L=1>; 25.05.2010), was für beide Seiten positiven Aspekte hat. Für beide Seiten negativ ist jedoch, dass der Bau von South Stream bestehende, als Abhängigkeit geltende Strukturen verstärken wird und dass keine Handelspartnerdiversifizierung stattfindet.

Route



Quelle: http://south-stream.info/fileadmin/pixs/sotrudnichestvo/3d_map/south_stream_europe_big_eng_final.jpg; 12.07.2010

¹ Mit Nord Stream wird sich der russische Erdgasimport in die Europäische Union auf etwa 295 Mrd. m³ erhöhen.

Die South Stream Pipeline befindet sich derzeit noch in ihrer Planungsphase, der genaue Verlauf der Pipeline ist nach Angaben von Gazprom deshalb noch nicht endgültig festgelegt. Fest steht aber, dass die South Stream Pipeline am russischen Festland in der Kompressorstation Pochinki ihren Ausgangspunkt haben wird. (<http://south-stream.info/index.php?id=10&L=1>; 25.05.2010) Von dort aus wird sie zur russischen Schwarzmeerküste verlaufen und an der Beregovaya Kompressorstation offshore gehen. (<http://www.gazprom.com/production/projects/pipelines/south-stream/>; 11.04.2010) Es folgt ein etwa 900 km langer Pipelineabschnitt, der etwa 2 km unter dem Schwarzen Meer verlaufen wird bevor die Pipeline an der bulgarischen Küste wieder auf Festland trifft. Der weitere Verlauf der Route ist noch ungewiss. Russland bzw. Gazprom konnten aber bereits mit Bulgarien, Ungarn, Griechenland und Serbien die Pipeline betreffende Regierungsabkommen unterzeichnen und geben an, dass South Stream durch diese Länder verlaufen könnte. Weiters wurden von Gazprom und dem italienischen Energiekonzern Eni die South Stream Aktiengesellschaft als 50-50 Joint Venture gegründet und ein Kooperations- und ein Rahmenabkommen zwischen Gazprom und der österreichischen OMV unterzeichnet. Slowenien und Rumänien zeigen ebenfalls großes Interesse an South Stream und werden sich möglicherweise wirtschaftlich beteiligen. Derzeit werden in allen erwähnten Ländern Durchführbarkeitsstudien erstellt, die die optimale Route eruieren sollen. Gazprom gibt an, dass sowohl eine nördliche Route über Serbien und Ungarn nach Mitteleuropa führen könnte, als auch eine südliche Route über Griechenland nach Italien. (http://south-stream.info/fileadmin/pixs/bukleti/Byklet_SS_last_slito.pdf; 26.05.2010)

Während, wie eben erwähnt, mit South Stream keine Handelspartnerdiversifizierung von der Europäischen Union und Russland erreicht werden konnte, kann South Stream immerhin als Transportroutendiversifizierung gewertet werden. Die Pipeline bietet die Unabhängigkeit der Europäischen Union und Russlands von Drittstaaten, die Bedingungen an den Erdgastransport knüpfen (können).

II.1.2. Die Nabucco Pipeline – Daten und ökonomisches Konzept

Die Erdgas-Energiestrategie der Europäischen Union sieht einen „Southern Corridor“ als Verbindung zwischen der Europäischen Union und dem Kaspischen Raum, Zentralasien, sowie dem Mashreq und dem Mittleren Osten vor. Das Nabucco Pipelineprojekt ist ein zentraler Bestandteil dieser Strategie.

Während ein großer Teil der South Stream Pipeline von der South Stream Aktiengesellschaft umgesetzt wird, die zu jeweils 50% aus Gazprom und Eni besteht, ist es im Fall der Nabucco Pipeline die Nabucco Gaspipeline International GmbH, die die Pipeline entwickelt, baut, vermarktet und betreibt. Die GmbH setzt sich aus folgenden Anteilseignern (Shareholder) zusammen: OMV (Österreich), MOL (Ungarn), Transgaz (Rumänien), Bulgarian Energy Holding (Bulgarien), Botas (Türkei) und RWE (Deutschland). Das „Geschäftsmodell“ der beteiligten Akteure sieht vor, dass die Nabucco Gaspipeline International GmbH als Transportdienstleistungsanbieter fungiert. Das bedeutet, dass sie „Transportverträge mit Transportkunden“ abschließen wird bzw., dass Gashändler „Transportkapazitäten“ bei ihr buchen können. Von den jeweiligen Gashändlern – und nicht von der Nabucco Gaspipeline International GmbH - hängt es deshalb auch ab, aus welchen Quellen das Erdgas stammen wird, mit dem Nabucco in Zukunft gespeist wird. (http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Home/home_faq; 29.05.2010) Das wirtschaftliche Konzept des Betriebs der Nabucco Pipeline sieht vor, dass 50 % (etwa 16 Mrd. m³ Erdgas) der gesamten Transportkapazität für die an der GmbH beteiligten Konzerne reserviert sind. In Auktionen können die Konzerne Kapazitäten für ihren Transportbedarf ersteigern. Die anderen 50% der Transportkapazität sind offen für alle interessierten Unternehmen am Markt, was den EU-Wettbewerbsregeln entspricht. (<http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/commercial/overview>; 29.05.2010) Das von Nabucco transportierte Erdgas wird auf Grund der gegebenen Infrastruktur aus Aserbaidschan, Turkmenistan, „aber auch aus dem Mittel-Ost-Irak oder Ägypten“ bezogen werden können. Mit einer maximalen Transportkapazität von 31 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr wird Nabucco etwa halb soviel Erdgas in die Europäische Union befördern wie South Stream mit einer Kapazität von 63 Mrd. m³. Das Erdgas wird aus den genannten Ländern in die Türkei befördert, von wo aus die Nabucco Pipeline verlegt wird. Unter einem Nenndruck von 100 bar wird das Erdgas über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich transportiert werden. In Baumgarten an der March befindet sich eine der größten Erdgasdreh scheiben Europas, von wo aus das Erdgas in andere EU-Staaten weitergeleitet wird. (http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Home/home_faq; 29.05.2010) (Auf den Baumgarten Gas Hub wird in Kapitel II.4.1. genauer eingegangen.)

Route



Quelle: <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/pipeline/route>; 12.07.2010

Die genaue Wahl der Nabucco Pipelineroute, die („abhängig vom Zuleitungskonzept“) zwischen 3300 und 4000 km lang sein wird (http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Home/home_faq; 29.05.2010), wird nach Angaben der Nabucco Gaspipeline International GmbH je nach den gegebenen Umständen und Faktoren bestimmt. Die Pipeline kann nicht durch stark verbaute Gebiete, Naturschutzgebiete oder durch schwierige Landschaften verlegt werden und darf kein Sicherheitsrisiko darstellen (wie dies zum Beispiel in Erdbebengebieten der Fall wäre). Gleichzeitig muss der Bau für die Investoren wirtschaftlich rentabel bleiben, weshalb die Länge der Pipeline so gering wie möglich gehalten werden soll und der Bau möglichst rasch durchgeführt werden soll. Um bei Bodenuntersuchungen und bei „geologischen, archäologischen, ökologischen, sozialen und klimatischen Begutachtungen“ Kosten einzusparen, wird Nabucco weitestgehend entlang bereits bestehender Pipelines gebaut werden¹.

Nabucco beginnt in der Türkei in Ahiboz, südlich von Ankara und wird sich auf ihrem ersten Abschnitt auf einer Länge von 2730 km durch die Türkei bis an die bulgarische Grenze

¹ Auf türkischem Territorium verlaufen 75% der Nabucco Pipelinelänge entlang bereits existierender Pipelines, in Bulgarien 50%, in Ungarn 52% und in Österreich 90%. Zu Rumänien gibt es noch keine Angaben. (<http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/pipeline/route>; 29.05.2010)

erstrecken. In Ahiboz wird Nabucco mit Erdgas aus Zubringerpipelines gespeist, die von der türkisch-georgischen und der türkisch-irakischen Grenze westwärts verlaufen. (siehe Abbildung „Route“) Nachdem die Nabucco Pipeline 412 km bulgarisches Territorium und die Donau quert, verläuft sie über 469 km im Westen Rumäniens und danach 384 km quer durch ganz Ungarn. Schließlich erreicht sie Ost-Österreich, wo sie noch einmal unter der Donau durchgeführt wird. Der österreichische Abschnitt von Nabucco wird nur 47 km lang sein und in Baumgarten an der March enden. (<http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/pipeline/route>; 29.05.2010 und http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/pipeline/timeline_steps; 29.05.2010)

II.1.3. Die Projekte im zeitlichen Vergleich

Timeline South Stream

2007	Juni: Gazprom und Eni unterzeichnen ein „Memorandum für das South Stream Projekt“.
2008	Jänner: Gazprom und Eni gründen die South Stream AG. Jänner: Russland und Bulgarien unterzeichnen ein Intergovernmental Agreement. Bulgarien kann sich somit an South Stream beteiligen. Februar: Russland und Ungarn unterzeichnen ein Intergovernmental Agreement zum Bau von South Stream. Februar: Russland und Serbien unterzeichnen ein Kooperationsabkommen zum Bau der South Stream Pipeline. April: Russland und Griechenland unterzeichnen ein Intergovernmental Agreement zum Bau von South Stream.
2010	24. April: Die OMV und Gazprom unterzeichnen ein „Rahmenabkommen zur Kooperation“. Initiierung einer Durchführbarkeitsstudie für den österreichischen Abschnitt der Pipeline.
2015	Von Gazprom vorgesehener Zeitpunkt der Fertigstellung von South Stream.

(<http://www.gazprom.com/production/projects/pipelines/south-stream/>; 25.05.2010,
http://south-stream.info/fileadmin/pixs/bukleti/Byklet_SS_last_slito.pdf; 26.05.2010,
<http://south-stream.info/index.php?id=24&L=1>; 25.05.2010, <http://south-stream.info/>)

stream.info/index.php?id=30&L=1; 25.05.2010 und <http://www.south-stream.info/index.php?id=14&L=1>; 22.09.2010)

Nabucco Timeline

2002	Februar: Erste Gespräche zwischen OMV Gas & Power GmbH und Botas, anschließend Gespräche mit MOL, Transgaz und Bulgargaz. Oktober: Die erwähnten Energiekonzerne schließen zum Bau einer neuen Pipeline ein Kooperationsabkommen ab.
2003	Dezember: Unterstützungsabkommen wird zwischen der OMV Gas & Power GmbH, den anderen vier beteiligten Konzernen und der Europäischen Kommission abgeschlossen.
2004	Gründung der Nabucco Gaspipeline Internationale GmbH.
2008	Februar: Zu den Anteilseignern OMV, MOL, Transgaz, Bulgargaz und Botas kommt der vorerst letzte Anteilseigner RWE hinzu.
2009	27. Jänner: Budapest Summit. Zusage politischer Unterstützung von Seiten der Europäischen Union und den Staaten der beteiligten Energiekonzerne. 8. Mai: Southern Corridor Summit in Prag. 13. Juli: Intergovernmental Agreement wird von Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Türkei in Ankara unterzeichnet.
2010	März: Ratifizierung des im Juli 2009 unterzeichneten Intergovernmental Agreements durch die Parlamente der Unterzeichnerstaaten. Gründung von Nabucco Konzernen auf nationalen Ebenen der beteiligten Staaten
2012	Voraussichtlicher Beginn des Baus der Nabucco Pipeline.
2014	Ende des Jahres: Voraussichtliche Inbetriebnahme der Nabucco Pipeline.
2016	Ende des Jahres: Endgültige Fertigstellung der Nabucco Pipeline

(http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/company_main/about_us; 29.05.2010, http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Home/home_faq; 29.05.2010 und http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/pipeline/timeline_steps; 29.05.2010)

II.2. Die wichtigsten beteiligten Akteure, ihre Interessen und Strategien

Nach einer Darstellung der Entwicklung der beiden Projekte Nabucco und South Stream in Kapitel II.1. wird sich das folgende Kapitel mit den Akteuren auseinandersetzen, die für die Planung und Umsetzung der Pipelines verantwortlich sind. Es handelt sich dabei um wirtschaftliche Akteure, nämlich um Energiekonzerne, die in unterschiedlichem Ausmaß verstaatlicht sind. Die Interessen einzelner Unternehmen stehen somit in enger Verbindung mit staatlichen, volkswirtschaftlichen Interessen. Kapitel II.3. wird deshalb anschließend explizit auf die politische Unterstützung für die Nabucco und die South Stream Pipeline eingehen.

Zwei weitere wichtige Firmen gehen aus den beteiligten Akteuren hervor und können als die unmittelbarsten Kräfte hinter den Projekten bezeichnet werden: Die South Stream AG und die Nabucco Gaspipeline International GmbH sind als von den jeweiligen Partnerfirmen paritätisch betriebenes Joint Venture Unternehmen für die Umsetzung und für den Betrieb der Pipelines verantwortlich.

II.2.1. Die wichtigsten Akteure für die Planung und Umsetzung der Nabucco Pipeline

Im Februar 2002 wurden nach offiziellen Angaben der Nabucco Gaspipeline International GmbH erstmals zwischen der OMV Gas & Power GmbH und dem türkischen Energiekonzern Botas Gespräche zum Bau einer Gaspipeline von der Türkei nach Österreich geführt. Zwei Jahre später erfolgte die Gründung der Nabucco Gaspipeline International GmbH, bestehend aus den Energiekonzernen OMV Gas & Power (Österreich), Botas (Türkei), Bulgargaz (heute Bulgarian Energy Holding) (Bulgarien), MOL (Ungarn) und Transgaz (Rumänien). 2008 trat schließlich die deutsche RWE als einziges Nicht-Transitland dem Nabucco Pipeline Konsortium bei. Für den Bau der Pipelineabschnitte bzw. für die technische Umsetzung des geplanten Projekts wurden in Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Türkei „Nationale Nabucco Firmen“¹ gegründet, die wiederum aus der Nabucco Gaspipeline International GmbH hervorgehen. Die genannten Energieunternehmen, die Nabucco Gaspipeline International GmbH, sowie die nationalen Nabucco Firmen stellen die Hauptakteure hinter dem Nabucco Pipeline Projekt dar und erfüllen unterschiedliche

¹ Namentlich Nabucco Austria, Nabucco Hungary, Nabucco Romania, Nabucco Bulgaria und Nabucco Turkey. (http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/company_main/about_us; 29.05. 2010)

Aufgaben. (http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/company_main/about_us; 29.05. 2010)

Nabucco Gaspipeline International GmbH (NIC)

Die NIC mit Hauptsitz in Wien steht zu jeweils 16,67% im Besitz von OMV Gas & Power, Botas, der Bulgarian Energy Holding, MOL, Transgaz und RWE. Dennoch agiert sie nach offiziellen Angaben „*unabhängig* von ihren Elternfirmen“ bzw. Anteilseigentümern. Sie wird nach eigenen Angaben die einzige Anlaufstelle für Nabucco Pipelinekunden sein.

Die GmbH führt eine Vielzahl von Aufgaben aus:

- 1) **Die Entwicklung der Pipeline:** Ingenieure und Wirtschafts- und Finanzberater führen Studien zur Machbarkeit und finanziellen Rentabilität des Projektes durch. Die Finanzierung des Pipelinebaus wird aufgestellt und der genaue Verlauf der Pipeline wird festgelegt. Weiters muss in der Entwicklungsphase viel Überzeugungsarbeit gegenüber nationalen Regierungen und der Europäischen Union (vor allem der Europäischen Kommission) geleistet werden und Marketing betrieben werden. Erst die Unterstützung der Energieunternehmen von Seiten der Politik macht (wie Kapitel II.3. zeigen wird) die Ausführung aller weiteren Aufgaben möglich.
- 2) **Der Bau der Pipeline:** Die NIC hat beim Pipelinebau die Aufgaben des Koordinators und des Auftraggebers. Die nationalen Nabucco Firmen bekommen von der NIC konkrete Anweisungen zur Ausführung der Bauarbeiten.
- 3) **Der Betrieb der Pipeline:** Die NIC übernimmt den technischen Betrieb des Erdgastransportes in der Pipeline. Dabei wird sowohl Erdgas für die beteiligten Energieunternehmen OMV Gas & Power, Botas, Bulgarian Energy Holding, MOL, Transgaz und RWE, als auch Volumen für andere Kunden der Pipeline GmbH befördert werden.
- 4) **Der Handel mit Kapazitäten und Zuteilungen:** Die NIC verhandelt über Transportverträge und kann gegenüber seinen Kunden (Shippers) für die Nabucco Pipeline mit *einer* juristischen Grundlage auftreten. Sie ist somit in der Lage, Verträge abzuschließen, die in jedem Transitland die gleiche Gültigkeit besitzen.

(http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/company_main/about_us; 29.05. 2010)

Die Energieunternehmen OMV Gas & Power, Botas, Bulgarian Energy Holding, MOL, Transgaz und RWE

Innerhalb der OMV, die zu 31,5% in ÖIAG- und somit in staatlichem Besitz ist (<http://www.omv.at/SecurityServlet/secure?cid=1171301847187>; 11.08.2010), ist Gas International für den Erdgashandel zuständig. OMV Gas International unterscheidet zwischen seinen beiden Bereichen „Großhandel/Handel“ und „Logistik/Lagerung“. Die Nabucco Gas Pipeline International GmbH und der, im Zusammenhang mit dieser erwähnenswerte Central European Gas Hub, fallen dabei als OMV-Tochtergesellschaften in den zweiten Bereich. Die OMV verkauft etwa 47 Mrd. m³ Erdgastransportkapazität pro Jahr und transportiert über sein Pipelinesystem Erdgas nach Deutschland, Italien, Frankreich, Slowenien, Kroatien und Ungarn. (https://www.gashub.at/pr_downloads/20070524_PI_OMV_engl.pdf; 06.08.2010)

Für den ungarischen Teilabschnitt der Nabucco Pipeline ist MOL (vollständiger Name MOL Hungarian Oil and Gas Company) mit Firmensitz in Budapest an der Nabucco Gas Pipeline International GmbH beteiligt. MOL steht zu 100% in Privatbesitz (http://www.mol.hu/en/about_mol/investor_relations/shareholder_info/ownership_structure/; 17.08.2010) und ist in Bezug auf Erdgas in den Bereichen Exploration, Produktion und Weiterleitung, sowie Stromerzeugung und Fernwärme aktiv. Mit etwa 34 000 Mitarbeitern (Stand 2009) zählt MOL zu den größten Energiekonzernen Europas. (http://www.mol.hu/en/about_mol/our_company/who_we_are/; 17.08.2010)

Die rumänische Transgaz ist eine Gastransportgesellschaft und entstand im Jahr 2000 aus einem “nationalen Erdgasunternehmen”. Sie ist zu 75% in staatlichem Besitz und ist auf den Gebieten „Transport, Lieferung und internationaler Transit von Erdgas“ tätig. (https://www.gashub.at/pr_downloads/20070524_PI_OMV_engl.pdf; 06.08.2010)

Die Bulgarische Energy Holding (BEH) ist zu 100% staatlich. (<http://www.bgenh.com/en/index.php?page=1&sid=1>; 17.08.2010) Sie transportiert Erdgas in die Türkei, nach Griechenland und Mazedonien und betreibt unterirdische Gaslager.

Das türkische Unternehmen Botas ist zu 100% in staatlichem Besitz und zählt zu den wichtigsten Energieunternehmen des Landes. Mit seinem Firmensitz in Ankara arbeitet es in den Bereichen Erdgas und Erdöl. Für die Nabucco Pipeline wird Botas möglicherweise eine besonders wichtige Rolle spielen: Der Konzern plant eine transkaspische Erdgaspipeline, die Erdgas von Turkmenistan in die Türkei und (unter anderem durch Nabucco) weiter nach Europa bringen soll. (<http://www.botas.gov.tr/index.asp?id=5>; 22.09.2010)

Das sechste an der Nabucco Gas Pipeline International GmbH beteiligte Unternehmen ist die deutsche RWE. Sie agiert als Energietransporteur und –händler und ist der größte Stromerzeuger Deutschlands. Mit etwa 70 000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 48 Mrd. Euro im Jahr 2009 zählt RWE zu den „fünf führenden Strom- und Gasversorgern in Europa“. (<http://www.rwe.com/web/cms/de/111466/rwe/rwe-konzern/ueber-rwe/>; 17.08.2010)

II.2.2. Die wichtigsten Akteure für die Planung und Umsetzung der South Stream Pipeline

Die South Stream Pipeline wurde von Gazprom und Eni entworfen und sieht vor, ohne die Querung von Transitstaaten Erdgas unter dem Meer von Russland nach Bulgarien zu liefern. Voraussichtlich werden sich die Staaten bzw. Konzerne Russland / Gazprom, Italien / Eni, Österreich / OMV, Bulgarien / Bulgarian Energy Holding, Ungarn / MOL, Griechenland / DESFA, Serbien / Srbijagas, Slowenien, Frankreich / Electricite de France (EDF) und Kroatien an der Umsetzung der Pipeline beteiligen. Russland und alle genannten Staaten bzw. Konzerne haben bis dato Kooperationsabkommen unterzeichnet. Rumänien und seine Energiekonzerne Romgaz und Transgaz, sowie Mazedonien zeigen sich außerdem äußerst interessiert an einem Einstieg. ([http://www.south-stream.info/index.php?id=4&L=1](http://www.south-stream.info/index.php?id=4&L=1;).; 22.09.2010) Daran lässt sich erkennen, dass South Stream vor allem für die Staaten Süd-Ost-Europas von großer Bedeutung sein wird.

Russland und Gazprom sehen die South Stream Pipeline nach offiziellen Angaben als einen wichtigen Schritt in Richtung Energieversorgungssicherheit Europas und für sich selbst als eine erwünschte Exportroutendiversifizierung.

Die South Stream AG

Über die South Stream AG wird online wesentlich weniger preisgegeben als über die Nabucco Gaspipeline International GmbH, weshalb auf diese weniger genau eingegangen werden kann. Bekannt gegeben wird, dass es sich bei der South Stream AG um ein 50-50 Joint Venture Unternehmen zwischen den Energiekonzernen Gazprom und Eni handelt, das in der Schweiz registriert ist. Die South Stream AG wurde im Jänner 2008 gegründet um nach Angaben von Eni “technische, ökonomische und politische Durchführbarkeitsstudien” für das Pipelinevorhaben durchzuführen und die Offshore Bauarbeiten im Schwarzen Meer

auszuführen. Die Zusammenarbeit zwischen Eni und Gazprom ist schon heute äußerst intensiv. Gazprom liefert derzeit „unter fünf langfristigen Verträgen“ Erdgas an Eni. (http://south-stream.info/fileadmin/pixs/bukleti/Byklet_SS_last_slito.pdf; 16.07.2010) Die Verträge für diese Lieferungen laufen erst im Jahr 2035 aus. (<http://www.gazprom.com/production/projects/pipelines/south-stream/>; 25.05.2010)

Gazprom und ENI

Zwischen ENI und Gazprom (ein ausführliches Portrait von Gazprom befindet sich im 1. Großkapitel) besteht eine Kooperation, die die beiden Konzerne als „strategische Partnerschaft“ bezeichnen. Im Jahr 2008 lieferte Gazprom nach eigenen Angaben 22 Mrd. m³ Erdgas an Italien. ([http://www.south-stream.info/index.php?id=16&L=1](http://www.south-stream.info/index.php?id=16&L=1;); 22.09.2010) ENI und Gazprom (bzw. Gazproms Vorgänger) arbeiten bereits seit 41 Jahren im Erdgashandel zusammen. ENI ist gemeinsam mit seiner Tochtergesellschaft Snam Rete Gas¹ für den Großteil des Betriebs des nationalen italienischen Gastransportnetzwerkes, sowie für „unterirdische Lagerstätten“ verantwortlich. Für den internationalen Gasmarkt transportiert ENI Erdgas aus Russland, Algerien, Libyen und der Nord See nach Europa. (<http://www.eni.com/attachments/publications/reports/reports-2009/Eni-in-2009.pdf>; 19.07.2010) Für den russischen Erdgassektor, der dringend ausländische Investoren sucht, ist ENI ein willkommener Partner. Der italienische Konzern möchte in den kommenden 4 Jahren fast 27 Mrd. Euro in neue mittel- bis langfristige Projekte investieren. Neben Afrika und den OECD-Ländern stellt die Region Russland/Zentralasien ein Entwicklungskerngebiet für ENI dar. (http://www.eni.com/attachments/publications/reports/reports-2009/fact_book_2008.pdf; 19.07.2010) Im Juni 2007 unterzeichneten die beiden Konzerne ein Memorandum für den Bau der South Stream Pipeline. (<http://www.south-stream.info/index.php?id=14&L=1>; 22.09.2010)

¹ ENI besitzt diese Tochtergesellschaft nur „teilweise“.

II.3. Politische Unterstützung zur Umsetzung von Nabucco und South Stream

Das folgende Kapitel analysiert konkrete politische Schritte, die die Europäische Union, einzelne EU-Mitgliedsstaaten und Russland setzen, um Nabucco und South Stream im Interesse der Volkswirtschaften und der beteiligten Energiekonzerne zu unterstützen. Dabei soll die Rolle des Staates bzw. der Staatengemeinschaft Europäische Union beim Gashandel herausgearbeitet werden und auf geopolitische Interessen der beteiligten Staaten eingegangen werden.

Der Gashandel wurde auf Grund seiner großen Relevanz, die er sowohl für Import-, als auch für Exportstaaten hat, von seinem Beginn in den 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre, von der staatlichen Ebene kontrolliert und von erfolgreichen nationalen Erdgasfirmen bewerkstelligt. Erst in den 1980er Jahren setzte eine „wirtschaftliche Liberalisierung“ der Gasmärkte, ausgehend von den Vereinigten Staaten und Großbritannien ein. Mark H. Hayes und David G. Victor schreiben in diesem Zusammenhang über eine „alte“ und eine „neue Welt des Gashandels“. In der „alten Welt“ wird die Wirtschaft vom Staat „dominiert“, der auch die Bereitstellung von Erdgas in der Hand hat. Der Staat unterstützt in dieser Welt den überregionalen Gashandel, indem er „zwischenstaatliche Abkommen“ mit anderen Staaten abschließt. In der „neuen Welt des Gashandels“ hingegen, so Hayes und Victor, ist die Rolle des Staates die des „Anbieters von Marktinstitutionen“. Das heißt, dass der Staat zwar durch Subventionen oder Bürgschaften private Firmen stützt, aber die Firmen dennoch die Hauptrisiken tragen. Der Staat ist in diesem Fall bei einer positiven Entwicklung von Gasprojekten Nutznießer der privaten Investitionen. Die Autoren zeigen aber auch auf, dass die „alte“ und die „neue Welt des Gashandels“ theoretische „Idealtypen“ sind, die nie in Reinform auftreten. Aus beiden Welten treten heute Elemente in praktisch allen Projekten am Erdgasmarkt auf. (Hayes / Victor 2006; 321 f.) Auch die an den Projekten South Stream und Nabucco beteiligten Konzerne stehen unterschiedlich stark unter staatlichem Einfluss. Gazprom etwa, das durch eine knappe Anteilmehrheit von 50,002% vom Staat dominiert wird, steht gleichzeitig auch unter dessen Schutzmantel und hat ein Vorrecht auf die Erschließung neuer Gasfelder und den Bau nötiger Pipelines.

Seit dem Intergovernmental Agreement in Ankara im Juli 2009 (worauf in Kapitel II.3.1. genauer eingegangen wird) unterstützt die Europäische Union aktiv den Bau der Nabucco Pipeline. Die Europäische Kommission hat deshalb sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in für die Nabucco Pipeline wichtigen Ländern wie Aserbaidschan, der Türkei oder

auch Turkmenistan, ihre Policies auf eine erfolgreiche Projektumsetzung ausgerichtet. So unterstützt etwa die Delegation der Europäischen Kommission in Baku seit dem Jahr 2008 die Umsetzung EU-europäischer Policies im Kaspischen Raum. (http://ec.europa.eu/delegations/azerbaijan/about_us/welcome/index_en.htm; 23.08.2010) Jerome Pons, Leiter der Abteilung für Politik, Wirtschaft, Presse und Information der Delegation der Europäischen Union in Baku umreißt die Arbeit der Delegation in Bezug auf die Umsetzung der energiepolitischen Interessen der Europäischen Union in Aserbaidschan folgendermaßen:

Die Delegation...

- unterstützt die Energiebeziehungen zwischen der aserbaidsschanischen Regierung und der Europäischen Union bzw. Europäischen Kommission.
- unterstützt Aserbaidschan bei der Reform des „rechtlichen Systems“ und der Erneuerung der technischen Einrichtungen.
- baut mit Aserbaidschan die nötigen politischen Rahmenbedingungen für effiziente Energiebeziehungen auf und festigt die bereits gegebenen.
- treibt die Idee eines Südlichen Energiekorridors voran, der seinen Ursprung in der Kaspischen Region haben soll. Vor allem Aserbaidschan und Turkmenistan spielen in dieser Idee eine bedeutende Rolle als Erdgasexporteure.

(Interview Jerome Pons, Baku; 07.08.2010)

Zusätzlich zur rein politischen Unterstützung stellt die Europäische Union etwa 200 Millionen Euro für Machbarkeitsstudien und für Dialog- und Diskussionsförderung (etwa in Form von Konferenzen) zur Verfügung, was etwa 2,5 % der Gesamtprojektkosten von voraussichtlich 8 Mrd. Euro ausmacht. (ebd.) Jerome Pons stuft die Rolle der Europäischen Union, auch was die politische Wegbereitung für den Durchbruch des Nabucco Pipelineprojekts betrifft, gering ein. Die Delegation habe zwar den Dialog zwischen den drei Parteien Europäische Union, Türkei und Aserbaidschan gefördert und versucht ihre Interessen zu koordinieren, dennoch könne sich die Europäische Union diesen Durchbruch nicht auf ihre Fahnen heften:

“We pushed all along but we cannot say that it was finally a push by the EU that made them sign. At the end of the day, they have agreed without much of our assistance to be honest.”

Jerome Pons, Leiter der Abteilung für Politik, Wirtschaft, Presse und Information der
Delegation der Europäischen Union in Baku

II.3.1. Politische Unterstützung für die Umsetzung der Nabucco Pipeline

Der Budapest Nabucco Summit

Das Nabucco Pipelineprojekt musste von Februar 2002, als die ersten Verhandlungen zwischen der OMV, der Mol, Transgaz, Bulgargaz und Botas stattfanden, sieben Jahre lang praktisch ohne nennenswerte politische Unterstützung auskommen. Zwar gab die Europäische Kommission bereits im Juni 2006 an, dass „Kommissar Piebalgs [die] Vereinbarung zur Beschleunigung des Erdgaspipeline-Projekts ‚Nabucco‘ begrüßt“ (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/842&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>; 31.05.2010), ein starkes politisches Signal wurde nach Angaben der Nabucco Gaspipeline International GmbH aber erst im Jänner 2009 mit dem Budapest Nabucco Summit gesetzt. Die Teilnehmer dieses Gipfels, Repräsentanten Ungarns, Bulgariens, Azerbaidschans, Georgiens, Ägyptens, der Europäischen Kommission und der European Investment Bank sprechen sich in der Erklärung des Budapest Nabucco Summits dafür aus, dass das Nabucco Pipelineprojekt auch auf der Ebene des Europäischen Rates zu einem prioritären Energieprojekt der Europäischen Union zählen soll. Die Unterzeichner erklären sich weiters dazu bereit, Foreign Direct Investment in die Export- und Transitstaaten, „sowie den Transfer von Know-How und Technologie“ anzuregen und „die Kooperation zwischen der Europäischen Union, ihren Mitgliedsstaaten, der Türkei, Georgien, den Ländern des Kaspischen Raums und des Mittleren Ostens“ zu stärken.

Die bisher wichtigsten politischen Ereignisse in der Planungsgeschichte der Nabucco Pipeline sind aber der Southern Corridor Summit in Prag und die Unterzeichnung des Intergovernmental Agreements in Ankara, die beide im Jahr 2009 stattfanden. Im Folgenden soll deshalb auf die beiden „Meilensteine“ ausführlich eingegangen werden.

Der Southern Corridor Summit in Prag

Der Southern Corridor Summit wurde von der Ratspräsidentschaft Tschechiens gemeinsam mit der Europäischen Kommission abgehalten. Die Staaten Ägypten, Aserbeidschan, Georgien, Irak, Kasachstan, Türkei, Turkmenistan und Usbekistan nahmen als „Partnerstaaten“ zum Teil auf präsidentieller, zum Teil auf ministerieller Ebene am Gipfel teil. „Repräsentanten Russlands, der Vereinigten Staaten und der Ukraine“ waren mit

Beobachterstatus anwesend; Repräsentanten der Weltbank, der European Investment Bank und der European Bank for Reconstruction and Development waren ebenfalls am Gipfel präsent. Eine Pressemitteilung der Europäischen Union erklärt die Relevanz des Southern Corridor Summits folgendermaßen:

“The EU has recently embarked on an ambitious plan to enhance its energy security. Within this strategy, the Southern Corridor plays an important role as a major energy infrastructure initiative contributing to diversification of energy sources and routes for EU supplies. [...] The objective of the summit is to provide strong political support and concrete commitments for the development of the Southern Corridor, including the Trans-Caspian interconnection.”

(<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/716>; 17.05.2010)

Das Ergebnis des Gipfels ist eine Gipfelerklärung, die als “erstes formelles Bekenntnis“ der Import-, Export- und Transitstaaten gegenüber den „nötigen Bedingungen“ für die erfolgreiche Umsetzung des Southern Corridors bezeichnet werden kann. (ebd.) Die Unterschriften des EU-Ratspräsidenten (im Mai 2009 Tschechiens Präsident Topolanek), des Präsidenten der Europäischen Kommission (Jose Manuel Barroso), des Präsidenten Georgiens (Mikhail Saakashvili), des türkischen Präsidenten (Abdullah Gül) und des Mineralölministers Ägyptens (Sameh Fahmy), machen die Gipfelerklärung zu einem Dokument, das zwischen der Staatengemeinschaft Europäische Union und Drittstaaten verhandelt wurde.

An der 5-seitigen Gipfelerklärung des Southern Corridor Summits fallen folgende 3 Punkte auf:

1. Die Gipfelerklärung ist inhaltlich sehr allgemein gehalten und beinhaltet lediglich die Auflistung der gemeinsamen Interessen der Akteure auf den Gebieten der Energiepolitik und Energiewirtschaft. Dennoch ist das, was im ersten Satz der Gipfelerklärung zu lesen ist, wichtig für die politischen Handlungen, die dem Prager Summit folgten: die Akteure drücken explizit ihre „politische Unterstützung für die Realisierung des Southern Corridors“ aus, die von ihnen als eine „wichtige und wechselseitig zuträgliche Initiative“ bezeichnet wird. Es wird festgeschrieben, dass die „Teilnahme und Beteiligung“ von Drittstaaten auf einer „Fall-zu-Fall Basis“ bei der Einwilligung aller bereits beteiligten Akteure möglich sei. Neben politischer Unterstützung erklären sich die Europäische Union und die anderen

Unterzeichnerstaaten zu „technischer und finanzieller Unterstützung“ des Southern Corridors (sowie des Trans-Kaspischen Energietransport-Projektes) bereit, *sofern* die Möglichkeit dazu bestünde. „Transparenz, Wettbewerbsfähigkeit, langfristige Berechenbarkeit und stabile Regulierungsbedingungen“ werden von den Unterzeichnern begrüßt. Das bedeutet unter anderem, dass die Importstaaten verlässliche Abnehmer der vereinbarten Volumen sein werden und dass die Exportstaaten einen Zeitplan für die Verfügbarkeit der Volumen bereitstellen werden. Interessant an der Erklärung ist auch, dass Angaben darüber gemacht werden, welche Aufgaben die Staaten der Exportregionen Kaspischer Raum / Zentralasien erfüllen sollen. So ist vorgesehen, dass es in den Bemühungen der Anrainerstaaten liegt, „die beiden Seiten des Kaspischen Meeres“ durch Energieinfrastruktur direkt miteinander zu verbinden. Für die Zukunft des Projekts ist vorgesehen, dass die Europäische Kommission, der Rat der Europäischen Union und die unterzeichnenden Partnerstaaten die Umsetzung der Erklärung „überprüfen werden“ und dass die betroffenen EU-Mitgliedsstaaten und die Türkei im Juni 2009 ein Intergovernmental Agreement zum Bau der Nabucco Pipeline unterzeichnen sollen (worauf in diesem Kapitel weiter unten eingegangen wird). (<http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/press-releases/declaration---prague-summit--southern-corridor--may-8--2009-21533/>; 17.05.2010)

2. Die Gipfelerklärung wird von den Akteuren als eine „Synergie“ verschiedener Dokumente zum Thema Energiepolitik zwischen der Europäischen Union bzw. einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und potentiellen Export- und Transitstaaten verstanden. In der Liste der inkludierten Dokumente befinden sich unter anderem die in der Arbeit bereits behandelten „EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und –Solidarität: Zweite Überprüfung der Energiestrategie“ von November 2009 und die Erklärung des „Budapest Nabucco Summits“ vom Jänner 2007. (ebd.)
3. Indem kein EU-Mitgliedsstaat durch Vertreter der nationalen Ebenen am Gipfel vertreten war (einzige Ausnahme stellte Tschechiens Präsident Topolánek dar, der allerdings in seiner Funktion als Präsident des Europäischen Rates anwesend war), war es die Aufgabe der Europäischen Kommission, für die Interessen aller Mitgliedsstaaten einzutreten. Gleichzeitig ist die Unterschrift des Kommissionspräsidenten ein Signal, dass die Europäische Union auch in energiepolitischen Fragen als Staatengemeinschaft agieren kann. Der Kommissionspräsident tritt als Repräsentant der Europäischen Union und als Akteur

in einem multilateralen Treffen und Abkommen mit anderen *Staaten* auf. (ebd.) In seiner Rede vor der Unterzeichnung der Southern Corridor Summit Erklärung hob Kommissionspräsident Barroso hervor, dass „alle 27 Führer der EU-Mitgliedsstaaten die Wichtigkeit des Southern Corridors explizit im Europäischen Rat im März [2009] anerkannt haben“. Jose Manuel Barroso ging demnach mit einem gestärkten Rücken in den für die EU-Energiepolitik bedeutenden Gipfel. (<http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/speeches-interviews/projev-jose-manuela-barrosa-na-summitu-jizni-koridor---nova-hedvabna-stezka-21592/>; 12.05. 2010)

Die Unterzeichnung des Intergovernmental Agreements in Ankara

Damit der Southern Corridor Summit aber nicht nur ein politisches Symbol für die Forcierung einer gemeinsamen EU-Energiepolitik von Seiten der Europäischen Kommission blieb, mussten die betroffenen Staaten auf zwischenstaatlicher Ebene ein offizielles Abkommen abschließen, um die Umsetzung des Southern Corridors - und damit auch der Nabucco Pipeline, einzuleiten.

Die Unterzeichnung des Nabucco Intergovernmental Agreements in Ankara im Juli 2009 wird von der Europäischen Kommission als der Beginn einer „neuen Ära in der EU-Energiepolitik“ bezeichnet. Auch für das Vorhaben der Schaffung eines Southern Corridors für Energie spielt dieser wichtige Schritt für die Nabucco Pipeline eine große Rolle. (http://ec.europa.eu/unitedkingdom/press/press_releases/2009/pr0985_en.htm; 31.05.2010) Nach jahrelanger Arbeit für das Nabucco Projekt auf technischer Ebene und „sechs Monaten intensiver Verhandlungen“ wurde das Abkommen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten Österreich, Ungarn, Bulgarien und Rumänien und der Türkei unterzeichnet. Es beinhaltet folgende Punkte:

- Eine Garantie für die „volle politische Unterstützung“, die „für 50 Jahre gültig“ ist.
- Einen einheitlichen rechtlichen Rahmen, der in allen beteiligten Staaten gültig ist.
- Die Festlegung eines Volumens von 16 Mr. m³ Erdgas, die „dritten Marktteilnehmern“ angeboten werden müssen.
- Die Möglichkeit, „drei Zuleitungen“ zur Pipeline zu bauen.

(<http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Pipeline/Legal>; 17.09.2010)

Für Bulgarien und Rumänien bedeutet der Bau der Nabucco Pipeline, dass ihre 100%ige Abhängigkeit von russischem Erdgas wahrscheinlich bald überwunden werden kann. Kommissionspräsident Barroso verdeutlichte in seiner Rede die große Relevanz, die Nabucco

für die Energiesicherheit der Europäischen Union hat: „Das Nabucco Projekt ist von entscheidender Wichtigkeit für Europas Energiesicherheit und seiner Policy der Diversifizierung der Gasversorgung und der Transportrouten.“ Weiters brachte der Kommissionspräsident seinen Stolz darüber zum Ausdruck, dass die Europäische Kommission ein derart wichtiger Akteur für die Vorantreibung des Nabucco Projekts geworden ist. Auch in ihrer Pressemitteilung zur Unterzeichnung des Nabucco Intergovernmental Agreements hebt die Europäische Kommission ihre bedeutende Rolle für die Fortschritte, die im Vorfeld erreicht werden konnten, hervor. Die Kommission unterstreicht ihre Legitimität als Akteur im Nabucco Projektverlauf indem sie angibt, auf Wunsch der beteiligten Staaten Initiative ergriffen zu haben, als „Unterstützer aller Seiten in den Verhandlungen“ zu handeln.

Doch auch die positiven Aspekte der Verdichtung der Energiebeziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union werden im Rahmen der Unterzeichnung sowohl von Kommissionspräsident Barroso, als auch vom damaligen Energiekommissar Andris Piebalgs angemerkt. Barroso sprach von einem Abkommen, das zwischen der Europäischen Union und der Türkei „auf den Prinzipien der gegenseitigen Solidarität, der gegenseitigen Parität und der Interdependenz“ abgeschlossen wurde. Auch Andris Piebalgs brachte zum Ausdruck, dass die Europäische Union und die Türkei „die richtige Balance im Nabucco Intergovernmental Agreement gefunden haben“ und dies der Beginn für weitere viel versprechende Kooperationen in den Beziehungen zwischen den beiden sein könnte. (http://ec.europa.eu/unitedkingdom/press/press_releases/2009/pr0985_en.htm; 31.05.2010)

Eine gute Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Türkei ist nicht nur bei der technischen Umsetzung der Nabucco Pipeline unerlässlich, sie ist auch auf rechtlich-juristischer Ebene im Interesse der Anbieter- und Abnehmerstaaten und –konzerne unerlässlich. Für die Kunden der Nabucco Pipeline wird es nach dem „One-Stop-Shop“-Prinzip möglich sein, in den Erdgasursprungsländern Erdgasvolumen in die Pipeline einzuspeisen bzw. von ihr zu beziehen. Das bedeutet, dass durch die Bemühungen der Europäischen Union die rechtlichen Systeme der EU-Mitgliedsstaaten und der Türkei betreffend den Betrieb der Nabucco Pipeline, aufeinander abgestimmt und kompatibel sind. Die Kunden müssen sich somit nicht mit unterschiedlichen rechtlichen Situationen in Transitstaaten auseinandersetzen. Die Nabucco Gas Pipeline International GmbH wurde auf Grundlage dieser kompatiblen Regime gegründet, weshalb die Kunden beim Erdgashandel nicht mit unterschiedlichen rechtlichen Situationen konfrontiert werden (deshalb der Begriff „One-Stop-Shop“). (ebd.) Das Intergovernmental Agreement behält seine Gültigkeit für 50

Jahre und sichert somit den Betrieb der Pipeline in allen Staaten bis zum Jahr 2059 ab, was in der Branche als äußerst langfristig gilt. (<http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/commercial/overview>; 29.05.2010)

II.3.2. Politische Unterstützung für die Umsetzung der South Stream Pipeline

Für die Umsetzung der South Stream Pipeline wurden zwischen Russland und den voraussichtlichen Partnern Italien, Griechenland, Österreich, Bulgarien, Ungarn, Serbien, Slowenien und Frankreich bis dato Gespräche auf höchster politischer Ebene geführt. Auf Seiten Russlands unterzeichnete der Präsident die wichtigsten Abkommen zwischen den Staaten.

Das South Stream Projekt wurde von Gazprom und ENI ins Leben gerufen und wird von Russland und Italien politisch unterstützt. Nach Angaben des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew ist Italien einer der wichtigsten Handelspartner für Russland mit einem Handelsvolumen von 53 Mrd. US \$ im Jahr 2009 zwischen den beiden Staaten. (http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/12/03/1645_type82914type82915_223193.shtml; 17.08.2010) Auch am Erdgassektor finden intensive Handelsbeziehungen zwischen Russland und Italien statt. 37% des nach Italien importierten Erdgases stammen aus Russland¹. (http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/02_eu_energy_policy_data_en.pdf; 08.04.2010) Russland profitiert nicht nur von den Einnahmen, die es bei Exporten nach Italien lukriert, sondern auch von italienischen Investitionen in seine Industrie. Diese betrugen im Jahr 2009 10 Mrd. US \$.

2009 wurden zwischen Russland und Italien (bzw. Präsident Dimitri Medwedew und Premierminister Silvio Berlusconi) eine Reihe von Dokumenten unterzeichnet, die dem South Stream Projekt die nötige politische Unterstützung gaben. Die Dokumente wurden nicht veröffentlicht und es wurden nur flüchtige Angaben zu ihren Inhalten gemacht.

Im April 2009 traf Präsident Medwedew Bulgariens damaligen Premierminister Sergei Stanishev, um für Gazprom und die Bulgarian Energy Holding ein Abkommen für den Bau der South Stream Pipeline vorzubereiten. Premierminister Stanishev gab in einem offiziellen Statement zum Treffen an, dass sich bei einem derartigen Projekt auf Firmenebene Gespräche

¹ Herkunftszusammensetzung des nach Italien importierten Erdgases: 37% Russland, 39% Algerien, 13% Niederlande, 8% Norwegen, 2% Großbritannien, 1% Libyen. http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/02_eu_energy_policy_data_en.pdf; 08.04.2010

„üblicherweise schwierig“ gestalten, da „jede Partei für ihre eigenen Interessen und Vorteile“ einträte. Aus diesem Grund, so Premierminister Stanishev, sei die Einbringung der politischen Ebene wichtig. Sie soll den Projektverlauf „sauberer“ gestalten und zu einer höheren „Glaubwürdigkeit“ beitragen. (http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/04/28/2158_type82914_215602.shtml; 17.08.2010) Bulgarien scheint in seiner Energiepolitik keinen Abstand zum Handelspartner Russland zu suchen. Derzeit wird der Staat zu 100% mit russischen Ergaslieferungen versorgt. Die Bulgarian Energy Holding ist aber auch zu 16,67% an der Nabucco Gas Pipeline International GmbH beteiligt und wird in Zukunft auch Erdgas aus der Nabucco Pipeline beziehen können. In Anbetracht dessen, dass Nabucco ein *Gesamt*volumen von „nur“ 31 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr transportieren kann und South Stream zusätzliches russisches Erdgas liefern wird, wird Bulgarien auch weiterhin von russischen Lieferungen stark abhängig bleiben. – Nicht aber vom Transitland Ukraine. Für Bulgariens Energiepolitik scheint eine Diversifizierung der Erdgasimportrouten erstrebenswerter zu sein als eine Diversifizierung der Importstaaten.

Griechenland und Russland planen sogar zwei Pipelineprojekte. Neben der South Stream Pipeline soll die Burgas-Alexandropoulis Erdölpipeline verlegt werden. Bereits im April 2008 wurde vom damaligen russischen Präsidenten Putin und Griechenlands damaligem Premierminister Konstantinos Karamanlis ein „Abkommen über den Bau des griechischen Abschnittes der South Stream Gaspipeline“ unterzeichnet. (http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2008/04/29/1242_type82914type82915_164659.shtml; 17.08.2010)

II.4. Nabucco und South Stream am Beispiel Österreich

Österreich importiert nicht nur Erdgas, sondern handelt auch mit diesem. Es nimmt deshalb bereits heute durch den Central European Gas Hub eine bedeutende Position in der Energieversorgung Mitteleuropas ein und wird sich sowohl an Nabucco, als auch an South Stream beteiligen. Für die Energieversorgung der Europäischen Union wird Österreich deshalb in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen.

In Österreich werden jährlich etwa 8 Mrd. m³ Erdgas verbraucht, was einen Anteil von 23% im österreichischen Primärenergiemix ausmacht. (http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/

doc/02_eu_energy_policy_data_en.pdf; 08.04.2010 und http://www.omv.com/portal/01/com/!ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3h...; 17.08.2010)

Im April 2010 entschied Österreich auf höchster politischer und wirtschaftlicher Ebene in Form zweier Abkommen den Einstieg ins South Stream Projekt. Russlands Premierminister Putin, Bundeskanzler Faymann, Russlands Energieminister Sergej Schmatko und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner unterzeichneten auf politischer Ebene ein Abkommen für den nötigen „Rechtsrahmen“. Auf wirtschaftlicher Ebene wurde vom Gazprom Aufsichtsratsvorsitzenden Alexej Miller und OMV Vorstandsvorsitzenden und Generaldirektor Wolfgang Ruttensdorfer ein „Basisabkommen über die Zusammenarbeit der beiden Energieunternehmen“ abgeschlossen. (<http://derstandard.at/1271375166530/South-Stream-Oesterreich-und-Russland-schlossen-Pipeline-Abkommen>; 26.04.2010) Die Erdgashandelsbeziehungen zwischen Österreich und Russland reichen ins Jahr 1968 zurück. Die OMV war nach eigenen Angaben das „erste westeuropäische Unternehmen“, das ein „Gasversorgungsabkommen mit der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossen hat. Derzeit besteht zwischen Gazprom und der OMV ein Versorgungsabkommen bis in Jahr 2017, das 150 Mrd. m³ russisches Erdgas für Österreich vorsieht (https://www.gashub.at/pr_downloads/20070524_PI_OMV_engl.pdf; 06.08.2010), wobei Österreich im Jahr 2008 5,84 Mrd. m³ Erdgas von Gazprom bezog. (<http://www.south-stream.info/index.php?id=24&L=1>; 16.09.2010)

Die beiden Konzerne führen in Kooperation „gemeinsame Lagerprojekte in Österreich und [dessen] Nachbarländern“ durch. (https://www.gashub.at/pr_downloads/20080125_PI_OMV_engl.pdf; 25.01.2010)

II.4.1. Österreich als Erdgasdrehscheibe

Für die Beförderung von Erdgas (und Erdöl) in verschiedensten Regionen sind Distributionsknotenpunkte im Pipelinesystem unerlässlich. Das Erdgas wird mittels großvolumiger Pipelines über weite Transitstrecken von seiner Ursprungsregion in ein Abnehmerland transportiert. Von dort aus verkauft der Erdgaseigentümer das Erdgas an den Heimmarkt oder leitet es über kleinere Erdgaspipelines an internationale Kunden weiter. Diese Knotenpunkte – in der Fachsprache Gas Hubs genannt – dienen aber nicht nur der Verteilung von Erdgas, sondern meist auch als Lagerstätte für dieses. Der Central European Gas Hub ist eine Einrichtung, die sowohl von der Nabucco, als auch von der South Stream

Pipeline profitieren wird. Die OMV sieht vor, dass Nabucco ein noch unbekanntes Erdgasvolumen, das für den europäischen Markt bestimmt ist, für die Central European Gas Hub AG befördern wird. ([http://www.omv.com/portal/01/com/!ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3hfA0sPN89Qo1BHE08DpyBTMyc3AwgAykeaxRv4m1oEejk6G7kauHt6- ...](http://www.omv.com/portal/01/com/!ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3hfA0sPN89Qo1BHE08DpyBTMyc3AwgAykeaxRv4m1oEejk6G7kauHt6-...) ; 19.07.2010) Auch die South Stream Pipeline wird, sollte sie tatsächlich bis nach Österreich gebaut werden, Erdgas nach Baumgarten bringen, das von dort aus weiter verkauft werden könnte.

Im folgenden Kapitel gilt es beim Beispiel Österreich zwischen dem physischen, technischen Teil der Erdgasverteilung und dem finanzwirtschaftlichen Teil zu unterscheiden. Ist vom Central European Gas Hub die Rede, so handelt es sich dabei um eine Aktiengesellschaft, die für die *wirtschaftliche* Abwicklung des Verkaufs und der Weiterleitung des Erdgases ins europäische Ausland verantwortlich ist. Ist hingegen vom Gas Hub in Baumgarten an der March oder in Murfeld die Rede, so handelt es sich um die *technischen* Einrichtungen, die das Erdgas verteilen oder speichern.

Die Central European Gas Hub (CEGH) Aktiengesellschaft ist eine Handelsplattform, die Geschäfte an den österreichischen Erdgashandelspunkten Baumgarten, Oberkappel, Überackern, Weitenfeld und Murfeld abwickelt. Von diesen Orten aus wird Erdgas sowohl an den österreichischen Heimmärkte, als auch über Pipelines nach Italien, Deutschland, Slowenien, Kroatien und Ungarn weitergeleitet. Um den CEGH als wettbewerbsstarken Erdgashandelsplatz in Europa verankern zu können, entschied sich OMV Gas & Power, dem die Gas Hub AG ursprünglich zu 100% gehörte, 20% der Anteile des Hubs an die Wiener Börse AG zu verkaufen. Somit wurde Wien durch die Initialisierung einer, von der CEGH AG und der Wiener Börse AG gemeinsam betriebenen Gasbörse, auch ein „Börsenplatz für Gas“. (http://www.omv.at/portal/01/at/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3hfA0sPN89Qo1BHEyMDb1Nvf49AAwjQD05J1S_IdlQEAKDCyxY!/; 19.07.2010) Die OMV sieht in dieser Entwicklung eine Förderung der „Liberalisierung und des Wettbewerbs am österreichischen Gasmarkt“, sowie eine Erhöhung der Versorgungssicherheit auf Grund größerer Handelsvolumen.

Der CEGH wurde im Jahr 2005 gegründet. Im Jahr 2006 erreichte der CEGH ein Gashandelsvolumen von 7,7 Mrd. m³, was bereits der dreifachen Menge des 2005 gehandelten Volumens entspricht. Die Volumen, die über den CEGH in den vergangenen 4 Jahren gehandelt wurden, vergrößern sich fortlaufend. Die OMV hat es sich zum Ziel erklärt, Baumgarten zum wichtigsten Gas Hub Europas zu machen. Im Jahr 2007 konnte ein

Handelsvolumen von 1,7 Mrd. m³ Erdgas pro Monat erreicht werden und es waren 2009 bereits „100 Handelsteilnehmer“ beim CEGH registriert. (https://www.gashub.at/pr_downloads/20070524_PI_OMV_engl.pdf; 06.08.2010)

Im Jänner 2008 wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der OMV und Gazprom abgeschlossen, das vorsah, 50% des CEGH an Gazprom zu übergeben. Dieser Deal, der im Zusammenhang mit dem Einstieg Österreichs beim South Stream Projekt steht, musste aber erst auf seine Konformität mit dem EU-Merger-Law überprüft werden. Gazproms großes Interesse am CEGH liegt auch darin begründet, dass Baumgarten für den Handel und die Verteilung von russischem Erdgas eine wichtige Rolle spielt. Etwa 1/3 des russischen Erdgases, das nach Westeuropa transportiert wird, wird über den Baumgarten Gas Hub geschleust.

Gazproms 50%-Beteiligung an der Central European Gas Hub AG liegt wiederum im strategischen Interesse beider Seiten: Gazprom bzw. Russland kann von einer EU-europäischen Einrichtung profitieren, die durch den Bau der Nabucco Pipeline noch weiter an Bedeutung gewinnen wird. Demnach wird von Russland sogar ein Konkurrenzprojekt der South Stream Pipeline wirtschaftlich ausgenutzt. Weiters ist es Russland und Österreich gelungen, einen Plan zur Verlängerung der geplanten South Stream Pipeline bis nach Österreich auszuarbeiten. Im April 2010 wurde ein Kooperationsrahmenabkommen von Russlands Premierminister Wladimir Putin, Gazproms Aufsichtsratsvorsitzenden Alexei Miller und OMV-Vorstandsvorsitzenden und Generaldirektor Wolfgang Ruttensdorfer in Wien unterzeichnet. Im Abkommen, das nicht veröffentlicht wurde, legen Gazprom und die OMV die „Bedingungen und Deadlines“ für die „Umsetzung des österreichischen Abschnittes der South Stream Pipeline“ fest. (<http://south-stream.info/index.php?id=24&L=1>; 25.05.2010) Weiters wird eine Durchführbarkeitsstudie durchgeführt. Für den österreichischen Abschnitt ist eine jährliche Kapazität von 5-10 Mrd. m³ Erdgas vorgesehen, wovon 2 Mrd. m³ an die OMV gehen werden. (<http://www.gazprom.com/press/news/2010/april/article97877/>; 25.05.2010) Durch die 50%-Beteiligung von Gazprom am CEGH wird es umso mehr im Interesse Russlands liegen, dass durch den Baumgarten Gas Hub möglichst viel Erdgas fließen wird.

III. Zusammenfassung und Bearbeitung der gewonnenen Erkenntnisse mit Hilfe der Interdependenztheorie nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye

Einleitung

Bei der Frage um energiepolitische Interessensdivergenzen und Interdependenzen bei der Planung und Umsetzung eines südlichen Gaskorridors sind sowohl nationalstaatliche, als auch EU-gemeinschaftliche und wirtschaftliche Akteure und Interessen von großer Relevanz. Aus diesem Grund wurde mit der Interdependenztheorie eine Theorie ausgewählt, die von Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen ausgeht. Anders als etwa beim Realismus, dessen Theoretiker nationalstaatliche Akteure als *die* Politikgestalter sehen, wenden Robert O. Keohane und Joseph S. Nye ihre Aufmerksamkeit auch auf ökonomische Kräfte und ihre Rolle in den Interdependenzen zwischen Staaten. Die Interdependenztheorie wurde auch deshalb zur Bearbeitung des Themas ausgewählt, da sie und ihre Ansätze der „Vulnerabilität“ und der „Sensibilität“ sehr gut dazu geeignet sind, die energiepolitischen Bemühungen und Dilemmata der EU-Mitgliedsstaaten, der Europäischen Kommission und Russlands zu erklären.

Der Begriff *Interdependenz* beschreibt im Gegensatz zum Begriff *Dependenz* einen Zustand der „gegenseitigen Abhängigkeit“ zwischen Akteuren. (Keohane/Nye 1977; 8) Die Autoren Robert O. Keohane und Joseph S. Nye legen großen Wert auf die Unterscheidung zwischen Interdependenz und einer „gegenseitigen Verbindung“ („interconnectness“). Die beiden Begriffe unterscheiden sich durch die Kostenfrage: „Wo gegenseitige (wenn auch nicht zwangsläufig symmetrische) *kostspielige* Auswirkungen auf Transaktionen sind, da herrscht Interdependenz.“ Wenn keine kostspieligen Auswirkungen durch Interaktionen hervorgerufen werden, dann besteht lediglich „eine gegenseitige Verbindung“. (ebd.; 9)

Die Interdependenztheorie ist, wie Keohane und Nye hervorheben, keine Theorie, die allein die Funktionsweise der Welt erklärt. Sie ist nur dann sinnvoll, wenn sie als Teil eines großen Puzzles verstanden wird. (ebd.; 1)

Für Robert O. Keohane und Joseph S. Nye ist Interdependenz ein klares Anzeichen für eine Veränderung des weltpolitischen und ökonomischen Zeitgeistes im weitesten Sinne. 1977

veröffentlichten sie das Buch „Power and Interdependence. World Politics in Transition“, in dem sie nach späteren Angaben den Begriff Interdependenz „als ein analytisch brauchbares Konzept (...) redefinieren und reinterpretieren“ wollten. (Keohane 2002; 14)

Die beiden US-amerikanischen Autoren wurden nach eigenen Angaben in ihrer Studienzeit (1950er und 1960er Jahre) von einem realistischen Weltbild geprägt. Der Krieg war demnach etwas, mit dem immer zu rechnen war. Für Keohane und Nye war dennoch klar, dass es in der internationalen Politik um mehr ging als um die (mehr oder weniger friedlichen) Beziehungen zwischen Nationalstaaten. Von beiden wurde deshalb in umfangreichen Analysen auf die Bedeutung von „formellen und informellen internationalen Organisationen“ und „wirtschaftlicher Integration“ aufmerksam gemacht. Das Buch „Interdependence and Power“ ist das Ergebnis einer kritischen Auseinandersetzung mit der Theorie des Realismus und der Versuch, ein neues Weltbild zu vermitteln. (Keohane/Nye 1977; Preface) Nye und Keohane sehen die starke Rolle, die nicht-territorial agierende Akteure wie zum Beispiel „multinationale Aktiengesellschaften“ oder internationale Organisationen einnehmen. Der Staat kann genauso wenig als *die* „wirtschaftliche Einheit“ gesehen werden, wie Ökonomie, Politik, Militär und Soziales voneinander getrennt werden können. Dabei hängen die einzelnen Bereiche nicht nur in unterschiedlichen Ausprägungen zusammen, sie hängen auch voneinander ab. (ebd.; 3f.) Gleichzeitig wird der Staat aber nicht zum Zuseher degradiert, der seinen Einfluss auf die komplexen Verknüpfungen verloren hat. Er ist viel eher ein Gestalter:

„Interdependence affects world politics and the behaviour of states; but governmental actions also influence patterns of interdependence. By creating or accepting procedures, rules, or institutions for certain kinds of activity, governments regulate and control transnational and interstate relations.“

(Keohane/Nye 1977; 5)

Auch wenn Keohane und Nye explizit keine Auflistungen von Anzeichen für Interdependenz in ihrem Buch machen, lassen sich dennoch folgende Merkmale für das Phänomen Interdependenz finden:

- Interdependenz verringert Autonomie: Die Akteure sind in interdependenten Beziehungen nicht mehr in der Lage völlig freie Entscheidungen zu treffen ohne selbst von diesen negativ betroffen sein. (ebd.; 9) Handlungsspielräume werden für alle Akteure verkleinert, gleichzeitig sinkt die Wahrscheinlichkeit eines Austrittes aus dem

Verhältnis. Es kann daraus geschlossen werden, dass sich ein interdependentes Verhältnis auch dadurch auszeichnet, dass es für alle involvierten Akteure äußerst schwer aufzukündigen ist.

- Interdependenz muss nicht nur gleichmäßig, sondern kann auch asymmetrisch auf Akteure aufgeteilt sein. Es muss zwar eine Gegenseitigkeit bestehen, nicht aber ein ausgewogener gegenseitiger Vorteil. Auch in ausbeuterischen Verhältnissen können die Akteure voneinander abhängig sein, obwohl einer deutlich mehr profitiert als der andere.
- Eine weitere Ausprägung von Interdependenz kann in Form einer zwangsläufigen Kooperation auftreten. In diesem Fall sind Akteure *nur* dann in der Lage ihre Ziele umzusetzen, wenn sie mit anderen kooperieren. Dies kann – muss aber nicht – den Gewinn des Initiators verringern.

III.1. Interdependenz und Konflikt

Zwischen welchen Akteuren treten Interdependenzen auf? Interdependenz kann zwischen Verbündeten aber auch zwischen Opponenten bestehen. Sind zwei oder mehrere Opponenten durch Interdependenz(en) miteinander verbunden, hat dies meist den positiven Effekt der Verringerung der Konfliktwahrscheinlichkeit. Wenn zwei gegensätzliche Pole von einander abhängig sind, gibt es ein verringertes Interesse dem jeweils anderen - und damit auch sich selbst zu schaden. Dieses Prinzip kann so weit führen, dass, wie zur Zeit des Kalten Krieges ein so genanntes „Gleichgewicht des Schreckens“ entsteht. Keiner der beiden Gegner konnte angreifen, da er wusste, dass in weiterer Folge auch er mit fürchterlicher Zerstörung zu rechnen hatte. Dennoch weisen Keohane und Nye darauf hin, dass Interdependenz Beziehungen nicht immer kooperativer und friedlicher macht. So können etwa in einem System des internationalen Handels, in dem zwischen den Akteuren Interdependenzen herrschen, durchaus „Verteilungskonflikte“ auftreten. (ebd.; 10) Eine interdependente Beziehung zwischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren und Staaten ist eine Zweckgemeinschaft, in der jeder versucht, seinen Vorteil bzw. Gewinn gegenüber dem anderen zu maximieren und seine Abhängigkeit zu verringern, was zu Konflikten führen kann. Daraus ergeben sich die Prinzipien *Kooperation statt Konflikt* bei *Interessenskonflikten innerhalb der Kooperationen*.

Heute sind es meist ökonomische und militärische Interessen, die Akteure zu einer Kooperation bewegen, die zu Interdependenzen führt. Es geht somit um Vorteile und nicht „nur“ um die gegenseitige Angst vor einem Nuklearangriff. In diesem Fall sind die Akteure keine Gegner, jedoch Konkurrenten, die zum eigenen Vorteil Kooperationen untereinander eingehen. Eine große Gefahr stellen Akteure dar, die sich weitestgehend außerhalb von gesellschaftlich anerkannten Interdependenzverhältnissen aufhalten, da sie unabhängig von regulären politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Strukturen agieren. Die Anwendung „informeller Gewalt“ durch Terroristen ist ein Beispiel hierfür. Dennoch sollte hier nicht vernachlässigt werden, dass auch innerhalb terroristischer Strukturen interdependente Verhältnisse herrschen.

III.2. Interdependenz und Macht

Keohane und Nye sehen in einem asymmetrischen Interdependenzverhältnis, in dem ein Akteur weniger abhängig ist als der andere, eine mögliche „Quelle von Macht“. Weniger abhängig ist der Akteur, dem eine „Veränderung im Verhältnis“ weniger Kosten verursacht. Welcher Akteur in einem Gefüge mächtiger ist, wird durch seine alternativen Möglichkeiten entschieden. Dabei muss beachtet werden, welcher Akteur die Möglichkeit hat, mit geringem Kostenaufwand andere dazu zu bringen etwas zu tun, was sie „ansonsten nicht tun würden“, wer über Resultate („Outcomes“) entscheiden kann und wer kostengünstig Alternativen zum bestehenden Verhältnis aufbauen kann. (ebd.; 11)

III.2.1. Vulnerabilität und Sensibilität

In der Frage um Macht in interdependenten Verhältnissen muss nach Keohane und Nye zwischen den beiden „Dimensionen“ der „Sensibilität“ („sensitivity“) und „Vulnerabilität“ („vulnerability“) unterschieden werden:

- Sensibilität:

Die Dimension der Sensibilität in interdependenten Verhältnissen beschreibt „wie *schnell* Veränderungen in einem Land kostspielige Veränderungen in einem anderen mit sich bringen und wie groß diese Effekte sind“. Dabei geht es aber nicht nur um die

Kosten, die ein Ausfall oder eine Veränderung von Handels- und Finanzströmen zwischen zwei Ländern direkt verursacht, sondern auch um die bei „der Veränderung von Transaktionen in Gesellschaften und Regierungen“ anfallenden Kosten. Die Sensibilität in Systemen bezieht sich auf soziale, politische und ökonomische Ebenen und auf ihre Interaktionen untereinander. Nur wenn konstant „innerhalb eines Policy-Rahmens“ agiert wird, werden keine Kosten durch die „Sensibilitätsinterdependenz“ verursacht. Kommt es in einem interdependenten Verhältnis, ausgelöst von einer Seite zu Veränderungen, muss die andere in ihrem eigenen Interesse möglichst schnell Policy-Veränderungen vornehmen, um weitere Kosten zu verhindern. (Keohane/Nye 1977; 12)

- Vulnerabilität:

Während sich die Sensibilität auf die vom Faktor Zeit ausgelösten Kosten der Adjustierung bezieht, beschreibt Vulnerabilität den Kostenfaktor, den der Aufbau von Alternativen zur bisherigen Situation verursacht. Dem vorangehend stellt sich sogar die Frage, ob *überhaupt* geeignete Alternativen verfügbar sind oder ob zur Anpassung das gesamte bestehende System (äußerst kostenintensiv) umgestellt werden muss. (ebd.; 23)

In Energiefragen könnten die beiden Dimensionen zum Beispiel in folgendem Szenario erkennbar sein: Zwei interdependente Staaten X und Y: Staat X bekommt, gesichert durch bald auslaufende Lieferverträge 20 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr vom Staat Y geliefert. Staat Y findet einen lukrativeren Absatzmarkt für sein Erdgas und droht damit, die Lieferverträge mit Staat X auslaufen zu lassen, obwohl Staat X eine Vertragsverlängerung anstrebt. - Schließlich stützt Staat X große Teile seiner Energieerzeugung auf das Erdgas, das es von Staat Y bekommt.

Die Sensibilitätsdimension im veränderten Verhältnis stellt sich für den Staat X folgendermaßen dar: Eine Einstellung der Lieferungen von Staat Y hat sehr rasch Auswirkungen auf den Staat X und würde spätestens dann ein Problem darstellen, wenn etwaige Erdgasreserven aufgebraucht sind. Muss etwa die industrielle Produktion in Staat X reduziert werden, da zu wenig Erdgas vorhanden ist, verursacht das Kosten. Wie stark die Vulnerabilität von Staat X ausgeprägt ist, hängt davon ab, ob und zu welchem Preis Alternativen zum Erdgas des Staates Y organisiert werden können. Verfügt etwa Staat X über Erdgasvorkommen auf eigenem Territorium und ist er in der Lage, seine Erdgaseigenproduktion anzukurbeln um die Verluste auszugleichen, oder hat er die

Möglichkeit, Erdgas bei anderen Anbietern kostengünstig zu beziehen, wäre seine Vulnerabilität geringer, als müsste er neue Importinfrastrukturen aufbauen. Je besser und kostengünstiger also die Exportalternativen für Staat Y sind, desto höher sind die Sensibilität und die Vulnerabilität von Staat X im interdependenten Verhältnis. Staat Y ist somit in der Position des Mächtigeren. Er kann zum Beispiel dank seiner Alternativen, die Staat X eventuell nicht hat oder nur sehr kostspielig organisieren kann, für eine Vertragsverlängerung den Gaspreis für Staat X erhöhen oder ihm politische Zugeständnisse abringen.

III.3. Vulnerabilität zwischen der Europäischen Union und Russland

Trotz der ausgeprägten Interdependenz in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland sind beide Seiten bemüht, ihre Abhängigkeit vom jeweils anderen zu verringern und so in eine vorteilhafte Position gegenüber dem anderen zu treten. Würde es nur einer Seite gelingen, seine Abhängigkeit vom anderen etwa durch Diversifizierung zu verringern, würde sich das Gewicht zwischen den interdependenten Handelspartnern zu Gunsten bzw. zu Lasten eines verschieben. Derzeit herrscht in der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen dem Anbieter Russland und dem Abnehmer Europäische Union ein hohes Maß an Ausgeglichenheit. 64% der russischen Erdgasexporte gehen in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, während die EU-27 wiederum 42% ihrer Erdgasimporte aus Russland beziehen. Dabei muss aber auf jeden Fall erwähnt werden, dass die Abhängigkeit von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat variiert. Wie bereits ausgeführt, liegt die Erdgasimportabhängigkeit mancher ost-europäischer Mitgliedsstaaten von Russland bei bis zu 100%, während manche westeuropäischen Mitgliedsstaaten gar kein russisches Erdgas beziehen. Des Weiteren ist eine Diversifizierung für beide Seiten äußerst kostspielig. Möchte die Europäische Union ihre Importquellen diversifizieren, müssen Energiekonzerne viele Milliarden Euro in den Bau neuer Pipelines und in die Infrastrukturentwicklung vor Ort investieren. Für Russland bedeutet eine Exportdiversifizierung ebenfalls Investitionen in Milliardenhöhe. Für die geplante Erschließung neuer Erdgasfelder im Osten Russlands (Sakhalin I, II und III) und die Entwicklung der Flüssiggastechnologie wird auch Gazprom in den nächsten Jahren mehrere Milliarden Euro investieren müssen.

Gelingt es Russland in absehbarer Zeit den riesigen süd-ost-asiatischen Wirtschaftsraum über Pipelines und/oder mit Hilfe der Flüssiggastechnologie mit Erdgas zu beliefern, würde dies Russlands Abhängigkeit von Abnehmer Europäische Union verringern. Weniger

Abhängigkeit vom Haupthandelspartner würde Russland mehr Macht und Spielraum gegenüber der Europäischen Union verleihen. Eine weitere Wertschöpfungsquelle erschließt sich für Russland am Heimmarkt. Durch die Erhöhung der Erdgaspreise im Land können zusätzliche Gewinne erzielt werden. Derzeit wird russisches Erdgas am Heimmarkt noch wesentlich günstiger verkauft, als an internationale Abnehmer, was zwei Seiten hat: Einerseits bedeutet dies einen Wettbewerbsvorteil für Russlands Industrie, die günstiger als andere Industrien Energie beziehen kann. Noch im März 2008 wurde in einem offiziellen Gespräch zwischen dem damaligen Präsidenten Putin und Gazproms Vorstandsvorsitzenden Alexei Miller verlautbart, dass russisches Erdgas am russischen Markt immer um 40% billiger sein als für ausländische Abnehmer. Die Gründe dafür werden von Alexei Miller einerseits die hohen Transportkosten für Erdgas ins Ausland genannt, sowie die Wichtigkeit des Wettbewerbsvorteils, der durch die Preisgestaltung erzielt werden kann. (http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2008/03/14/1401_type82913_162158.shtml; 16.08.2010) Andererseits entgehen Gazprom und damit Russland durch den Verkauf von Erdgas am russischen Markt hohe Exporteinnahmen. Deshalb ist es für Russland wichtig, ein rentables Verhältnis zwischen hohen Exportgewinnen und der Protektion seiner heimischen Kunden zu finden. Bereits im Jänner 2009 konnte einem Gespräch zwischen Präsident Medwedew und Alexei Miller entnommen werden, dass die günstigen Gaspreise für den Heimmarkt in Frage gestellt werden. Alexei Miller sieht in ihnen in diesem Gespräch eine schädliche Wettbewerbsverzerrung. Gazprom arbeite, so Miller, an einem Programm „um die heimischen Preise auf internationale Ebene anzuheben, so dass bis 2011 (...) [Russlands] Heimmarkt der größte Konkurrent für den Europäischen Markt sein wird“. (http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/01/09/1717_type82913_211508.shtml; 16.08.2010) Indem Gazprom seine Einnahmen am eigenen Markt vergrößert, könnte die Vulnerabilität Russlands gegenüber der Europäischen Union verringert werden. Der Vorteil innerhalb des interdependenten Verhältnisses läge dann auf Seiten Russlands. Andererseits erhöht Russland mit dem Bau neuer Pipelines wie South Stream oder Nord Stream seine Abhängigkeit vom Konsumenten Europäische Union (vor allem ost- und mitteleuropäische Mitgliedsstaaten) und stellt damit wieder eine Ausgewogenheit in den Interdependenzen zwischen den beiden Seiten her.

Umgekehrt ist die Europäische Union ebenfalls auf der Suche nach neuen Möglichkeiten Energie zu beziehen. Die Nabucco Pipeline wird zwar (da der Erdgasverbrauch der Europäischen Union weiter ansteigt) nicht die Abhängigkeit der EU-Mitgliedsstaaten von russischem Erdgas verringern, sie trägt aber zumindest dazu bei, dass sich die Abhängigkeit

nicht um zusätzliche 31 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr erhöht. In Anbetracht dessen, dass Russlands neue Megapipelineprojekte South Stream und Nord Stream, die gemeinsam mit einzelnen EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt werden, jährlich etwa 120 Mrd. m³ Erdgas in die Europäische Union befördern werden, ist das von Nabucco beförderte Erdgas ein Tropfen auf den heißen Stein der Importdiversifizierung. Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass die Alternative zu russischem Erdgas, die sich die beteiligten Energiekonzerne und Staaten und die Europäische Union derzeit leisten können - nämlich die Nabucco Pipeline - etwa 8 Mrd. Euro kostet. Mit der 50%-Beteiligung am Central European Gas Hub und der Verlängerung der South Stream Pipeline liegt es wiederum umso mehr im vitalen Interesse Russlands, für einen reibungslosen Ablauf der Erdgaslieferungen nach Mitteleuropa zu sorgen. Die Frage, die sich für die Symmetrie der Vorteile im Interdependenzverhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland stellt, ist, welche Seite mit größerem Erfolg seine Diversifizierungsstrategien umsetzen kann und welche dabei ins Hintertreffen gerät. Erst wenn es einer Seite gelingt, eine wirtschaftlich rentable Energiehandelspartnerschaft mit anderen Staaten zu etablieren, könnte die Balance der Vorteile ins Wanken geraten. Ob eine Seite Alternativen zum bestehenden Interdependenzverhältnis hat bzw. schnell findet oder nicht und wie kostspielig diese Alternativen sind, wirkt sich, so Keohane und Nye auf die „Vulnerabilität“ (vulnerability) der Akteure aus. Der Akteur mit den günstigeren Alternativen ist weniger verletzlich und hat im Interdependenzverhältnis die Position des Mächtigeren.

Russlands Volkswirtschaft und politische Stabilität sind, wie Kapitel II ausführt, stark von *einem* Exportprodukt, nämlich Erdgas abhängig. Des Weiteren wird dieser Rohstoff in erster Linie in die Europäische Union exportiert, weshalb eine weitere Abhängigkeit Russlands von dieser Exportregion festgestellt werden kann. Diese Umstände führen zu einer ausgeprägten Vulnerabilität Russlands. Die Kosten, die für eine Exportdiversifizierung durch die Erschließung des ostasiatischen Abnehmermarktes aufgewendet werden müssen, sind äußerst hoch. Zwischen Russland und den Staaten China, Japan und Süd Korea besteht noch keine Pipelineinfrastruktur, entlang derer neue Pipelines kostengünstig gebaut werden können. Auch die Möglichkeit des Transports mittels Flüssiggastankern ist im Vergleich zum Pipelinetransport nach Europa derzeit noch kostenintensiver. Hinzu kommt, dass die Abnehmerstaaten der Europäischen Union den höchsten Preis für russisches Erdgas bezahlen. Im Hinblick darauf bleibt abzuwarten, wie sich der steigende Energiebedarf Chinas auf die bestehenden Erdgashandelsstrukturen zwischen der Europäischen Union und Russland auswirken wird. Noch plant bzw. baut Russland in Zusammenarbeit mit einzelnen EU-

Mitgliedsstaaten neue Pipelines (South Stream und Nord Stream) in die Europäische Union, doch wenn Chinas Energiehunger weiter steigt und sein Umstieg von Kohle auf Erdgas voranschreitet, wird es möglicherweise gezwungen sein, seine bisherigen Versorger wie Australien oder Indonesien (<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/china-kauft-gas-in-australien;2447271>; 10.08.2010) durch Russland zu erweitern. Auch wenn sich westliche Medien vorwiegend auf die Planung von South Stream und Nord Stream konzentrieren, ist die Diversifizierung von Exportmöglichkeiten Richtung Osten für Russland ein Vorhaben, an dem intensiv gearbeitet wird.

Gleichzeitig müssen vor allem die ost- und mitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten Wege finden, mit ihrer Vulnerabilität gegenüber Russland zu Recht zu kommen, die sich angesichts der beiden neuen russischen Pipelines in die Europäische Union und Russlands ambitionierten Projekten im ostasiatischen Raum erhöht. Die Gaskrisen haben gezeigt, dass Versorgungsausfälle, die nicht einmal im Interesse Russlands sind, tatsächlich passieren können und negative Auswirkungen auch innerhalb der Europäischen Union haben. Die Europäische Kommission forciert deshalb die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten bei Energieengpässen und unterstützt das Nabucco Pipelineprojekt, das die Erdgasquellen der ost- und mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten diversifizieren soll und generell den neuen Importraum des Kaspischen Meeres erschließen wird. Auf Grund der Alleingänge einzelner Mitgliedsstaaten, die die russisch-europäischen Projekte South Stream und Nord Stream gegen den Willen anderer Mitgliedsstaaten vorantreiben, wurden die ersten Keime einer gemeinsamen EU-Energiepolitik auf eine harte Probe gestellt. Nabucco musste verkraften, dass lange Zeit Uneinigkeit seitens der Europäischen Union darüber herrschte, ob das Projekt unterstützt werden soll oder nicht. Heute unterstützt die Europäische Union Nabucco und es kann damit gerechnet werden, dass im Jahr 2012 mit dem Bau der Pipeline begonnen werden kann.

III.4. Sensibilität zwischen der Europäischen Union und Russland

Mit „Sensibilität“ (sensitivity) wiederum wird beschrieben, wie schnell sich ein Akteur auf Veränderungen einrichten kann und wie viel die Anpassung kostet. Ebenfalls entscheidend ist, welcher der Akteure eher in der Lage ist, bestehende Regeln zu verändern. (Keohane/Nye 1977; 12 f.)

Die Sensibilitätsdimension zwischen der Europäischen Union und Russland kann mit der Frage nach der kurz- und langfristigen Verfügbarkeit von Alternativen zum bestehenden Verhältnis aufgerollt werden. Die beiden Gaskrisen in den Jahren 2006 und 2009 ließen die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten ihre starke Abhängigkeit vom Versorger Russland bewusst werden. Die Versorgungsausfälle, die 4 Tage (2006) bzw. 11 Tage (2009) andauerten, hatten tatsächlich Auswirkungen in „18 europäischen Ländern“, darunter unter anderem die EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien, Slowakei, Ungarn, die am stärksten in der Europäischen Union betroffen waren. (http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/444884/index.do?_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/441630/index.do&direct=441630 ; 12.09.2010 und <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20090202STO47914+0+DOC+XML+V0//DE>; 12.09.2010) Auf Grund zu geringer Gasspeicherkapazitäten waren diese Länder nicht ausreichend für Versorgungsausfälle ausgerüstet. Auch von der Europäischen Union entworfene Solidaritätspläne konnten nicht ausreichend umgesetzt werden. Gegen Ende der Krise veröffentlichte die Europäische Union eine Pressemitteilung, in der sie das Krisenmanagement der Industrien der betroffenen Länder zusammenfasste: Erdgas aus Deutschland wurde durch Tschechien in die Slowakei, sowie über Österreich nach Ungarn, Slowenien und an Staaten des Balkans befördert und Großbritannien erhöhte seine Erdgasproduktion und seinen Export an den Kontinent. (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/75&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>; 12.09.2010) Während die Europäische Union in öffentlichen Statements ein Funktionieren der Solidarität unter den Mitgliedsstaaten konstatierte, wurde auch heftige Kritik am Reagieren bzw. Nicht-Reagieren der Europäischen Kommission geübt. Russland-Experte Gerhard Mangott etwa machte auf Probleme innerhalb der Europäischen Union aufmerksam, die die Krise verschärften. Zum einen sind die Folgen der Versorgungsausfälle Resultat der Vergangenheit, in der sich die Europäische Union viel zu sehr auf eine Quellendiversifizierung- und nicht auf eine Importroutendiversifizierung konzentriert hat. Zum anderen konnte keine effiziente unmittelbare Reaktion auf die Versorgungsausfälle von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten organisiert

werden. Vorerst wurde der Konflikt zwischen Gazprom und dem ukrainischen Energiekonzern Naftogaz Ukrainy als „Handelsstreit“ eingeschätzt und nicht reagiert. (<http://www.gerhard-mangott.at/?p=824>; 13.09.2010) In Wirklichkeit war der politische Hintergrund des Streits wohl allen bewusst. – Und ebenso hätte klar sein müssen, dass der Streit zwischen Russland und der Ukraine politische Vermittlung erforderte. Nach Einschätzungen von Gerhard Mangott war Tschechien mit seiner Ratspräsidentschaft zum damaligen Zeitpunkt überfordert und nicht in der Lage, ein geschlossenes Auftreten der Europäischen Union zu organisieren, die sich mit einer „Bedrohung der elementaren Sicherheit der Mitgliedsstaaten in der Energieversorgung“ konfrontiert sah. (ebd.)

Das zeigt, dass die Sensibilität einzelner Mitgliedsstaaten bei plötzlich auftretenden Versorgungsausfällen sehr hoch ist. Pläne für eine Reduktion dieser Importabhängigkeit sehen langfristige Importdiversifizierungen vor. Nabucco ist ein Projekt, das zu diesem Zweck von der Europäischen Kommission unterstützt wird. Doch auch dieser Schritt in Richtung Verringerung der Sensibilität gegenüber Russland und der Ukraine ist äußerst langwierig in seiner Planung. Offiziell fanden im Jahr 2002 zum ersten Mal Gespräche zwischen OMV, Botas, MOL, Transgaz und Bulgargaz statt; im Jahr 2004 wurde von diesen Konzernen die Nabucco Gas Pipeline Internationale GmbH gegründet. Bis dato ist dennoch unklar, wann Nabucco tatsächlich umgesetzt wird.

Russland und Gazprom reagieren wesentlich schneller und zielstrebiger. Kurzfristig wurden Verhandlungen mit der Ukraine auf höchster politischer Ebene eingeleitet und ein Treffen zwischen Premierminister Wladimir Putin und der ukrainischen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko in Moskau organisiert. Ergebnis der Verhandlungen war die Ausarbeitung neuer Lieferverträge in denen sich die beiden Streitparteien über den Erdgaspreis einigten. Somit konnte auch ohne eine effiziente Vermittlung, jedoch auf Druck der Europäischen Union eine Einigung erzielt werden. (http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/444349/index.do?_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/441630/index.do&direct=441630;

12.09.2010) Gazprom setzt, indem es Erdgasfelder im Osten Russlands erschließt und konkrete Pläne für Flüssiggastransporte nach Süd-Ost-Asien vorantreibt, seine Exportdiversifizierung in die Tat um. Gleichzeitig erhöht es die Importabhängigkeit der Europäischen Union durch den Bau von Nord Stream und South Stream. Nord Stream hatte bis zum Baubeginn im April 2010 eine Vorlaufzeit von 5 Jahren seit der Gründung der North European Gas Pipeline Company (<http://www.nord-stream.com/de/the-pipeline/milestones.html>; 14.09.2010). Die South Stream AG wurde im Jänner 2008 gegründet. Russland scheint auf Grund seiner Unterstützung für Gazprom und einer daraus resultierenden

schnelleren Umsetzung seiner Projekte mit seiner Sensibilität gegenüber der Europäischen Union besser umzugehen, als dies die Europäische Union gegenüber Russland tut. Dennoch sind die Kosten für diese Reaktion in Form von South Stream enorm: Der Bau der Pipeline soll zwischen 19 und 24 Mrd. Euro kosten. (<http://www.spiegel.de/international/business/0,1518,625697,00.html>; 15.09.2010)

III.5. Vulnerabilität gegenüber Pipelinetransitstaaten

Vulnerabilität kann aber nicht nur im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland festgestellt werden. Das erste Kapitel (Energiepolitische Rahmenbedingungen für Nabucco und South Stream) zeigt deutlich, dass Pipelinetransitstaaten ein wichtiger Faktor für den Erdgashandel sind.

Die Pipelineprojekte Nabucco und South Stream bringen neue Interdependenzen zwischen den kooperierenden Akteuren hervor. Eine zusätzliche Vulnerabilität gegenüber Transitstaaten wird aber praktisch vermieden. Während der beiden Gaskrisen 2006 und 2009 wurden sowohl die Verletzbarkeit der Abnehmerstaaten, als auch die des Exportstaates Russland deutlich. 78% der russischen Erdgasexporte in Richtung Europa verlaufen durch die Ukraine. (<http://derstandard.at/1231151101773/Die-Gaskrise-und-das-Versagen-der-EU>; 27.04.2010) Auf beiden Seiten verursachte die Tatsache, dass eine derart große Menge Erdgas am Weg von Russland nach Europa ein politisch instabiles Land wie die Ukraine durchquert, im Streitfall hohe Kosten. Die Europäische Union machte unter anderem in einem Pressestatement anlässlich der russisch-ukrainischen Gaskrise im Jänner 2009 auf die „Mehrkosten“ der „notwendigen Anpassungen“ aufmerksam, mit denen auf die Versorgungsausfälle reagiert wurde. (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/75&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>; 12.09.2010) Diese Verletzbarkeit wurde erst durch historische Veränderungen ausgelöst. Zu Zeiten der Sowjetunion, in denen sich die politische Führung der Sowjetrepubliken 100%ig nach Moskau ausrichtete und Russland autoritäre Macht ausüben konnte, war ein Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine äußerst unwahrscheinlich. Da sich die unabhängige Ukraine aber in den vergangenen Jahren politisch westlich – vor allem an den USA unter der Präsidentschaft George W. Bushs – orientierte und sich die Abhängigkeit des Landes von Russland verringerte, kam es in Bezug auf russische Erdgaslieferungen an die Ukraine und den Erdgastransit zu einem Kampf um Einflussverlust und Einflussverringerung zwischen

Russland und der Ukraine. Die einseitige Abhängigkeit der Ukraine wandelte sich in den vergangenen Jahren immer mehr zu einer Interdependenz zwischen den beiden Staaten.

Bei der Frage um Macht ergab sich in der Gasstreitsituation folgende Abhängigkeitskonstellation:

- Russland: abhängig von den finanziellen Einnahmen der Gaslieferungen in die Europäische Union.
- Die Ukraine: zu 100% abhängig von russischem Erdgas und erzeugt einen großen Teil seiner Energie aus diesem Rohstoff.
- Die Europäische Union: östliche Mitgliedsstaaten (Bulgarien, Estland, Finnland, Lettland und Litauen) sind zu 100% von russischem Erdgas abhängig. Mehr als $\frac{3}{4}$ des russischen Erdgases, das nach Europa geliefert wird, passiert die Ukraine.

Bei der Planung der South Stream und der Nord Stream Pipeline wurde von Russland und seinen EU-europäischen Partnern deshalb bewusst auf Transitländer verzichtet und die Leitungen am Meeresgrund verlegt. South Stream und Nord Stream verringern das Gewicht der Ukraine als Nadelöhr im Gastransit. Die beiden Pipelines sind für die beteiligten Akteure die Antwort auf die Verletzbarkeit, die nach Nye und Keohane nach Alternativen und den Kosten von Alternativen fragt. Nye und Keohane gehen davon aus, dass eine Änderung der Policy stattfindet, die Alternativen anpeilt. Die früher von Russland ausgehende Policy, die einen Pipelineverlauf durch die Ukraine vorsah, basierte auf dem Umstand, dass es sich bei der Ukraine um eine Moskau-treue Sowjetrepublik handelte. Die gravierenden politischen Veränderungen in der Ukraine der vergangenen Jahre und die damit einhergehenden Gaskrisen zwischen den beiden Ländern, erforderten eine Policy-Änderung. Die Pipelineroutenplanung für zukünftige Projekte zwischen Russland und Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wird heute darauf ausgelegt, keine Transitstaaten zu durchqueren. Die Kosten dieser Policy-Anpassung sind hoch: Der Pipelinebau am Grund des Schwarzen Meeres (South Stream) und des Baltischen Meeres (Nord Stream) ist wesentlich teurer als ein Pipelinebau entlang bereits bestehender Routen.

Die Nabucco Pipeline wird aber dennoch nicht gänzlich ohne Transitstaaten auskommen, die sich außerhalb der Europäischen Union befinden. 2730 km ihrer Gesamtlänge von 3300 bis 4000 km werden durch die Türkei verlaufen, die durch den Energiekonzern Botas direkt am Projekt beteiligt ist. Diese Beteiligung an den zukünftigen Einnahmen von Erdgastransportkunden lassen die Wahrscheinlichkeit, dass die Türkei nicht größtes Interesse an einer reibungslosen Abwicklung der Transporte hat, äußerst gering erscheinen. Wie verlässlich dieser Staat als Pipelinetransitland ist, lässt sich auch mit Hilfe der derzeit schon

existierenden Energiebeziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei einschätzen. Die Türkei ist heute bereits ein wichtiges Transitland für Erdgas, das von Russland in die Europäische Union befördert wird (Blue Stream Pipeline) und ein Gashub. Jerome Pons von der EU-Delegation in Baku hebt ebenfalls den starken Willen der Türkei hervor, mit der sie sich als wichtiger Gas Hub zwischen der Russland und dem Kaspischen Raum auf der einen, und der Europäischen Union auf der anderen Seite profiliert. Mit der Nabucco Pipeline wird die Türkei für die Europäische Union und seine Energieversorgung noch weiter an Wichtigkeit gewinnen. Möglicherweise könnte diese Intensivierung der Energiebeziehungen der Türkei einen Weg in die Aufnahme in die Europäische Union eröffnen.

Konklusion und Verifizierung der Hypothesen

Die Projekte South Stream und Nabucco veranschaulichen deutlich die Möglichkeiten und die Grenzen der Europäischen Union bei der Gestaltung und Umsetzung einer gemeinsamen Energiepolitik. In Bereichen wie der Energieversorgung, in denen alle Mitgliedsstaaten dasselbe Interesse an Versorgungssicherheit haben, stellt sich die Frage, inwieweit die Europäische Union die Rolle als Interessenskoordinator und –vertreter einnimmt und in Zukunft einnehmen wird. Dabei muss beachtet werden, wie weit sich die Europäische Union von nationalen Partikularinteressen und (mitunter parteipolitisch motivierten) Präferenzen lösen und unabhängig machen kann und sich die politischen Akteure – wie dies bereits in der Europäischen Kommission der Fall ist – der Gemeinschaft verschreiben. Die derzeitige Struktur der Europäischen Union hängt stark von 27 verschiedenen Kräften ab, die oft auseinanderstreben, anstatt gemeinsame Ziele zu definieren und verfolgen. Die langwierigen Entscheidungskämpfe um den Bau von Nabucco und South Stream (sowie Nord Stream) sind Beispiele dafür. Im Bereich der Energiepolitik bemüht sich die Europäische Kommission als unabhängiges, weisungsungebundenes Organ um eine *gemeinsame* Energiepolitik der Mitgliedsstaaten, die auch gegenüber Partnern wie Russland mehr Gewicht und Standfestigkeit verleihen soll. Nabucco und South Stream demonstrieren jedoch deutlich, wie die Entscheidungsmacht in energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Prozessen (noch?) aufgeteilt ist. Während die Europäische Union als Staatengemeinschaft mit dem Entwurf einer gemeinsamen Energiepolitik beschäftigt ist, agieren Staaten und transnational tätige Konzerne hingegen als die stärksten Kräfte im Akteursgefüge im Energiehandel. Zwischen ihnen besteht bei der Umsetzung von Pipelineprojekten eine sich zwangsläufig ergebende Interdependenz. Denn keiner wäre ohne die Arbeit des anderen in der Lage, grenzübergreifende Pipelineprojekte zu realisieren.

Die Sicherstellung der ausreichenden Energieversorgung in der Gegenwart und die Entwicklung neuer Energiequellen, die einen steigenden Energieverbrauch in Zukunft decken können, liegen in der Verantwortung des Staates. Ebenso liegt es in der Verantwortung eines exportorientierten Staates seine Rohstoffförderung, von dessen Einnahmen er abhängig ist, so produktiv wie möglich zu gestalten. Als *ausführende* Akteure agieren private, teilstaatliche und staatliche Energiekonzerne, die in ihrem eigenen Interesse versuchen, ihre wirtschaftliche Leistung zu steigern und ihre Einnahmen zu erhöhen. Aus dieser Motivation heraus entstanden auf wirtschaftlicher Ebene die Projekte Nabucco und South Stream, für deren

Planung und Umsetzung sich Energiekonzerne grenzübergreifend zur Nabucco Gas Pipeline International GmbH bzw. zur South Stream AG zusammengeschlossen haben. Auf politischer Ebene wurden, wie Kapitel 1 ausführt, unterschiedlich stark und rasch Bemühungen darangesetzt, zwischenstaatliche politische und rechtliche Rahmen zur Umsetzung der Projekte herzustellen. Während die South Stream Pipeline, die von Gazprom und Eni ins Leben gerufen wurde, sowohl von russischer, als auch von italienischer Seite bereits auf höchster politischer Ebene verhandelt und unterstützt wurde, dauerte es für die Nabucco Gas Pipeline International GmbH länger, politische Schubkraft zu erhalten. Mit dem Nabucco Intergovernmental Agreement, das im Juli 2009 von den beteiligten Staaten unterzeichnet wurde, hat Nabucco nach Jahren der Ungewissheit, notwendige rechtliche und politische Sicherheiten erhalten. Die Schwierigkeiten für Nabucco sind aber noch nicht überwunden. Während es für South Stream und Nord Stream klar ist, dass die beiden Pipelines mit russischem Erdgas gespeist werden, ist Nabucco als eine Pipeline konzipiert, bei der die Betreiber Transportvolumen von Kunden befördern werden. Das bedeutet natürlich, dass Kunden gefunden werden müssen. Des Weiteren sind die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres ehemalige Sowjetrepubliken, in denen sich Russland schon seit Jahrzehnten intensiv politisch und wirtschaftlich engagiert und in Infrastruktur investiert. China ist ebenfalls dabei, mit Investitionen im turkmenischen Erdgassektor Fuß zu fassen. Die Europäische Union müsste also auch neben den 8 Mrd. Euro Pipelineerrichtungskosten in die veraltete Erdgasinfrastruktur vor Ort investieren, um Nabucco Erdgas zuführen zu können. (<http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/gasexperte-mangott-bei-nabucco-fehlt-die-kostenwahrheit-387723/index.do>; 10.08.2010) Ebenfalls eine Hürde für die Europäische Union, die mit Nabucco den kaspischen Raum erschließen möchte, ist das von der Europäischen Union verhängte Investitionsverbot am iranischen Erdgas- und Erdölsektor. (http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=317935&DstID=0&titel=Aktueller,Stand:,Sanktionen,gegen%C3%BCber,dem,Iran; 11.08.2010) Russland wiederum profitiert von seinen Energiebeziehungen mit diesem enorm erdgasreichen Land und davon, dass der Iran am europäischen Erdgasmarkt praktisch keine Konkurrenz darstellt. (<http://www.gerhard-mangott.at/?p=1264>; 23.04.2010) Wladimir Putin brachte die Situation der Europäischen Union und Russlands Rolle für den Erdgasimport im April 2008 in seiner Amtszeit als Präsident folgendermaßen auf den Punkt: „(...) die Länder, die in der Lage sind, Europa mit den nötigen Volumen an Energieressourcen zu einem wettbewerbsfähigen Preis zu versorgen, können an den Fingern einer Hand abgezählt werden. Ich denke, dass unser Angebot der optimale und wettbewerbsfähigste Vorschlag ist.“ (<http://archive.kremlin.ru/>

eng/speeches/2008/04/29/1242_type82914type82915_164659.shtml; 17.08.2010) Putin zeigt mit Aussagen wie dieser zum einen die Vulnerabilität der Europäischen Union in den Erdgasbeziehungen zu Russland auf, zum anderen signalisiert er damit die große Bereitschaft Russlands, für die Erdgasversorgung der Europäischen Union eine noch wichtigere Rolle spielen zu wollen. Im Folgenden soll die Verifizierung der Hypothesen (S. 6) noch genauer auf die Interdependenzen zwischen der Europäischen Union und Russland eingehen.

Verifizierung der Hypothese

Die 1. Hypothese geht von energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Interdependenzen zwischen der Europäischen Union und Russland aus, die sich sowohl auf den derzeit bestehenden Erdgashandel, als auch auf die geplante South Stream Pipeline beziehen. Dies bestätigt die Arbeit, indem sie zeigt, dass Russland und die Europäische Union füreinander die wichtigsten Erdgashandelspartner sind. 42% der Erdgasimporte in die Europäische Union stammen aus Russland. Gleichermäßen wichtig für Russland ist auch die Europäische Union als Abnehmermarkt: 64% des russischen Erdgases werden an EU-Mitgliedsstaaten exportiert. Die South Stream Pipeline wird diese intensiven Erdgashandelsbeziehungen noch verstärken, da sie bei Volllast etwa 60 Mrd. m³ Erdgas jährlich transportieren kann. Diese wirtschaftlichen Beziehungen sind für beide Seiten von enormer Bedeutung: Für die Europäische Union geht es um die Versorgung mit einer der wichtigsten Energiequellen, für Russland um Milliardeneinnahmen für seinen Staatshaushalt. Veränderungen in diesen Beziehungen haben massive Auswirkungen auf die Volkswirtschaften Russlands und der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.

Innerhalb dieses kooperativen Verhältnisses werden tatsächlich Interessensdivergenzen aufgeworfen, die die Akteure zur Suche nach alternativen Beziehungen veranlassen. Bei den in der Arbeit ausgeführten Interessensdivergenzen geht es um die von beiden Seiten als negativ empfundenen Abhängigkeiten vom jeweils anderen am Erdgassektor. Diese aufgeworfenen Divergenzen gehen also aus den bestehenden Beziehungen nur indirekt und nicht etwa aus Streitigkeiten im Rahmen der Zusammenarbeit hervor. Die Interdependenztheorie nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye bietet für die nach mehr Unabhängigkeit strebenden Energiepolitiken passende Erklärungsansätze. In diesem, auf Gegenseitigkeit beruhenden Abhängigkeitsverhältnis liegt es, wie auch die Hypothese annimmt, im Interesse beider Seiten, ihre Abhängigkeit vom Handelspartner zu verringern und die des jeweils anderen zu erhöhen.

Wie die Arbeit jedoch zeigt, muss an dieser Stelle wiederum zwischen den Energiepolitiken einzelner EU-Mitgliedsstaaten und der EU-Energiepolitik, wie sie von der Europäischen Kommission entworfen wird, deutlich unterschieden werden. Sowohl die Europäische Kommission, als auch Russland sind bemüht, die Import- bzw. Exportabhängigkeit vom Handelspartner durch Diversifizierungsstrategien zu verringern. Die Europäische Kommission unterstützt deshalb auf politischer Ebene, aber auch finanziell die Verhandlungen im Rahmen der Planung der Nabucco Pipeline, die Erdgas aus einer *neuen* Exportregion nach Europa bringen wird. Nabucco wird als ein wichtiger Schritt in Richtung Importdiversifizierung wahrgenommen. Für einzelne Nationalstaaten hingegen stehen gute und konkurrenzfähige Erdgasgeschäfte an sich und weniger eine Importdiversifizierung im Vordergrund ihrer Interessen. So ist es auch zu erklären, dass Länder wie Österreich oder Bulgarien sich sowohl an der Nabucco-, als auch an der South Stream Pipeline beteiligen möchten.

Russland auf der Anbieterseite ist natürlich immer noch vorrangig am lukrativen Abnehmermarkt der Europäischen Union interessiert, weshalb es auf politischer Ebene die Planung der South Stream Pipeline vorantreibt und damit seinen Anteil am europäischen Erdgasmix weiter erhöht. Um jedoch nicht ganz von diesem Markt abhängig zu bleiben und seine Erdgaseinnahmen weiter zu steigern, erschließt Gazprom Erdgasfelder in Ostsibirien, die Volumen für den chinesischen, koreanischen und japanischen Markt bereitstellen sollen. Diese Exportdiversifizierung wird vom russischen Staat durch eine Bevorzugung Gazproms bei der Vergabe von Explorations- und Transportlizenzen unterstützt. Die Hypothese, der zufolge beide Seiten um eine Verringerung ihrer Vulnerabilität und Sensibilität bemüht sind, trifft, wie auch Kapitel III ausführt, zu.

Die 2. Hypothese geht davon aus, dass Russland besser in der Lage sei, seine energiewirtschaftlichen Interessen im Erdgashandel umzusetzen. Die Hypothese führt dies auf den Gegensatz zwischen der Homogenität der russischen Energieinteressen und der Heterogenität innerhalb der Energieinteressen der Europäischen Union zurück. Tatsächlich zeigt Kapitel I der Arbeit, dass zwischen der offiziellen Energiepolitik der Europäischen Union und den realen Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten Unterschiede erkennbar sind. Zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union herrscht, wie die langen Vorlaufzeiten für die Pipelineprojekte Nabucco und South Stream, sowie Nord Stream verdeutlichen, Uneinigkeit am Gebiet der Energiepolitik. Letztendlich waren es, wie es auch Jerome Pons von der Europäischen Delegation in Baku verdeutlichte, *bilaterale* Abkommen zwischen Abnehmer- und Anbieterstaaten, die das Nabucco Pipelineprojekt konkretisierten. Die

Europäische Union fungierte in diesem Prozess als treibende, nicht aber als entscheidende Kraft. Die Planung der South Stream Pipeline wird ebenfalls von *bilateralen* Abkommen zwischen Russland und einzelnen EU-Mitgliedsstaaten (allen voran Italien) getragen.

Obwohl es noch nicht zur Umsetzung einer gemeinsamen EU-Energiepolitik gekommen ist, herrschen zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten dennoch *Interdependenzen*. Diese offenbaren sich dann, wenn staatenübergreifende Projekte wie Nabucco oder South Stream umgesetzt werden sollen. Die Interdependenzen treten auf jenen politischen und wirtschaftlichen Ebenen auf, die die Akteure zur Kooperation zwingen. Das heißt also, dass verschiedenste Akteure einander brauchen, um eine Pipeline – zu *annehmbaren Kosten* (also ohne große Umwege) – von Russland bzw. vom Kaspischen Meer nach Europa bauen können.

Gazprom und Russland sind hingegen tatsächlich in der Lage, gemeinsam zum Vorteil der russischen Volkswirtschaft und des Staatshaushaltes zu handeln. Dies gilt sowohl auf innerstaatlicher Ebene, auf der der russische Staat Gazprom mit Aufträgen versorgt und seine Vormachtstellung sichert, als auch auf internationaler Ebene, auf der geschlossenes Auftreten bei Verhandlungen mit Handelspartnern beobachtet werden kann. Ermöglicht wird das geschlossene Auftreten des russischen Staates und Gazproms durch die enge Verflechtung der beiden, durch die sich gemeinsame Interessen und Interdependenzen ergeben. 50,002% des Konzerns sind in staatlicher Hand, einer der beiden Vizepremierminister ist immer auch Vorsitzender des Gazprom- Ausschusses und im Jahr 2009 trug Gazprom fast 10 Mrd. zum Staatsbudget bei.

Diese intensive Verbindung und einheitliche Stoßrichtung machen es Russland und Gazprom leichter als der Europäischen Union und der aus sechs verschiedenen Anteilseignern bestehenden Nabucco Gas Pipeline International GmbH, Projekte zu verhandeln, zu planen, zu realisieren und von ihnen zu profitieren.

Anhang

Transcription, Interview with Mr. Jerome Pons, Head of Political, Economics and Press & Information Section at the Delegation of the European Union to Azerbaijan in Baku, 07.10.2010

Astrid Albrecht: On the delegation's website I have read that one of the delegation's tasks is to promote the political and economic relations between Azerbaijan and the European Union. Could you please give me an overview of the delegation's work concerning the promotion of EU energy policies in Azerbaijan?

Jerome Pons: Yeah; I can do that. Alors... Basically, what we are trying to do here is to make sure that our energy relations with the government, with Azerbaijan continue and we are trying to assist with the reform of grading of the legal and even technical system here, so that we basically we have a better connection between the EU system and the Azerbaijani system. Okay? This is the point. We want to maintain our relations. You know, 95 I guess 95% of the export of this country are all gas related and the majority of this goes to the EU. The big majority of that, I would say at least 70%. Okay? So we want that to continue. We want the oil and gas from this country to go to the EU. It's what we have in our energy policy in the EU: It's about diversification. I don't want to give you too much detail on that but as you know we want diversification of routes and resources. We have projects with the north part of Europe – Norway – with the Russians, with Algeria, or lets say with the north part of Africa, with the Caucasus region and the Caspian, which is basically the only one, which provides both new routes through Turkey more or less and the Black Sea as well, but you know that new corridor as a new route and as a new resource. In terms of gas, we don't have much of gas at this point that goes into Europe. So the plan is within the next... well starting in five, six years we will have gas from Azerbaijan and soon after we hope we have gas from the Caspian region – so Turkmenistan basically. That's the idea and that's what we promote here.

A.A.: So you said that 70% are going to the European Union...

J.P.: Probably yes but this needs to be verified.

A.A.: ... and the rest is transported to Russia or...

J.P.: Ah, the rest. We are mainly talking about oil. So oil is sold on the international market, so where it goes, it's really up to the buyers but small amounts go to Russia, small amounts go to Iran, Georgia – they provide a lot to Georgia. You have part of it that goes to Turkey – especially gas goes to Turkey. But it also goes further down. You have gas that goes to Israel, you have gas to Lebanon, you have even gas that goes to Egypt somehow. Quantities are small but you know, it's just a little bit that goes everywhere. And for oil its clearly that Italy is buying a lot of the oil here. I think 60% goes to Italy. They have a big factory there to refine the crude oil and a lot is going to there. So that's more or less where we are. So we are important for them and they are somehow starting to be important for us as well.

A.A.: My research has shown that the independent European Commission seems to be the greatest force behind a common European energy policy. In every other institution of the European Union, we see political actors trying to follow the particular interest of the member states. Would you approve this estimation?

J.P.: Yes, clearly, we have developed a new policy for the EU. I mean simply look at our European policy. We had nothing ten years ago and we have now a very good progress in terms of unification, in terms of our policies within the EU. Look at the renewable energy, look at the climate change package. Europe 20-20-20. This is all EU initiative. It's about energy – and yes, I believe that we are the driving force. That's very true but as you know the driving force needs the push and the support of member states and all these policies we have. So we push and the follow. So to some extent it's still a European Union approach. There is no question about that.

A.A.: What are the main obstacles the European Union has to face on its way to a common internal and external energy policy?

J.P.: Ahm, I am only talking about Azerbaijan, no? Because I have no competence in the overall... this is the question you should ask the European Commission in Brussels. Because it's their job to look at the internal market of the EU. I know the basics of it but I am not competent to answer this kind of detail. But in relation to third countries like Azerbaijan, you clearly have private sector competition to access the same resources. It is as simple as that. In Azerbaijan you have a big field of oil and gas with big companies from the EU that have... that are... ah to make it simple that are contracted by the government here to do the exploration and to do all the logistic, all the transportation of the oil and the gas and this will continue in the future. The government is looking for partners to develop its gas field now because everything is about oil today – so soon a lot will become about gas – and really a lot. This is happening now, this is happening in the next six month, probably in a year. You will have government agreements with consortiums of companies of which EU companies are a part of – you have British Petrol, you have Total as a part of big companies doing the exploration of gas. And then of course you have the transportation part. Plenty of companies are buying the gas – I mean you can name it. There is a lot coming from Netherlands, coming from France, from Austria, from Germany. All these companies are interested in the gas, but there is only one volume of gas, so there is a competition to buy that volume of gas. So as far as harmonisation is concerned competition is at the limit at this point of time. It's good for the EU, it's good for Azerbaijan that there is a competition to buy the gas. What we have to get in the day is gas that goes to the EU. But the economic... the commercial rationality has to be there. You want the gas but you also want the gas for the best price. So that may not look as harmonisation. But harmonisation is not about the EU saying we buy the gas and that's it. Harmonisation is to say, look we want the gas to go to the EU, we want to get the best price for the consumer in Europe and for Azerbaijan therefore we want EU competition to buy the gas from here. And it's not only to buy the gas it's also to transport the gas. Where there is no competition as such in the exploration of gas because the government has agreed that the same consortium that did the work for the oil will continue gas. – No actually it's not true. The same consortium that did the gas already from the same pocket of gas which is called Chardonise [?] that has started while ago... it will continue and the next base of Chardonise [?] II – we call it like that – base II – will be explored by the same companies. This is the idea. So in there you don't have competition at this point in time because it is given to the same partner – but these guys are reliable partners with plenty EU companies in it, so there is only need for the extraction. And this is really a matter of Azerbaijan to deal with – not us. For us, transport and purchase is important and on that you do have competition between EU companies.

A.A.: The European Commission supports the construction of a Southern Energy Corridor including the Nabucco Pipeline. What concrete steps does the European Commission take to make sure that Nabucco becomes real?

J.P.: We provide ... alone ... We provide political support for the overall initiative. The overall initiative is, as you rightly said is the Southern Corridor. Okay, which means going through Turkey more or less but Nabucco is only one of the initiatives there. The Commission is supporting all the EU-initiatives – Nabucco ITTGI and even TAP now. TAP is recently an EU initiative because there is a big player that just came in and made it an EU-initiative. We promote the idea politically. I mean we have been trying to... you know the difficulties of the Southern Corridor ... was to get Turkey and Azerbaijan to discuss and to agree on gas sales and gas price and gas transit costs. It has taken at least two years of discussion. We have been trying to help, we have been discussing with this side, with the Turkish side. We have been asked to mediate, we have assisted the discussion. At the end of the day, they have agreed without much of our assistance to be honest. We pushed, but the end result at the Istanbul Agreement was reached because the two parties. We pushed all along but we cannot say that it was finally pushed by the EU for them to sign. But we have been present all along trying to help because on that we have converging interests between the three partners. EU, Turkey, Azerbaijan have converging interests. Azerbaijan wants to sell to the EU that has been made very clear, Turkey wants to be a hub and wants to be used as a transit country for the EU. It's good for us for diversification. And the EU wants the gas because indeed we want diversification for the buyers in the EU. So we do have converging interests, so we have been pushing the same element into that. What we also do now to try to... as I mentioned to You, we are interested in gas from Azerbaijan... but we are also interested in the gas from the Caspian. You know that the Caspian has massive resources of gas and what we believe is that the Caspian Sea should be a conduit of gas. It should not be a blockade, it should not stop anything you know. Azerbaijan is not the end of the world – the world is round and it continues. So we want that gas from Turkmenistan goes to Europe. So we are trying to assist in the discussion now between Turkmenistan and Azerbaijan to try to get some of the Turkmen gas to shift from the north, because some of them is going from Turkmenistan to Russia and from the south, because some of them is going to Iran and from the east because quite a bit is going to China now ... they have opened that pipeline in September...

A.A.: ... But this is an oil Pipeline, isn't it...

J.P.: This is oil but there is gas behind as well. And it's complicated because it's also a... the exploration is really in the east part of Turkmenistan. So before you get Turkmen gas to go to our side you have to get more gas from the Caspian and that is very complicated to get out. But there is an interest to get it out and there is an interest to ship it to the EU. It's not as obvious as that, it's not announced as that but we have some elements to believe that even the Turkmen who are politically sometimes difficult to understand, will be interested once we have concrete ways to get that gas from here to Europe. My view is that they are waiting for us to deliver the Southern Corridor and once that will be done, they will say, fine we are happy to join in and we are happy to give you some volume of gas. It's not easy, it's really complicated. The trans-Caspian business is really complicated. The legal aspect of it is just difficult, the political aspect of it is probably as difficult as the legal aspect. But we are working on it, we are trying to help, we are trying to get the parties to discuss and to say, look, there may be a possibility for you so why don't you look at it a little bit more carefully and see if that can be organised? This is our assistance to try to make it happen. The quantity of gas that make happen for the EU will dictate the pipeline that we need for the EU. If you have 10 bcm from here you need 10 bcm to go to the EU and maybe you need a forecast for

20 bcm in 10 or 15 years time. If you achieve to get 20 bcm – 10 from here and 10 from the neighbours, for example Turkmenistan – then you already need 20 bcm (pipeline capacity) now and looking right for 30 or 40 bcm in the future. So it all depends on the vision you have for the transport of gas and the future market for gas. And the market is there.

A.A.: In these days, 5 companies located in the European Union and one in Turkey work on the planning of the Nabucco Pipeline that will transport Caspian natural gas to the European Union. What role does the Delegation in Baku play in that process? Does it support those companies?

J.P.: We are trying to work on the political levels of the countries and make sure that this initiative happens but we are not supporting private companies as such. Well, ah we have given money – we have put, I believe 200 Million into Nabucco but it's more for facilitation. Facilitation for the discussion, some feasibility studies this type of thing, but... 200 Million may look a little bit like money but it's not. The project itself is estimated 7 to 8 Billion. Some people say that it will be much more than that because it's really complicated project. The industry will tell you easily that it's probably to the 15 Billion that makes a lot of lot of private sector investment and this is what it is: private sector investment. What we provide is political support - to that but also to ITTGI, to TAP, to all the others. The idea is that once a European company puts money into a country, then we have to help out maintaining a good relation with that country making sure that this money is not lost. It is as simple as that. As far as Azerbaijan is concerned, as you probably know, the oil investment is protected even in the constitution. That means that there is limited risk for the companies to loose their investment here and that we believe will continue in the future. This will happen. But it's important for those companies to understand that there is a political dialogue to what we stand for – transparency, including a business like approach that the market is competitive that they have access to whatever they need to make this pipeline happen – be it Nabucco ITTGI or TAP they have to have a level playing field for all of them. Our political discussion is aiming to reaching that.

A.A.: So you mentioned before that there is big competition that companies want to buy transport capacities...

J.P.: ...No, they want to buy gas, transport capacities is a different business.

A.A.: Many critics in Austria and Russia's Premier Putin doubt that the Nabucco Gas Pipeline International limited company will find enough pipeline customers (or shippers) that will buy transport capacities. As you are familiar with the economic situation of the region, how would you estimate the chance that Nabucco sells enough transport capacities?

J.P.: No, but to that I can only give you my personal opinion, which is not the Commission's opinion. The field here... the volume, the quantity of gas here is so [?] As far as I knew, Nabucco has enough buyers to buy 6 times more gas than they are able to extract. Most of the buyers are from the EU. That means that the demand in the EU is there. So if you have the demand and if you have the production, there is no question to ask. Someone will carry that gas because there is a lot of money to be made and this is the commercial rationality of that. So to me, the demand is not an issue. Companies are interested in buying and we will find a way to get it through. But where your point is right is, is that all will depend on the price, all will depend on the transport costs. And Nabucco will set some kind of a price which indeed can create some difficulties for some of the buyers or even from here to export. But this is really a commercial project. If Nabucco is not giving a good price to the people, then people

will look for alternatives. ITTGI or TAP and maybe getting a better price, which in the end of the day this is private sector competition. There is nothing we can say to that.

A.A.: As you mentioned before, Nabucco also plans to transport natural gas from Turkmenistan to the European Union in the long term. How realistic are these plans? Are there any existing routes for natural gas from Turkmenistan to Eastern Turkey?

J.P.: No, but there are plenty of plans. You know the trans-Caspian would be maybe an underwater pipe this is one option and there is a lot of discussion on shipping compressed gas. This does not exist but there have been feasibility studies to demonstrate that it is economically possible. The interest of Turkmenistan and Kazakhstan and Azerbaijan... but if it is economically viable, not everybody is happy with what it is, because it limits a lot the capacity. You really have a limited quantity of gas that you can ship it's extremely expensive and it's not the best cost effectiveness to transport the gas. But it may be an option. The political situation is difficult in the Caspian... [Phone rings].

A.A.: Russia already buys big amounts of Central Asian natural gas and China plans to import from Turkmenistan. Does the European Union actively deal with that fact or does it rely on the European companies in the run on Turkmenian gas?

J.P.: We try to get Turkmen gas to that side of the world. And if you look on the map, today it's the only side that doesn't get gas from Turkmenistan. China is interested in gas and oil. There is this initiative to build this Oriental Pipeline through Pakistan and Afghanistan, which is a very interesting initiative... well if you look at that you will believe that Nabucco is a piece of cake. It is complicated but there are initiatives and interests in these countries to get gas and oil on that side. It is our job to ensure that some of this gas goes to us. We are talking about gas, because we already have oil from Kazakhstan going to the EU. There is no issue about what the Russians are buying. They have their own arrangements and problems with the Turkmen, and they will continue having that. We know Turkmenistan has a deliberate policy to diversify and we have to accept that. What we want is to be a part of that diversification. Russia has a bit more problem, they used to buy huge quantities of gas, now they are down to very small amounts because they have been displeased by the Turkmen policy of diversification, but you know, those things go up and down, some amounts will be purchased in the future. The Russians need the gas from Turkmenistan to feed into the EU. At this point of time they would be short of gas, if they don't get it from Turkmenistan. And for them... What comes to them from the Caspian will be little compared with what will come for them from Siberia, but they need massive investment to get this gas from Siberia. So the potential is huge but they don't have the money at the moment. Therefore they have to get the gas from wherever it is or where it is available, which for the moment is also Turkmenistan. So the competition is there. Our view is simply to try to make headways for that gas also to go to Europe. It's competition. There are no other words for that, it's competition. And private companies are involved, but we are not supporting these companies getting the gas to the EU. Because this would be against private sector competition. Some Italian companies are interested, some Norwegian companies are interested. They are working on it and try the best to make the deal. Politically it's a complex set up. And the only part we have a bit of an issue is probably Iran because of the new sanctions regime and because of that gas that goes to Iran and then to Turkey. And for the moment we believe that this is only a swap. That means that it is really Turkmen gas that goes into Turkey and the same amount of gas gets out of Iran to Turkey. Somehow a swap at this point is acceptable but the new regime of sanctions may affect that. Swap used to be acceptable, but you know that things are changing. And that's it. We just have to put our attention to the new setting and see how it affects the Turkmen gas

going to Turkey. Because technically if Iranian gas goes to Turkey, it can end up in Europe without you even knowing. This is what we have to pay attention to. The pipe between Iran and Turkey is closed at the moment. But there is a reasonable pipe of 10 bcm. So as long as the same amount comes from Turkmenistan we have a swap. If you change the amount you need to explain. But 10 bcm is little compared to gas pipelines coming from Russia transporting 120 bcm. Even Nabucco – only 30 bcm. We have to compare what's comparable. And if we say that Russia doesn't like Nabucco – that's true, they have problems with Nabucco but Nabucco is not jeopardising their monopolist situation. It will not

A.A.: ...because there are also Nord Stream and South Stream...

J.P.: Yes. Even if Nabucco is coming and even it is full by 2020 that makes 31 bcm it's roughly 3 or 4% of our consumption by 2020. You will still have Russia which is massively providing us gas. Maybe 60 or 70%. So you know it's not a competition as such. But the Russians don't even like the idea of a beginning competition. So they would be happy if this was cut but it is not as simply as that. Turkey is on its way. Turkey wants to be a hub. It wants to be in competition with the Russians, however they have a very good collaboration with the Russians. So you know, all of this is very complicated. – But interesting.

A.A.: With what kind of problems does Nabucco have to deal with in the Caspian region? You mentioned before that the legal situation is difficult and I have heard that the local exploration and pipeline infrastructure is quite antiquated.

J.P.: Nabucco is about transport so they are technically not interested in the exploration and the difficulties to get that. This is not part of their game. They just have to make sure that Azerbaijan has the gas. But it is the task of Azerbaijan and not of Nabucco to get the gas out. Nabucco will only deal with the pipe and will deliver the gas to Europe. Technically it is not a simple task. It's an expansive task but other pipelines have been built and to be honest, this is an industry business. There is no specific constraint. What the need is a collaboration with the Turkish because a lot of new pipelines will be within Turkey. So they will have to organise everything. Legally speaking they have signed an Intergovernmental Agreement which basically gets all these countries to the principles of the Nabucco pipeline which is very important step. It was signed in July last year. Technically it has been done before. And they have the experience of the BTC oil pipeline, which was a huge undertaking. It was 15 years ago and it went fine. It was difficult on the daily basis but since it has started it didn't even stop – and it's running 99% of its capacity. So the work has been done before so it will be done again.

A.A.: So Azerbaijan is able to provide the exploration infrastructure also for Nabucco?

J.P.: They have promised a quantity they have said that they are able to deliver about 8 or 10 bcm. And that is what we believe that they will. The government says this is what Socar, the oil and gas company here says. BP is a big partner in that and these guys have experience. They have done it before. For us at this point it is only an industrial project which will happen and there is no specific issue. Yes, extracting the oil is very difficult because it is very deep. Probably they will have some new regulation to make sure that there is no problem at the bottom of the sea as a result of what has happened in the Gulf. But we are not talking about oil, we are talking about gas. There will be some changing in the regulation – they really have to clean up the business. But gas is really a different business. The gas is very deep in the ground but the technology is going to be better and better and here they are buying state of the art technology. This is one of the requirements of the government. They have been very

successful with the same rule when they started with the exploration of the field when the provided oil for the BTC and they will continue with gas. They really want state of the art extraction industry to come here to do a clean job, so it will happen. There is no specific issue here. They have enough companies to help out with both – the exploration and the financing of the Nabucco pipeline. So at the moment there is nothing special to report. Private companies are doing the job and the countries have achieved reasonable political understanding allowing these companies to... But it is really happening in the moment. Before you had people waiting and hoping for the best. Since June 7th everybody is busy talking to each other, trying to sign agreements ect. ect. ect. to make it happen. The exploration of Chardonise [?] will happen with 350 up to 500 different contracts. 500 contracts – big companies – thousands of lawyers. The first gas should be explored in 2015. So within 5 years all these contracts and arrangements have to be worked out. Big business.

A.A.: So you said that Nabucco will transport about 30 bcm. But this doesn't sound as if it was a big diversification.

J.P.: It is for Azerbaijan.

A.A.: But not for the European Union...

J.P.: For the EU it's a new important route. It's a step. We don't have it so everything that is new is welcome. And if you look into the very long term that means that we will demonstrate that this pipe is possible – and if that pipe is possible, and if it's financially interesting you can develop it, triple it. The reserves in the Caspian are believed to be huge enough – so there will be a way of getting the gas to the EU. The first step is important indeed.

A.A.: So are there any further plans for gas pipelines from any other country than Russia?

J.P.: You mean from here?

A.A.: Yes from here but also from somewhere else.

J.P.: The big lines come from North Africa and from North Europe, Russia and the Caspian. On the other side it would be difficult to cross the Atlantic. You have to look at the EU policy itself – on the plans for diversification. We have these five big conduit within which you have plenty of details. You look at the possible ways that pipelines can take to deliver gas first of all to Greece but then also to Italy for example for NCTGI. They are interested to deliver gas to Austria – Baumgarten ect. and on the way to drop some gas to Serbia maybe, to Moldova, to Bulgaria, to Hungary, to Rumania – and they also wanted to get gas to the Baltic countries – and they are not even on the road. But in the end of the day, people have to be reasonable and they will have to ... If they want to reach the European market they have to have access to the European market, where it can be dispatched to a lot of other countries. And on the way, they will drop some quantities. This is all what is been discussed now. How much will stay in Turkey, how much will stay in Greece, in Bulgaria, in Serbia, whatever. And the rest will go to the European market. This is more or less what is being discussed now. From the 100%-market oriented position, 30bcm would all go to the same place and would all be sold to the best buyer. To the political level of it which is all yes... But we have friends in Turkey, we have friends in Greece and we want some quantities to go to these countries because it gives Azerbaijan a political weight in these countries. Small – but you know, if they believe it's important for them, they will try to push for it. The political dimension and the private sector – the private sector wants the best price. If the best price comes from UK or Spain or

Italy, they will sell to UK, Spain or Italy. If it comes from Rumania or Bulgaria, they will sell it there. They are not interested in the political dimension of things. So there is a balance between the political level – satisfying Azerbaijan and satisfying private sector companies trying to sell their gas. It's really difficult.

A.A.: According to Russian official statements, the state and Gazprom are also working on an expansion of its liquefied natural gas technology, in order to be able to serve South-East-Asian markets. Is this a threat to the EU-Russian energy relations or has Russia enough natural gas to serve both markets in the long term?

J.P.: My personal opinion – not the official opinion of the commission. There is enough gas in Russia but LNG – this is a new, complicated and costly technology. There may be some people who see that as the future of gas – a little bit like you have tankers of oil now which sell to the UK – and before you reach the UK you decide to sell it to Spain because they pay a better price or have a higher demand. People also see that evolving for the gas but this is very long term. For the moment and for the foreseeable future, people will use pipelines. The US are changing a little bit the market at the moment because they also go a lot for this compressed gas. As you know people are looking into it seriously so it might happen. But your question is, if it is a threat. In the medium term no – in the very very long term ... I honestly think that they have enough gas to provide. Personally, I don't see that as a threat. You know technology is improving. You need less gas to provide the same amount of energy. So I don't think that it is a serious competition. But everyone is interested in LNG – even across the Caspian - they are looking into tankers now – possibilities. There are initiatives but I think it's more an industrial project than an energy policy as such. At this point in time it is very difficult to argue LNG if you look at the costs. These projects are very interesting because it is a lot of money, a lot of construction, a lot of business. But cost wise it's expensive. But you know, in countries where you need growth, you need economic development, it is always good to have a new gas compressing and decompressing plant. – On both sides of the Black sea. One in Georgia and one in Rumania and one in Hungary actually as well. And I believe that even the Bulgarians are now working on something. I don't remember if it is CNG or LNG now but I am sure they talk about gas as well. And for them it is clearly an option. You know the Istanbul Bosphorus is basically jam – it's packed with boats and the idea... You know... Pipeline in the Black Sea is a difficult business – it is possible but it is difficult as well. So if you can get boats from Georgia straight across to Bulgaria or Romania, then you don't worry with the details. If you have enough ships to commute, you will get your 2, 3 or 4 bcm a year and maybe financially it is possible. The feasibility studies say it is. But it is not the best price you get for your gas that's clear. But it is interesting – for here as well to show that Turkey is not the only option – it is the best option, I think everybody would agree. A big pipeline through Turkey would be the best option even cost wise. But what is important for Azerbaijan is to say “look we have other options... if you want to mess with us... if one day you want to create problems on this pipeline”, you know, whatever pipeline goes through Turkey “then at least you know that we are not stuck here and a few bcm will go through the Black Sea... it is an option”. But again, the amount is limited and it is expensive.

A.A.: Well then, I would like to end the interview with a personal question: What's the most exiting aspect of working for the European Union in Azerbaijan?

J.P.: Now? It is the creation of the common services. The common diplomatic services for the European Union. Cause you know, we are all changing that. Energy is very interesting here but as far as we are concerned, it is really the change in the external relations. You know that Mrs Ashton as the representative for the EU foreign policy, and then us - being from the first

of January ... we will be stuff of Mrs Ashton. So we are no more commission as such. We will be a part of the first European Union diplomatic service. External action service. This is the most exiting part for the moment, so it's not even related to that. But energy is very interesting. In the coming month, if Nabucco happens, you will really have a lot excitement about it and I have read figures, they are talking about 15 000 [or 50.000] people coming to Baku over the next five years to make the extraction and of course the transit happen. This is of course very good for the country. It brings people and development. And it also brings exposure to what we do in Europe and in the Western in general which is useful for this country as well.

Literatur

Aalto, Pami [Hrsg.]: The EU-Russian Energy Dialogue. Europe's Future Energy Security. Ashgate Publishing Limited, Aldershot 2008.

Boeckh, Andreas [Hrsg.]: Internationale Beziehungen. Band 6. In: Nohlen, Dieter [Hrsg.]: Lexikon der Politik. C.H. Beck, München 1993.

Drechsler, Hanno / Hilligen, Wolfgang / Neumann, Franz [Hrsg.]: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. Verlag Vahlen, München 2003.

Geden, Oliver / Fischer, Severin: Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Nomos, Baden-Baden 2008.

Hayes, Mark H. / Victor, David G: Politics, markets, and the shift to gas: insights from the seven historical case studies. In: Victor, David G. / Jaffe, Amy M. u.a. [Hrsg.]: Natural Gas and Geopolitics. From 1970 to 2040. Cambridge University Press. Cambridge, New York u.a. 2006.

Holtmann, Everhard [Hrsg.]: Politik-Lexikon. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 2000.

Keohane, Robert O. / Nye, Joseph S.: Power and Interdependence. World Politics in Transition. Little, Brown and Company. Boston, Toronto 1977.

Keohane, Robert O.: Power and Governance in a Partially Globalized World. Routledge. London, New York 2002.

Leinen, Jo: Das Europäische Parlament und der Vertrag von Lissabon. In: Leiß, Olaf [Hrsg.]: Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010.

Linskeseder, Michael: Perspektiven für die langfristige Bindung der russischen Erdgasreserven an die EU durch Intensivierung der politischen und ökonomischen Interdependenzen auf diesem Sektor. Dissertation Universität Wien, Wien 2008.

List, Martin: Internationale Politik studieren. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006.

Morozov, Viatcheslav: Energy Dialogue and the Future of Russia: Politics and Economics in the Struggle for Europe. In: Aalto, Pami [Hrsg.]: The EU-Russian Energy Dialogue. Europe's Future Energy Security. Ashgate Publishing Limited, Aldershot 2008.

Patzelt, Werner J.: Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studienbegleitende Orientierung. 5. Auflage. Wissenschaftsverlag Richard Rothe, Passau 2003.

Rippert, Sebastien: Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000-2008. Bouvier Verlag, Bonn 2008.

Romanova, Tatiana: Energy Dialogue from Strategic Partnership to the Regional Level of the Northern Dimension. In: Aalto, Pami [Hrsg.]: The EU-Russian Energy Dialogue. Europe's Future Energy Security. Ashgate Publishing Limited, Aldershot 2008.

Schönhart, Martin: Die Energiepolitik der EU – Auf dem Weg zu einer neuen Gemeinschaftspolitik? Diplomarbeit Universität Wien, Wien 2008.

Spindler, Manuela: Interdependenz. In: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela [Hrsg.]: Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich, Opladen 2003.

Streinz, Rudolf: Europarecht. 8., völlig neu bearbeitete Auflage. C.F. Müller Verlag, Heidelberg, München, Landsberg, Berlin 2008.

Tkachenko, Stanislav: Actors in Russia's Energy Policy towards the EU. In: Aalto, Pami [Hrsg.]: The EU-Russia Energy Dialogue. Europe's Future Energy Security. Ashgate Publishing Limited, Aldershot 2008.

Welfens, Paul J.J. / Kauffmann, Albrecht: Structural Change, Natural Resources Sector Expansion and Growth in Russia. In: Graham, Edward M. / Oding, Nina / Welfens, Paul J.J. [Hrsg.]: Internationalization and Economic Policy Reforms in Transition Countries. Springer, Berlin - Heidelberg 2005.

Wessels, Wolfgang: Das politische System der Europäischen Union. SV Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.

Der Spiegel, Ausgabe Nr. 10/05.03.2007

Onlinequellen

Offizielle Seiten der Europäischen Union:

Pressemitteilungen der Europäischen Union:

- <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/75&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>; 12.09.2010

Koordinierungsgruppe „Erdgas“: Solidarität funktioniert – EU-Gasmarkt passt sich Herausforderungen der Gaskrise an.
EU Press Release.

- <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/716>; 17.05.2010
The Southern Corridor: EU and partner Countries commit to move forward.
Pressemitteilung der Europäischen Union.

Dokumente und Statements des Europäischen Parlaments:

- <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20090202STO47914+0+DOC+XML+V0//DE>; 12.09.2010

Zukünftige EU-Energiestrategie muss auf Solidarität basieren.
Das Europäische Parlament.

- <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&reference=A6-0312/2007>; 13.04.2010

Bericht zum Thema „Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Energieaußenpolitik“.
Europäisches Parlament.
2007/2000(INI)

EU-Präsidentschaft Tschechiens:

- <http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/press-releases/declaration---prague-summit--southern-corridor--may-8--2009-21533/>; 17.05.2010

Gipfelerklärung zum Southern Corridor Summit in Prag.
Tschechische EU-Präsidentschaft.

- <http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/speeches-interviews/projev-jose-manuela-barrosa-na-summitu-jizni-koridor---nova-hedvabna-stezka-21592/>; 12.05.2010

Czech Presidency of the European Union.
Speech by José Manuel Barroso at the Summit "Southern Corridor - New Silk Road".

Europäische Sicherheitsstrategie:

- http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/fight_against_terrorism/r00004_de.htm; 10.04.2010

Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung.

Europäische Sicherheitsstrategie.

- <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>; 10.04.2010

Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie.

Europäische Verträge:

- http://www.encharter.org/fileadmin/user_upload/document/GE.pdf; 20.04.2010

Der Vertrag über die Energiecharta und dazugehörige Dokumente.

- http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE/-/EUR/ViewPDFFile-OpenPDFFile?FileName=FXAC07306DEC_002.pdf&SKU=FXAC07306DEC_PDF; 06.04.2010

Vertrag von Lissabon. Zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.
(2007/C 306/01)

Der EU-Russland Energiedialog:

- <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/121&format=HTML&language=en>; 20.04.2010

EU – Russia Energy Dialogue.

MEMO/09/121.

The European Union.

- http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/russia/doc/reports/progress10_en.pdf; 20.04.2010

Energy Dialogue EU – Russia. The Tenth Progress Report.

Presented by Commissioner of the European Commission on Energy Issues Andris Piebalgs and Minister of Energy of the Russian Federation Sergey Shmatko.

The European Union.

Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament:

- http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/108740.pdf; 09.04.2010

Council adopts internal energy market package.

Rat der Europäischen Union.

11271/09 (Presse 191)

- <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st03/st03649.de09.pdf>; 12.04.2010

Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG.

Das Europäische Parlament, der Rat.

PE-COS 3649/09

- <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st03/st03652.de09.pdf>; 12.04.2010

Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005.

Das Europäische Parlament, der Rat.

PE-COS 3652/09

Europaglossar:

- http://europa.eu/scadplus/glossary/green_paper_de.htm; 05.04.2010

Europa-Glossar „Grünbücher“.

Dokumente und Statements der Europäischen Kommission:

- http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com2006_105_de.pdf; 03.04.2010

Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

KOM(2006) 105 final.

- http://ec.europa.eu/energy/strategies/2009/doc/sec_2009_0977.pdf; 05.04.2010

The January 2009 Gas Supply Disruption to the EU: An Assessment.

Commission of the European Communities.

Commission Staff Working Paper.

SEC (2009) 977 final.

- http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/02_eu_energy_policy_data_en.pdf; 08.04.2010

EU Energy Policy Data.

Commission of the European Parliament.

Commission Staff Working Paper.

SEC(2007) 12.

- http://ec.europa.eu/energy/strategies/2008/2008_11_ser2_en.htm; 08.04.2010

Second Strategic Energy Review - Securing our Energy Future.

The European Commission for Energy.

- http://ec.europa.eu/energy/strategies/2008/doc/2008_11_ser2/strategic_energy_review_memo.pdf; 07.04.2010

EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und –solidarität: Zweite Überprüfung der Energiestrategie.

European Commission.

- http://ec.europa.eu/research/fp7/pdf/fp7-factsheets_de.pdf; 14.04.2010

7. EU-Forschungsrahmenprogramm.

PR7 im Überblick.

Europäische Kommission.

- http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/russia/russia_en.htm; 20.04.2010

External Dimension: Russia.

The European Commission.

- <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/842&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>; 31.05.2010

Kommissar Piebalgs begrüßt Vereinbarung zur Beschleunigung des Erdgaspipeline-Projekts „Nabucco“.

Europäische Kommission.

- http://ec.europa.eu/unitedkingdom/press/press_releases/2009/pr0985_en.htm; 31.05.2010

Signature of Nabucco Intergovernmental Agreement marks new era in EU energy.

Kommission der Europäischen Union.

Eur-lex:

- <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF>; 16.03.2010

Eine Energiepolitik für Europa.

Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament.

KOM (2007)1 endgültig

- <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:321E:0001:0331:DE:pdf>; 06.04.2010

Europäische Union. Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Europäische Energiesicherheit:

- http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/studies/doc/gas/2008_05_lng_facilities_part_2_task_a.pdf; 24.08.2010

The Geopolitics of EU Gas Supply. The role of LNG in the EU Gas Market.

Clingendael International Energy Programme.

Delegation der Europäischen Union in Baku:

- http://ec.europa.eu/delegations/azerbaijan/about_us/welcome/index_en.htm; 23.08.2010

About us.

Delegation of the European Union in Baku.

Offizielle Seiten des russischen Kremls:

- http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2008/03/14/1401_type82913_162158.shtml; 16.08.2010

Wladimir Putin: Beginning of the Meeting with the Chairman of Gazprom's Management Committee Alexei Miller.

- http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/01/09/1717_type82913_211508.shtml; 16.08.2010

Dimitri Medwedew: Meeting with Chairman of Gazprom's Management Committee Alexei Miller.

- http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/12/03/1645_type82914type82915_223193.shtml; 17.08.2010

Dimitri Medwedew: Press Statement and Responses to Questions at News Conference following Russian-Italian Intergovernmental Consultations.

- http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/04/28/2158_type82914_215602.shtml; 17.08.2010

Dimitri Medwedew: Beginning of Meeting with Bulgarian Prime Minister Sergei Stanishev.

- http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2008/04/29/1242_type82914type82915_164659.shtml; 17.08.2010

Wladimir Putin: Press Conference following Talks with Prime Minister of Greece Konstantinos Karamanlis.

- http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/12/14/1810_type82913type82917_223360.shtml; 15.04.2010

Meeting on Energy Development.

Präsident Dimitri Medwedew und Vizepremierminister Igor Sechin.

- http://eng.kremlin.ru/speeches/2006/03/16/1302_type82912type82914type84779_103208.shtml; 16.04.2010 nun im Archiv unter http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2006/03/16/1302_type82912type82914type84779_103208.shtml

Rede Wladimir Putins vor den Ministern der G8-Staaten.

- http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2003/02/14/0000_type82913type84779type127286_158665.shtml; 16.03.2010 nun im Archiv unter http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2003/02/14/0000_type82913type84779type127286_158665.shtml

Speech at a Gala Meeting to Mark the 10th Anniversary of Gazprom.

Präsident Wladimir Putin.

- http://eng.kremlin.ru/speeches/2009/02/18/1805_type127286_213051.shtml; 26.04.2010 nun im Archiv unter http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2009/02/18/1805_type127286_213051.shtml

Speech at the Opening of a Liquefied Natural Gas Production Plant.

Präsident Dimitri Medwedew.

- http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2009/01/09/1717_type82913_211508.shtml; 17.04.2010 nun im Archiv unter http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/01/09/1717_type82913_211508.shtml

Meeting with Chairman of Gazprom's Management Committee Alixei Miller.
President of Russia, Dmitry Medvedev.

- http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2005/12/22/2222_type82912type82913_99439.shtml; 19. 04.2010 nun im Archiv unter http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2005/12/22/2222_type82912type82913_99439.shtml

Opening Address at the Security Council Session on Russia's Role in Guaranteeing International Energy Security.
Wladimir Putin.

Offizielle Seite der South Stream AG:

- <http://www.south-stream.info/index.php?id=24&L=1>; 16.09.2010
South Stream – Austria.
South Stream AG.
- <http://www.south-stream.info/index.php?id=14&L=1>; 22.09.2010
Facts and Figures.
South Stream.
- <http://www.south-stream.info/index.php?id=16&L=1>; 22.09.2010
South Stream Cooperation with Italy.
South Stream.
- <http://www.south-stream.info/index.php?id=4&L=1>; 22.09.2010
South Stream Cooperation states.
South Stream.
- <http://south-stream.info/index.php?id=13&L=1>; 25.05.2010
South Stream Project History.
- <http://south-stream.info/index.php?id=9&L=1>; 25.05.2010
South Stream – Significance.
- http://south-stream.info/fileadmin/pixs/bukleti/Byklet_SS_last_slito.pdf; 16.07.2010
South Stream – Booklet.
- http://south-stream.info/fileadmin/pixs/bukleti/Byklet_SS_last_slito.pdf; 26.05.2010
Booklet zur South Stream Pipeline.

Gazprom.

- <http://south-stream.info/index.php?id=24&L=1>; 25.05.2010
Austria.

Offizielle Seite der Nabucco Gaspipeline International GmbH:

- <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/pipeline/route>;
29.05.2010
Nabucco - Route.
- http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Home/home_faq;
29.05.2010
Nabucco – Häufig gestellte Fragen.
- http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/pipeline/timeline_steps;
29.05.2010
Nabucco – Timeline.
- http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/company_main/about_us; 29.05.2010
Nabucco – About Us.
- <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/commercial/overview>;
29.05.2010
Nabucco – Overview.
- <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Pipeline/Legal>;
17.09.2010
Nabucco – Rechtsrahmen.
Nabucco Gas Pipeline International GmbH.

Offizielle Seite von Gazprom:

- <http://www.gazprom.com/production/projects/deposits/>; 28.04.2010
Erdgasfelder Gazproms.
- <http://eng.gazpromquestions.ru/?id=10>; 28.04.2010
What is Gazprom?
- <http://www.gazprom.com/about/today/>; 28.04.2010
About Gazprom.
- <http://www.gazprom.com/production/>; 29.04.2010
Gazprom Production.

- <http://www.gazprom.com/production/projects/east-program/>; 28.04.2010
Eastern Gas Programme.

- <http://www.gazprom.com/production/reserves/>; 28.04.2010
Gas Resources.

- <http://www.gazprom.com/production/central-asia/>; 28.04.2010
Gas purchases in Central Asian countries.

- <http://www.gazprom.com/production/projects/pipelines/south-stream/>;
11.04.2010
South Stream.

- <http://www.gazprom.com/production/projects/pipelines/south-stream/>;
25.05.2010
- <http://www.gazprom.com/press/news/2010/april/article97877/>; 25.05.2010
Gazprom and OMV signed a Framework Agreement of Cooperation under the South Stream Project.
Gazprom.

Offizielle Homepage des russischen G8-Vorsitzes:

- <http://en.g8russia.ru/agenda/>; 18.04.2010
- <http://en.g8russia.ru/g8/history/shortinfo/>; 19.04.2010
- <http://g8.gc.ca/about/how-the-g8-works/>; 18.04.2010
Offizielle Homepage des Kanadischen G8-Vorsitzes 2010.

Offizielle Seite der OMV:

- http://www.omv.at/portal/01/at/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3hfA0sPN89Qo1BHEyMDb1Nvf49AAwjQD05J1S_IdlQEAKDCyxY!/; 19.07.2010
Central European Gas Hub.
OMV.

- http://www.omv.com/portal/01/com/!ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3hfA0sPN89Qo1BHE08DpyBTMyc3AwgAykeaxRv4m1oEejk6G7kauHt6-HqYGhvA5PHrDk7N0_fzyM9N1S_IjSgHAAgEuRQ!/dl3/d3/L0lDU0lKSkpDZ3BSQ1FvS1VRb0tVUWtnIS9ZQVVJQUFJSUIJTU1LRUVBQUNHT0dPQ0dJQkpGskZCSk5ETkRCTkhJRUFMTEFBISEvNEMxYjlXX05yMFJKa0FsSU1SSmtRbE1LVEISS1VSRWo4QSEhLzdfTTA5SEZJVTJVQTRJMEJSNU9HNDEwMDAwMDAvaWJtLmludi8xMjE5NzM0NTA3Nzgvc3BmX3N0cnV0c0FjdGlvbi8hMmZzaG93ZGV0YWlsY29udGVudC5kby9zcGZfQWN0aW9uTmFtZS9zcGZfQWN0aW9uTGldGVuZXI!/?contentid=1255726436184&site=OMV_Corporate&templatename=Simple_Article&; 19.07.2010
Central European Gas Hub and Wiener Börse start joint gas Exchange.
OMV.

-

OMV mit großem Erdgasfund in Österreich.

OMV.

-

Der OMV Konzern – Fakten und Zahlen.

OMV.

Offizielle Seite des Central European Gas Hub:

-

OMV-Aktiengesellschaft, Press Release.

-

OMV and Gazprom step up cooperation in gas business.

OMV Press Release.

Offizielle Seite der ENI:

-

Eni Company.

-

Eni Company: Eni and Gazprom sign Memorandum of Understanding for EDF's entry into South Stream AG.

-

Report 2009.

ENI.

-

Fact Book.

ENI.

Offizielle Seiten der an Nabucco beteiligten Energiekonzerne:

Offizielle Seite der türkischen Botas:

- <http://www.botas.gov.tr/index.asp?id=5>; 22.09.2010
International Projects.
Botas.

Offizielle Seite der MOL:

- http://www.mol.hu/en/about_mol/investor_relations/shareholder_info/ownership_structure/; 17.08.2010
Ownership Structure.
MOL.
- http://www.mol.hu/en/about_mol/our_company/who_we_are/; 17.08.2010
Who we are.
MOL.

Offizielle Seite der Bugarian Energy Holding:

- <http://www.bgenh.com/en/index.php?page=1&sid=1>; 17.08.2010
About BEH.
Bulgarian Energy Holding.

Offizielle Seite der deutschen RWE:

- <http://www.rwe.com/web/cms/de/111466/rwe/rwe-konzern/ueber-rwe/>; 17.08.2010
Über RWE.
RWE.

Offizielle Seite der Tageszeitung „Der Standard“:

- <http://derstandard.at/1271375166530/South-Stream-Oesterreich-und-Russland-schlossen-Pipeline-Abkommen>; 26.04.2010
Österreich und Russland schlossen Pipeline-Abkommen.
Der Standard.
- <http://derstandard.at/1231151101773/Die-Gaskrise-und-das-Versagen-der-EU>; 27.04.2010
Die Gaskrise und das Versagen der EU.
Gerhard Mangott in der Tageszeitung Der Standard.

Offizielle Seite der Tageszeitung „Die Presse“:

- http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/444349/index.do?_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/441630/index.do&direct=441630; 12.09.2010

Russisches Gas in Österreich eingetroffen.

Die Presse.

- <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/410172/index.do>; 22.07.2010

Energiepolitik: „Nabucco treibt den Gaspreis nach oben“.

Interview mit Gerhard Mangott.

Die Presse.

- http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/444884/index.do?_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/441630/index.do&direct=441630; 12.09.2010

Gasstreit nach elf Tagen beigelegt.

Die Presse.

Offizielle Seite der Tageszeitung „Handelsblatt“:

- <http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/gasexperte-mangott-bei-nabucco-fehlt-die-kostenwahrheit-387723/index.do>; 10.08.2010

Gasexperte Mangott: "Bei Nabucco fehlt die Kostenwahrheit".

Wirtschaftsblatt.

- <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/china-kauft-gas-in-australien;2447271>; 10.08.2010

China kauft Gas in Australien.

Offizielle Seite von BP Deutschland:

- <http://www.deutschebp.de/genericarticle.do?categoryId=9019722&contentId=7049601>; 15.04.2010

Top 10 der Erdgasförderer.

BP.

- <http://www.deutschebp.de/genericarticle.do?categoryId=9019722&contentId=7050013>; 15.04.2010

Die größten Erdgasverbraucher.

BP.

Offizielle Seite der Bundszentrale für politische Bildung, Deutschland:

- http://www.bpb.de/themen/V86QPM,0,Die_EUEnergiestrategien.html; 22.01.2010

Die EU-Energiestrategien. Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energieaußenpolitik?
Frank Umbach.
Bundszentrale für politische Bildung.

Gerhard Mangott, Russlandexperte:

- <http://www.gerhard-mangott.at/?p=1264>; 23.04.2010
Gasexperte Mangott: "Bei Nabucco fehlt die Kostenwahrheit".
Gerhard Mangott.

- <http://www.gerhard-mangott.at/?p=824>; 13.09.2010
... die gaskrise und das versagen der EU ...
Gerhard Mangott.

Sonstige:

- <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/103/1610386.pdf>; 26.04.2010
Große Anfrage.
Drucksache 16/10386.
Deutscher Bundestag.

- www.europa.steiermark.at; 23.04.2010
Live-Interview mit Gerhard Mangott via Live-Stream aus dem Europacafe Steiermark.

- http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=317935&DstID=0&titel=Aktueller,Stand:,Sanktionen,gegen%C3%BCber,dem,Iran; 11.08.2010
Aktueller Stand: Sanktionen gegenüber dem Iran. Umsetzung und Erweiterung der UN-Resolutionen.
WKO.

- <http://www.boerse-express.com/pages/734543>; 12.09.2010
Gaskrise - Derzeit keine russischen Gaslieferungen nach Österreich.
Börse Express.

- <http://www.nord-stream.com/de/the-pipeline/milestones.html>; 14.09.2010
Projektzeitplan.
Nord Stream.

- <http://www.rag-austria.at/presse/veroeffentlichungen/details/article/rohoel-aufsuchungs-ag-rag-wingas-gmbh-und-ooo-gazprom-export-eroeffnen-erdgasspeicher-haidach.html>; 15.09.2010

Rohöl-Aufsuchungs AG (RAG), WINGAS GmbH und OOO GAZPROM EXPORT eröffnen Erdgasspeicher Haidach.
RAG.

Bildnachweise

- http://south-stream.info/fileadmin/pixs/sotrudnichestvo/3d_map/south_stream_europe_big_eng_final.jpg; 12.07.2010
- <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en/pipeline/route>; 12.07.2010

Abstract

Energiepolitische Interessensdivergenzen und Interdependenzen bei der Planung und Umsetzung eines südlichen Gaskorridors. – Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die zukünftige Erdgasversorgung der Europäischen Union und die beiden wichtigsten dafür geplanten Erdgaspipelines Nabucco und South Stream. Diese beiden Projekte repräsentieren unterschiedliche Energiepolitiken und –strategien unterschiedlicher Akteure. Nabucco und South Stream werden derzeit auf nationalstaatlichen Ebenen verhandelt und sollen von der Nabucco Pipeline International GmbH bzw. der South Stream AG technisch umgesetzt werden.

Die South Stream Pipeline wird, so die Pläne, nach ihrer Fertigstellung etwa 60 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr vom traditionellen Erdgashandelspartner Russland auf einer Route, die unter dem Schwarzen Meer nach Italien oder über den Balkan bis nach Österreich liefern. Nabucco hingegen wird eine *neue* Importregion für den EU-europäischen Erdgashandel erschließen. Etwa 30 Mrd. m³ Erdgas soll Nabucco jährlich aus den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres (vorläufig aus Aserbaidschan, langfristig auch aus Turkmenistan) über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich transportieren können. Die Europäische Kommission begrüßt das Nabucco Pipelineprojekt, entspricht es doch seiner Erdgasimportdiversifizierungsstrategie, mit der versucht wird, die Anhängigkeit der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten von russischen Erdgasimporten zu reduzieren.

Für Russland sind und bleiben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bis in absehbarer Zeit die Haupthandelspartner am Erdgassektor und damit eine zentrale Einnahmequelle für sein Staatsbudget. Dennoch haben der russische Staat und der wichtigste Erdgaskonzern Russlands, Gazprom Exportdiversifizierungsambitionen, die die Abhängigkeit vom EU-europäischen Abnehmermarkt reduzieren und lukrative neue Märkte erschließen sollen. Gazprom erschließt dafür riesige Erdgasfelder in Ost-Sibirien und treibt die Entwicklung der Flüssiggastechnologie voran, die es erlauben sollen, Erdgas mit Tankern nach China, Korea und Japan zu verschiffen.

Für die Bearbeitung dieses interdependenten Verhältnisses zwischen der Europäischen Union und Russland eignet sich die Interdependenztheorie nach Robert O. Keohane und Joseph S. Nye. Die Autoren gehen dabei von einer gegenseitigen Abhängigkeit aus, in der es beiden Seiten Kosten verursachen würde, Alternativen zur bestehenden Beziehung aufzubauen. Die Seite, die schneller und effizienter Alternativen findet – oder diese bei Bedarf aktivieren kann – befindet sich gegenüber der anderen Seite im Vorteil und damit in der Position des

Mächtigeren. Zwischen der Europäischen Union und Russland besteht ein derartiges interdependentes Verhältnis, in dem beide Seiten nach Alternativen suchen und sich dennoch als wichtige und zuverlässige Handelspartner schätzen. Neben zuverlässigen Abnehmer-Anbieter-Beziehungen braucht es im Erdgashandel auch politisch stabile Transitstaaten, von denen beide Seiten abhängig sind. Um sich der Gefahr, die von Transitstaaten ausgehen kann, nicht aussetzen zu müssen, verzichteten deshalb die für Nabucco und South Stream verantwortlichen Akteure auf Transitstaaten, die nicht direkt an der Pipeline beteiligt sind.

Abstract – English

Political-Economic Divergences of Interests and Interdependencies Concerning the Scheduling and Implementation of a Southern Gas Corridor. – The diploma work puts focus on the future gas supply of the European Union and in that context, on the planned Nabucco- and South Stream pipeline. Both pipelines will play a crucial role for the European Union's supply with natural gas. Nabucco and South Stream also represent various energy policies of various involved actors. Both pipelines will be built by energy companies based on nation-states and are negotiated on national levels. According to the plans, the South Stream pipeline will deliver about 60 Billion m³ of natural gas annually from the “traditional” trading partner Russia to Italy or the Balkans further to Austria. Nabucco in contrast, will open up a new region for the EU-European gas trade. The pipeline will transport a volume of about 30 Billion m³ of natural gas from the Caspian region (preliminary from Azerbaijan, in the long-term also from Turkmenistan) via Turkey, Bulgaria, Rumania and Hungary to Austria. The European Commission welcomes the Nabucco pipeline project as it meets its gas import diversification strategy that aims to reduce the dependence of the Middle- and Eastern European EU-member states on Russian natural gas. For Russia, the member states of the European Union are the most important trading partners. Therefore, they are a central source of income for the Russian state's budget. However, Russia and its most important gas company Gazprom have ambitions for gas export diversification. Diversification should reduce the dependency on the EU-European market and intends to develop profitable new markets. Hence, Gazprom makes huge natural gas field in Eastern Siberia accessible and promotes the development of the liquefied natural gas technology that will allow Russia to transport natural gas to China, Korea and Japan by tanker.

These interdependent relations between the European Union and Russia can be explained by the Interdependence Theory by Robert O. Keohane and Joseph S. Nye. The authors assume a mutual dependency between actors that would cause costs to the actor, who wants to establish alternatives to the existing relations. The actor, who finds alternatives faster and more efficient – or who has the possibility to activate alternatives if needed – has an advantage over the other. The actor is therefore in the position of the more powerful. Between the European Union and Russia exists such an interdependent relation, in which both sides are constantly looking for alternatives. – And simultaneously, they appreciate each other as trading partners. Additionally to the credible relation between supplier and the consumer in gas trade, politically solid transit states are crucial as both sides depend on them. In order to avoid the

unsteadiness that could evolve from transit countries, the actors responsible for Nabucco and South Stream disclaim transit states that are not directly involved in the pipeline.

Curriculum Vitae

Name: Astrid Maria Albrecht
Geburtsdatum: 18. April 1986
Geburtsort: Wien
Staatsbürgerschaft: Österreich

Schulbildung:

Juni 2004: Matura mit ausgezeichnetem Erfolg am Privaten
Oberstufenrealgymnasium der Englischen Fräulein, Krems

Hochschulbildung:

2005-2010: Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien.
Spezialisierungsmodule:
Internationale Politik
Internationale Entwicklung, Friedens- und Konfliktforschung
Ost- und Mitteleuropa

2006: Leistungsstipendium der Universität Wien

2008: Leistungsstipendium der Universität Wien

2010: Forschungsstipendium der Universität Wien: Forschungsreise nach
Baku

2007-2009: Russisch-Studium am Institut für Slawistik an der Universität Wien
(nicht abgeschlossen)

Arbeitserfahrung:

August 2005: Volontariatsarbeit für HUI-Voluntary Service of Armenia, Spitak,
Armenien

Juli und August 2006: Praktikum am Österreichischen Generalkonsulat in Shanghai

Juli und August 2007: Praktikum an der Österreichischen Botschaft in Tokio

Mai-September 2008: Kinderbetreuung bei den Kinderfreunden Wien